

18. Wahlperiode

**Deutscher Bundestag**3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes**Stenografisches Protokoll  
der 41. Sitzung  
- endgültige Fassung\* -****3. Untersuchungsausschuss**Berlin, den 1. Dezember 2016, 11:00 Uhr  
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1  
Paul-Löbe-Haus, 2.600

Vorsitz: Clemens Binninger, MdB

**Tagesordnung - Beweisaufnahme**

<i>Öffentliche Zeugenvernehmung</i>	<i>Seite</i>
- Dr. Heiko Artkämper (Beweisbeschluss Z-185)	10
- Georg Oswald (Beweisbeschluss Z-182)	38
- Dinchen Büddefeld (Beweisbeschluss Z-184)	65
- Cornelia de la Chevallerie (Beweisbeschluss Z-186)	88
- B. B. (Beweisbeschluss Z-189)	--

**\* Hinweis:**

Die Zeugen Dr. Heiko Artkämper, Georg Oswald, Dinchen Büddefeld, Cornelia de la Chevallerie und B. B. haben Einsicht in das Stenografische Protokoll genommen. Die Zeugen haben keine Korrekturwünsche übermittelt.



(Beginn: 11.03 Uhr)

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Sehr verehrte Damen und Herren! Ich eröffne die 41. Sitzung des 3. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode. Nach Artikel 44 Absatz 1 Grundgesetz erhebt der Untersuchungsausschuss seine Beweise in öffentlicher Verhandlung. Ich stelle fest: Die Öffentlichkeit ist hergestellt. Ich darf an dieser Stelle Pressevertreter und die Öffentlichkeit auch ganz herzlich begrüßen.

Bevor ich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, gestatten Sie mir einige Vorbemerkungen - für diejenigen, die häufiger Gast bei uns sind, ist es nichts Neues, aber sein muss es trotzdem -: Bild-, Ton- und Filmaufzeichnungen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme nicht zulässig. Entsprechende Geräte sind abzuschalten. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Dann kommen wir zum einzigen Punkt unserer heutigen Tagesordnung:

*Öffentliche Zeugenvernehmung*

Dr. Heiko Artkämper  
(Beweisbeschluss Z-185)

Georg Oswald  
(Beweisbeschluss Z-182)

Dinchen Büddefeld  
(Beweisbeschluss Z-184)

Cornelia de la Chevallerie  
(Beweisbeschluss Z-186)

B. B.  
(Beweisbeschluss Z-189)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden heute vier Zeugenvernehmungen in öffentlicher Sitzung durchführen. Wir vernehmen die Zeugen, die ich ebenfalls recht herzlich begrüße, in der folgenden Reihenfolge: Herr Artkämper, Herr Oswald, Frau Büddefeld und Frau de la Chevallerie. Herzlich willkommen!

Für den Fall, dass Teile der Vernehmung als VS-Vertraulich oder höher eingestuft werden, weise ich bereits an dieser Stelle ausdrücklich auf die Geheimschutzordnung des Deutschen Bundestages hin. Ich möchte zudem darauf hinweisen, dass nach § 7 der Geheimschutzordnung des Deutschen Bundestages eine entsprechende Beschlussfassung herbeigeführt werden muss, wenn über Verschlussachen der Geheimhaltungsgrade VS-Vertraulich und höher beraten wird.

Auch möchte ich in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass im Falle einer Einstufung der Vernehmung mit einem Geheimhaltungsgrad VS-Vertraulich oder höher ein Wechsel des Sitzungssaales erforderlich wird. Daher bitte ich Sie, etwaige Vernehmungsteile, die einer entsprechenden Einstufung bedürfen, gesammelt am Ende der Vernehmung zur Sprache zu bringen. Ein unter Umständen erforderlicher eingestufter Vernehmungsteil wird im Sitzungssaal 2.300 - Innenausschuss - des Paul-Löbe-Hauses durchgeführt.

Ferner weise ich darauf hin, dass Vorhalte aus eingestuften Akten nur in einer ebenso eingestuften Sitzung zulässig sind. Im Falle eines Vorhalts möchte ich daran erinnern, dass die beigezogene Unterlage dem Zeugen durch den Fragesteller vorzulegen ist. Ich bitte aber, auch für das Protokoll, um eine klare Benennung der Fundstelle mitsamt der MAT-Nummer. Im Fall der Einstufung der Sitzung als VS-Vertraulich oder höher wird die Wortprotokollierung grundsätzlich weitergeführt. Bestehen hiergegen Einwände? - Das ist erkennbar nicht der Fall. Dann ist eine durchgehende Wortprotokollierung beschlossen.

Dann kommen wir zu den Zeugenvernehmungen. Sehr geehrte Damen, meine Herren, ich werde Sie zunächst gemeinsam belehren. Dann beginnen wir mit der Vernehmung von Herrn Dr. Artkämper.

Ich weise Sie darauf hin, dass die Sitzung aufgezeichnet wird. Dies dient ausschließlich dem Zweck, die Erstellung des Stenografischen Protokolls zu erleichtern. Die Aufnahme wird später gelöscht. Das Protokoll dieser Vernehmung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben



3. Untersuchungsausschuss

anschließend die Möglichkeit, Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen.

Sehr geehrte Damen, meine Herren, Sie sind jeweils mit Schreiben vom 10. November 2016 geladen worden. Das Beweisthema ist Ihnen mit dem Untersuchungsauftrag und dem Beweisbeschluss zugegangen. Der jeweilige Beweisbeschluss ist Ihnen und den Mitgliedern bekannt. Auf eine Verlesung kann daher verzichtet werden. Die erforderlichen Aussagegenehmigungen liegen den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vor.

Dann kommen wir zur Belehrung. Sehr geehrte Damen, meine Herren, nach den Vorschriften der Strafprozessordnung, die im Untersuchungsverfahren sinnngemäße Anwendung finden, und den Vorschriften des Gesetzes zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages - im Folgenden verwende ich die Abkürzung PUAG - muss ich Sie zunächst belehren. Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Danach kann derjenige, der vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, gemäß § 153 StGB mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft werden.

Nach § 22 PUAG können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Personen, die im Sinne des § 52 Absatz 1 StPO Ihre Angehörigen sind, in die Gefahr bringen würde, einer Untersuchung nach gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Bundestages eingestuften Sitzung

möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit eine entsprechende Einstufung erfolgen kann.

Gibt es bis hierhin noch Fragen? - Nicht der Fall.

Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen: Zu Beginn hat jeder Zeuge nach § 24 Absatz 4 PUAG Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen. Anschließend erhalten die Mitglieder immer in Reihenfolge der Fraktionen das Wort für Nachfragen. Wenn Sie nicht von diesem Recht Gebrauch machen, würden wir gleich mit Fragen beginnen.

So weit verständlich? - Ja.

Dann war es das schon an Formalien. Wir beginnen mit der Vernehmung von Herrn Dr. Artkämper. Ich darf die anderen Zeugen bitten, den Saal zu verlassen. Wir werden Sie dann wieder aufrufen.



**Vernehmung des Zeugen  
Dr. Heiko Artkämper**

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Herr Dr. Artkämper, nachdem ich Ihnen bereits den Gegenstand der Vernehmung erläutert, Sie zur Wahrheit ermahnt und belehrt habe, kommen wir zunächst zur Vernehmung zur Person. Ich darf Sie bitten, uns noch mal Namen, Vornamen, Alter, Beruf und Dienstort zu nennen.

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Dr. Heiko Artkämper. 57 Jahre alt. Staatsanwalt als Gruppenleiter - in einigen Bundesländern wäre das Erster Staatsanwalt - bei der Staatsanwaltschaft Dortmund. Dienstsitz in Dortmund und insofern auch zu laden bei dienstlichen Gelegenheiten über die Adresse der Staatsanwaltschaft Dortmund, Gerichtsplatz 1 in 44135 Dortmund.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Vielen Dank. - Wir kommen dann zur Vernehmung zur Sache. Herr Dr. Artkämper, wie gesagt, wenn Sie möchten dürfen Sie zunächst im Zusammenhang vortragen, dann würden wir mit den Fragen fortfahren, wenn nicht, würden wir gleich mit den Fragen beginnen. Wie sollen wir verfahren?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Ich fühle mich in der Lage, einen freien Vortrag zu halten, und würde davon auch gern Gebrauch machen.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Sehr gern. Dann haben Sie das Wort.

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Ich bin seit 1995 Staatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft Dortmund und seit 1995 auch dort mit Kapitalsachen beauftragt. In diesem Zusammenhang war ich dann auch ermittelnder Staatsanwalt in einem Tötungsdelikt zum Nachteil eines türkischen Mitbürgers, des Herrn Kubasik, das sich im Jahre 2006 in Dortmund ereignet hat.

Vorweg zu meinem Erinnerungsbild möchte ich klarstellen, dass ich entgegen den beamtenrechtlichen Pflichten nicht in der Lage war, mich anhand von Akten vorzubereiten, da diese seit 2011, seit der Übernahme des Verfahrens durch den Generalbundesanwalt und die Kenntnisse um die Geschehnisse um Zschäpe et al., beim

GBA sind und ich danach nur im Rahmen einer Abordnung im Jahre 2012 beim GBA die Akten noch mal hatte. Also insofern bitte ich um Verständnis, wenn ich deutlich machen werde, was ich damals wusste, was ich heute weiß. Ich kann auch nicht genau differenzieren, was ich aus der Presse weiß und was ich zum Teil aus dienstlicher Kenntnis weiß. Das ist allerdings insofern kein Problem, als dass meine Aussagegenehmigung auch sämtliche Dinge umfasst, sodass ich da keine Sorgen haben muss.

Im Jahre 2006 kam es in der Dortmunder Nordstadt an einer vierspurigen Ein- und Ausfallstraße, die von Ost nach West bzw. West nach Ost verläuft, die Mallinckrodtstraße, zu einem Tötungsdelikt. Ich wurde davon in den Vormittagsstunden im Dienst benachrichtigt. Und so, wie es in Dortmund üblich ist, zumindest bei vollendeten Tötungsdelikten, sucht der ermittelnde Staatsanwalt den Tatort auf. Ich bin dann also zur Mallinckrodtstraße gefahren. Da kann ich Ihnen genau sagen, dass ich ein sehr, sehr konkretes Erinnerungsbild habe. Ich habe nämlich auf der Ausfahrtseite geparkt, bin über die drei Fahrstreifen gegangen. Der Tatort war weitläufig abgeflattert. Ein junger Polizeibeamter, der mich offensichtlich nicht kannte, fragte mich nach meinem Ausweis. Das ist etwas, was seltener in Dortmund vorkommt. Vor dem Hintergrund ist das eine Sache, die mein Erinnerungsbild auflebt.

Beim Eintreffen selbst, wie gesagt, ein abgeflatterter Tatort. Auffällig war, dass links neben dem unmittelbaren Tatort, einem kleinen Kiosk, einem begehbaren Kiosk, der im Wesentlichen dazu dient, dass man all die Sachen kaufen kann, die man vorher vergessen hat, auch spät abends noch, eine Hof- bzw. Toreinfahrt war, die für uns deswegen interessant werden sollte, als es einen hinteren Ausgang dieses Ladens gab, der auch in diesen dort anschließenden Hof ging. Der Kiosk selbst: ein relativ kleiner Verkaufsraum, auf der linken Seite mit Regalen ausgestattet, auf der rechten Seite weitere Gegenstände, Regale, ein Verkaufstresen, dahinter die üblichen Utensilien, Zigaretten und Ähnliches. Zwischen dem Tresen und den auf der rechten Wand befindlichen Regalen befand sich die Leiche von Mehmet Kubasik, der dort erschossen worden war.



## 3. Untersuchungsausschuss

Inzwischen weiß ich, allerdings erst, seitdem ich im Januar oder Februar im Untersuchungsausschuss des Landes Nordrhein-Westfalen war, dass sich auf dem Tresen auch eine Hülse befand. Diese Erinnerung hatte ich vorher nicht mehr. Aber es ist mir vorgehalten worden, ich habe die Lichtbilder gesehen, ich habe den entsprechenden objektiven Tatortbefund gesehen; es ist definitiv so, dass eine entsprechende Hülse dort vorhanden war. Mein falsches Erinnerungsbild rührte daher, dass wir in der Serie, die wir hinterher rausgefunden haben, die Serie Ceska nenne ich sie mal, festgestellt haben, dass die Täter oder der Täter hinzugelernt hatten dergestalt, dass sie nämlich bei den ersten Taten die Hülsen am Tatort hatten liegen lassen und danach, wahrscheinlich unter Verwendung einer Plastiktüte, den Auswurf der Hülse am Tatort praktisch verhindert hatten.

Das Opfer lag also tot dort hinter dem Verkaufstresen. Ansonsten war die Auffindesituation unauffällig auffällig, hätte ich beinahe gesagt, vor dem Hintergrund nämlich, als dass dafür, was man im ersten Zugriff erwarten könnte bei einem Überfall, einem Tötungsdelikt in einem Kiosk, nämlich einen Raubhintergrund, keinerlei Anhaltspunkte vorhanden waren. Das übliche Durchwühlen, offenstehende Kassen, geplünderte Zigarettenregale oder Spirituosenregale fanden sich nicht am Tatort, und im Übrigen gab es auch im hinteren Bereich - es grenzt ein kleiner Aufenthaltsraum, nenne ich ihn mal, an - keinerlei Anhaltspunkte für ein entsprechendes Raubdelikt.

Ich bin dann zurückgefahren zur Staatsanwaltschaft, habe wahrscheinlich - ich kann es nicht nachprüfen; müsste sich aus den Akten ergeben - fernmündlich beim zuständigen Gs-Richter des Amtsgerichts Dortmund einen Obduktionsbeschluss beantragt. Nach meinem Erinnerungsbild hatte dann auch die Obduktion noch an dem Tage stattgefunden. Es ist so üblich, dass ich ungefähr in drei bis vier Stunden ein Obduktionsteam zusammenbekomme. Ich weiß heute nicht mehr, ob ich, was eigentlich normal ist, bei der Obduktion anwesend war oder nicht. Das hängt ein bisschen von dem jeweiligen Dienstanfall an dem Tag zusammen, ob man es schafft, die zwei,

zweieinhalb Stunden, drei Stunden für eine Obduktion mal eben nebenbei noch abzuknapsen.

Die Ermittlungen ergaben zunächst einmal relativ schnell, dass diese Tat in eine Serie passte, bei der eine Ceska verwendet worden war - zunächst bei einigen anderen Taten noch eine zweite Waffe -, bei der auffiel, dass ausschließlich ausländische Mitbürger dort als Opfer vorhanden waren. Ich weiß heute nicht mehr, woher die Quelle kam, ob es in der Zeitschrift *Kriminalistik* veröffentlicht war oder möglicherweise im *Kriminalist* vom BDK; auf jeden Fall ist es relativ schnell zutage getreten: Es lag hier kein Einzeldelikt vor, sondern es passte in eine Serie.

Zum Tatort vielleicht noch, was die Hypothesen oder Versionen zu Beginn anging: Der Tatort selbst liegt in der Nähe eines damaligen Umschlagplatzes für Rauschgift - nach heutiger Erinnerung in libanesischer Hand, aber da bin ich nicht hundertprozentig sicher, weil sich das je nach Machtgefüge in den jeweiligen Gruppen auch ändert, wer dort sozusagen federführend ist; nach meiner Erinnerung Libanesen damals -, so dass also auch ein BtM-Hintergrund durchaus anzunehmen war.

Im ersten Zugriff noch gegenüber den eingesetzten Beamten am Tatort selbst hatte eine Zeugin, deren Name mir nicht mehr erinnerlich ist, die aber mit Sicherheit hier gehört werden wird bzw. aktenbekannt ist, angegeben, sie hätte eine Person im raumzeitlichen Zusammenhang mit der Tat gesehen, und diese Person sei vom Aussehen, vom Phänotyp her entweder ein Junkie oder ein Rechtsradikaler, ein Brauner, darf ich mal sagen, gewesen; der genaue Wortlaut ist mir heute nicht mehr geläufig. Ich weiß, dass diese Person heute natürlich aus der Ex-post-Perspektive spannender ist, denn sie früher für uns war. Trotz dessen ist diese Person wenige Tage nach der Tat noch mal nachvernommen worden, hat dann die Version, dass es sich um jemanden mit rechtsradikalem Hintergrund vom Phänotyp her handeln könnte, mehr oder weniger aufgegeben, und es wurde dann circa einen Monat, zwei Monate später ein Phantombild unter Zuhilfenahme dieser Zeugin angefertigt, das auch aktenkundig ist, das im Rahmen der Öffentlichkeitsfahndung dann verwendet worden ist.



Das zeigte letztendlich schon damals: Wir hatten relativ wenige Anhaltspunkte vor dem Hintergrund, dass wir letztendlich einen spurenarmen Tatort hatten und unsere Hypothesen sich letztendlich nicht verifizieren ließen.

Natürlich haben wir uns, wie stets bei Kapitaldelikten, die bekanntermaßen Beziehungsdelikte sind, das persönliche Umfeld des Opfers angeschaut, sowohl was familiäre Belange angeht, als auch was die wirtschaftlichen, beruflichen Belange angeht. Herr Kubasik betrieb diesen Kiosk wohl nicht sonderlich gewinnbringend, wenn ich recht erinnere. Zumindest war im Gespräch, dass der Kiosk verkauft werden sollte. Es gab auch einen Interessenten, der, wenn ich recht erinnere, auch mal dort war, praktisch sich das Geschäft angeschaut hatte, wohl auch hospitiert, hätte ich beinahe gesagt, hat. Das Geschäft ist dann aber nicht zustande gekommen. Irgendjemand aus dem Sauerland war das, der von uns dann auch noch abgeklopft worden ist. - Lange Rede, kurzer Sinn: Wir haben da zunächst einmal, was die Klärung der Tat angeht, wenig Erfolg gehabt.

Es gab dann die Tat in Kassel im engen raumzeitlichen Zusammenhang. Spätestens zu diesem - Zeitpunkt - da bin ich sicher - wussten wir von der Serie, die wir dort hatten. Es gab dann auch in Kassel ein Treffen mit den ermittelnden Polizeibeamten, mit den ermittelnden Staatsanwälten und Staatsanwältinnen - ich weiß nicht mehr, ob Staatsanwältinnen dabei waren -, bei dem also erstmals für mich auch visuell die Gesamtserie dargestellt wurde. Es war eine sehr interessante PowerPoint-Präsentation zu den einzelnen Taten, zu den einzelnen Auffälligkeiten, die es bei den Taten gab. Es wurde auf einmal ein Wohnmobil relevant, es wurden Fahrräder relevant, die bei uns, in unserem Verfahren, zunächst einmal keine Rolle spielten.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Darf ich kurz zwischenfragen, nur zum Verständnis?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Bitte.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Diese Präsentation, die war wann?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Die war bei dem Treffen in Kassel. Ich könnte Ihnen sagen, dass ich an dem Tag - -

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Also nur das Jahr, grob eingegrenzt.

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Auch noch im Jahr 2006.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Also noch 2006.

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Ja, natürlich.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Jetzt hatten Sie gesagt, da wurden Fahrräder und Wohnmobile relevant. Sind Sie sich da sicher?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Bei den Präsentationen war im Zusammenhang mit den Taten - nicht Dortmund oder Kassel, aber wir hatten noch die anderen Taten - davon die Rede, dass im raumzeitlichen Zusammenhang ein Wohnmobil gesichtet wäre und dass Fahrräder eine Rolle spielten. Wobei, wenn Sie jetzt so nachfragen, Herr Vorsitzender, kann es auch sein, dass das eine Information aus einer Präsentation ist, die ich später noch mal gesehen habe. Aber nach meinem jetzigen Erinnerungsbild spielte das damals bereits bei der Präsentation in Kassel eine Rolle.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Okay.

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Gut. - Es wurde damals darüber gesprochen, dass das Verfahren vielleicht sinnvollerweise aus kriminalistischer Sicht zusammengefügt werden könnte. Herr Kimmel, der sozusagen den Schwerpunkt in Nürnberg hatte, hatte dies abgelehnt, was allerdings offensichtlich nicht eine Entscheidung des Kollegen Kimmel alleine war, sondern - auch das ist allerdings Wissen, was ich erst seit Januar dieses Jahres habe - es hatte offensichtlich zwischen durch eine Konferenz auf Länderministerebene gegeben, dass die einzelnen Verfahren in den einzelnen Staatsanwaltschaften bleiben sollten und nicht zentral - ich darf es mal als Sammelverfahren bezeichnen - von einem Staatsanwalt federführend geführt werden sollten. Das ist mir im Untersuchungsausschuss des Landes Nordrhein-



## 3. Untersuchungsausschuss

Westfalen gesagt worden. Bis zu diesem Zeitpunkt war mir diese Übereinkunft - so darf ich sie nennen - nicht bekannt. Es ist natürlich darüber in Polizeikreisen und bei uns diskutiert worden, ob es Sinn macht, solche Verfahren nebeneinander herlaufen zu lassen, aber die Haltung des Kollegen Kimmel war recht eindeutig, offensichtlich ja auch gestützt durch dieses Treffen.

Ich habe dann irgendwann 2008/2009 - ich weiß es nicht mehr, müsste ich in die Akten schauen dürfen - das Verfahren bei mir eingestellt. Es waren zwischendurch Personen mit Maßnahmen überzogen worden, die deren Beschuldigtenstatus begründeten, sodass also das Verfahren dann mal beendet werden sollte/musste. Ich habe in diesem Vermerk, den ich dort geschrieben habe, auch niedergelegt, dass eine abschließende Bewertung des Verfahrens erst dann möglich wäre, wenn der Unterzeichner, also ich, Möglichkeit hätte, in die anderen Akten - sprich: die anderen Verfahren - Einsicht zu nehmen. Das war bis zu diesem Zeitpunkt nicht möglich, weil die noch nicht abgeschlossen waren. Es wäre wahrscheinlich auch von der Manpower her schwierig geworden, denn die Verfahren hatten inzwischen einen Umfang erreicht, der mich mit Sicherheit für einige Zeit lahmgelegt hätte, wenn ich denn hätte das Verfahren aufarbeiten müssen oder dürfen.

Völlig überraschend kam dann letztendlich im November 2011 die Geschichte um Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe, die dann dazu führte, dass mich - ich glaube, es war am Tag danach - meine damalige Behördenleiterin angewiesen hat, mein Päckchen, mein Bündel zu schnüren und möglichst schnell an den Generalbundesanwalt mit der Bitte um Übernahme zu schicken, was ich natürlich weisungsgemäß gemacht habe.

Ich wurde dann - das muss 2012 sein; ich würde schätzen, Januar/Februar - vom GBA gebeten, eingeladen, geladen, ganz, wie man den Terminus benutzen möchte, doch mal vorbeizuschauen. Es gab dort eine Besprechung über die Frage, wie das Verfahren zu handeln sei. Es wurde vorgestellt die ermittelnde Kollegin beim GBA, die das federführend machen sollte. Es ging insbesondere um die Frage, ob und inwieweit die

Möglichkeit bestünde, dass die einzelnen Staatsanwälte, die vor Ort die Ermittlungen getätigt hatten, behilflich sein könnten bei der Erstellung der Anklageschrift gegen Zschäpe und andere.

Das ist dann letztendlich so gelöst worden, dass das über den Generalstaatsanwalt in Hamm und meine Behördenleitung abgesprochen wurde. Ich wurde zu 10 Prozent auf dem Papier abgeordnet an den Generalbundesanwalt, erhielt von dort einen Laptop mit den Akten, die dort eingescannt waren. Meine Aufgabe war es dann, irgendwann im Verlaufe des ersten halben Jahres 2012 praktisch den Teilbereich Ceska/Dortmund, darf ich ihn mal nennen, aufzuarbeiten in Form des Entwurfes eines Anklageparts, was einen kleinen Staatsanwalt aus der Provinz, hätte ich beinahe gesagt, natürlich überfordert, da Anklageschriften des Generalbundesanwaltes, was Zitationen und Ähnliches angeht, etwas anders aussehen, darf ich mal freundlich sagen, als eine Schwurgerichtskammeranklage in Dortmund.

Das war im Prinzip die Geschichte. Den weiteren Gang durch diverse Untersuchungsausschüsse, glaube ich, kann ich mir sparen, weil er für die Sache nichts ändert. Ich gehe auch davon aus, dass Sie die entsprechenden Protokolle aus den entsprechenden Vernehmungen in den anderen Untersuchungsausschüssen vorliegen haben. - Das wäre es von mir aus vorweg.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Herr Dr. Artkämper, vielen Dank. - Dann kommen wir zum Fragerecht der Fraktionen. Es beginnt die CDU/CSU-Fraktion. Das Wort hat der Kollege Hoffmann, der auch aus Dortmund kommt und vom Fach ist.

**Thorsten Hoffmann (Dortmund) (CDU/CSU):** Herr Artkämper, schön, dass Sie da sind. Ich hätte Sie sofort erkannt. Wir kennen uns aus dienstlichen Zeiten.

Ich möchte vielleicht noch mal zum Tathergang und zum direkten Umfeld Kiosk kommen. Sie haben gerade gesagt, dass es offensichtlich kein Raub war, denn Mehmet Kubasik hatte ja in seiner Tasche noch über 2 600 Euro - da also keine Anzeichen für Raubüberfälle -, er ist nicht durchsucht worden usw. Zu Beziehungstat - kann man



## 3. Untersuchungsausschuss

von vorneherein ja nie ausschließen - haben Sie ermittelt. Wenn man aber da dann nicht weiterkommt - - Wenn ich das noch sagen darf: Ich weiß ja, wie Sie arbeiten, in einer Art: Sie lassen ja nicht locker. Deswegen habe ich mir gedacht: Was würde ein Staatsanwalt machen oder die Mordkommission machen, wenn man nicht weiterkommt?

Da gibt es ja mehrere Möglichkeiten. Es könnte ja auch eine Hinrichtung gewesen sein, ein Auftragsmord zum Beispiel. Aber ein Auftragskiller, je nachdem, aus welchem Bereich der kommt, der würde eventuell erst mal in die Knie schießen, damit der noch mal runtersackt, und dann in den Kopf schießen. Hier sind vier Schüsse abgegeben worden, wobei ja nur zwei getroffen haben. Da würde ich erst mal so denken: „Das können eigentlich gar keine Profis sein, wenn die aus dieser Nähe danebenschießen“, ich so als normaler Schütze. Das wäre für mich ein Ansatzpunkt gewesen, zu gucken: Kommt das vielleicht aus dem Bereich? - Haben Sie da ermittelt, in diesem Bereich?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Also, die Hypothese Raub scheidet nur insofern aus, Herr Hoffmann, als Sie von einem vollendeten Raub ausgehen. Das schließt nicht aus, dass Täter gestört werden, dass also als mögliche Hypothese weiterhin ein versuchter Raub noch hätte im Raum stehen müssen/können, bei dem möglicherweise durch eine Störung die Täter ohne Beute geflohen sind.

Zweite Hypothese: Aufgrund der Nähe zu der bereits geschilderten Szene Rauschgift und des Umstandes, dass, ich meine, ein Rauschgiftspürhund in dem Kiosk angeschlagen hatte, sind auch Ermittlungen getätigt worden in die Richtung, ob in dem Kiosk/aus dem Kiosk heraus Rauschgiftgeschäfte getätigt worden sind.

Ich hatte das familiäre Umfeld angesprochen. Natürlich war auch relativ früh eine denkbare Arbeitshypothese ein durchgeknallter Irrer, hätte ich beinahe gesagt, egal aus welcher politischen Richtung auch immer. Ich habe diese - - Es muss bei einer Pressekonferenz gewesen sein; ich kann mich nicht mehr erinnern.

**Thorsten Hoffmann (Dortmund) (CDU/CSU):** Stand im *Spiegel*.

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Die *Spiegel*-Geschichte, genau. Ich bin also im *Spiegel* relativ früh damit zitiert worden, dass auch das, was richtig war, eine meiner Arbeitshypothesen war, ja.

Das Problem, was sich daraus nur stellte, war: Es gab für diese Hypothese wenig, was man in einen Spurenordner „Hypothese durchgeknallter Einzeltäter“ oder „durchgeknallte Gruppe“, nenne ich sie mal, hätte reinpacken können. Es gab für uns keinerlei Hinweise auf eine irgendwie gearbete politische Tat. Das, was man bei einer politischen Tat erwartet hätte, von irgendwelchen Schmierereien am Tatort bis hin zu Bekennergeschichten, fand sich alles nicht, es gab keinerlei Hinweise von den Personen, die eigentlich behaupten, über gute Connections in den entsprechenden Szenen zu verfügen, sodass also der Ermittlungsansatz in Richtung dieser Gruppe zwar als gedankliche Spur da war, aber - ich habe es in anderen Ausschüssen gesagt - mir fehlte sozusagen ein Packende, ein Bindfaden, an dem ich hätte ziehen können, um dieses Knäuel irgendwie rauszubekommen. Es war eine gedankliche Möglichkeit; völlig klar. Dass sie sich nachher bewahrt hat, ist letztendlich schlimm. Aber wir sahen damals, auch im Team, keine Möglichkeit, diesen Gedanken weiterzuverfolgen, außer - ich habe es schon mal gesagt - vielleicht einem Aufruf: Täter aus dem braunen Spektrum, bitte melde dich, wenn du es warst! - Der hätte nur nicht viel gebracht in Dorstfeld.

**Thorsten Hoffmann (Dortmund) (CDU/CSU):** Das denke ich wohl auch. - Aber ich meine, es gibt ja vielleicht noch andere Möglichkeiten. Ich glaube, wenn man da nicht weiterkommt und man möchte den Täter ermitteln - die meisten Taten werden zum Glück aufgeklärt in dem Bereich -, dann könnte man natürlich auch auf andere Möglichkeiten zurückgreifen, zum Beispiel Einsatz von Informanten oder von V-Leuten aus dem OK-Bereich usw. Ist denn so was gemacht worden oder versucht worden? Es gab in Dortmund ja mal jemanden, der hat sich ja ganz gut ausgekannt. Solche Leute kann man ja auch möglicherweise einsetzen, wenn man nicht weiterkommt.





## 3. Untersuchungsausschuss

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Sie gestatten, dass ich mal eben schaue.

**Thorsten Hoffmann (Dortmund) (CDU/CSU):** Ja.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Das ist die Aussagegenehmigung. Tut mir leid, aber da geht es um meine eigene Geschichte, da muss ich ein bisschen vorsichtig sein.

**Thorsten Hoffmann (Dortmund) (CDU/CSU):** Nein, das ist richtig. Ich will ja auch keine Namen wissen.

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Nein, nein, ich wollte auch nur gucken, wie es formuliert war.

Punkt eins: Sie wissen, dass bei Kapitalsachen der Einsatz verdeckter Ermittler nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes problematisch wird, sobald da so eine Romeo/Julia-Geschichte angehandelt wird.

Punkt zwei: Im konkreten Verfahren sind von mir als ermittelndem Staatsanwalt keine verdeckten Ermittlungen im Sinne von VE/VP et al. gemacht worden.

Punkt drei: Ich bin davon ausgegangen und ich gehe weiterhin davon aus, wenn es in den entsprechenden anderen Kommissariaten der Polizei, sei es Staatsschutz, sei es OK, sei es BtM, was auch immer, irgendwelche Hinweise gegeben hätte, die zur Klärung dieser Tat hätten beitragen können, wären diese Informationen entweder an den Leiter MK oder an mich persönlich herangetragen worden. Das lehrt die nunmehr über 20-jährige Erfahrung, und das war die damals über zehnjährige Erfahrung, die ich damals auch schon hatte.

**Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):** Herr Dr. Artkämper, wir machen den Untersuchungsausschuss ja nicht, um den Fall aufzuklären - das haben andere schon in den Händen -, uns geht es natürlich darum, zu lernen: Was ist wie gelaufen? - Deswegen war die präzise Frage - das interessiert mich wirklich -: Ist es denn für

einen Staatsanwalt nicht üblich, wenn er schon die richtige Idee hat wie Sie, dann die Ermittlungen selbst in diese Richtung zu leiten und zum Beispiel Fragen zu stellen wie: „Was weiß das LfV? Könnt ihr mal gucken, was die in der rechten Szene wissen? Was weiß der Staatsschutz? Könnt ihr mal - - Sie sind ja Herr des Verfahrens. Lenken Sie so?“

Frage zwei: Ist es eigentlich üblich, dass Sie dann an das LfV denken bei solchen Dingen und dort auch zusammenarbeiten?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Ich habe in meiner Tätigkeit Tötungsdelikte mit einem braunen, darf ich ihn nennen, Hintergrund insgesamt vielleicht drei Stück gehabt. Das waren Verfahren, die sich aufklären ließen, ohne dass dort über Verfassungsschutz und Ähnliches überhaupt Informationen eingeholt wurden. Im Normalfall läuft die Kommunikation, Herr Schuster, so, dass bei einem Delikt, was bekannt ist - und die Ceska-Serie war bundesweit bekannt, auch vor 2011 -, die Informationen praktisch an einen herangetragen werden. Es ist für mich als ermittelnden Staatsanwalt nahezu unmöglich, alle Stellen, die vielleicht irgendwelche Informationen haben könnten, dort einzeln abzufragen, sondern der übliche Weg läuft - und lief - genau andersherum, dass nämlich jemand sich meldet und sagt: Herr Lehrer, ich weiß was!

**Thorsten Hoffmann (Dortmund) (CDU/CSU):** Dann würde ich noch mal kommen auf die Zeugin [REDACTED] - Sie haben die Dame gerade schon angedeutet -, die nämlich einmal um 12.30 Uhr an dem besagten Tag an dem Kiosk vorbei ist. Sie wollte eigentlich Zigaretten kaufen, hat dann einen oder zwei Männer gesehen - sie sagt Nazis oder Junkies; so hat sie sie mal beschrieben -, ist dann aber doch nicht in den Kiosk gegangen, ist dann nach Hause gegangen. Sie ist dann 20 Minuten später noch mal runtergekommen, wollte eigentlich wieder zum Kiosk gehen, ist nicht gegangen, weil sie den einen oder die beiden noch mal gesehen hat, ist dann nur zur Sparkasse gegangen, um Geld zu holen. Für mich ist das erst mal unüblich: Ein Raucher, denke ich mal, der kauft sich ja Zigaretten, weil er bald keine hat oder weil er schon keine mehr



## 3. Untersuchungsausschuss

hat. Aber das nur am Rande. Aber sie hat die Andeutung gemacht: Nazis oder Junkies. Wenn man jetzt in dem Bereich ist, wo man keinen weiteren Ansatz mehr hat für den oder die Täter, da könnte man da doch einen Ansatz sehen.

Dann gleich die nächste Frage, weil wir auch überlegen, was man verbessern könnte: Hatten Sie daran gedacht - Sie haben es ja gerade schon angedeutet -, mal vielleicht mit dem Staatsschutz zu sprechen, oder die Mordkommission, die eingesetzt worden ist? Und wie ist überhaupt die Zusammenarbeit mit dem Staatsschutz - ist ja auch Polizei - und den anderen Kommissariaten?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Also, erste Geschichte. Wir hatten sogar, wenn ich recht erinnere, zwei Mitarbeiter des entsprechenden Kriminalkommissariats Staatsschutz mit in der Kommission. Mordkommissionen sind üblicherweise bunt aufgebaut, allein schon aufgrund der Personalschwäche, die wir teilweise haben, sodass also da im Prinzip für mich gewährleistet war, dass die entsprechenden Informationen gefiltert waren.

Zweitens. Sie sagten: Wenn man dann gar nichts mehr hat außer Junkie oder Nazi. - Ich weiß, man fragt als Zeuge nicht zurück, Herr Hoffmann, aber wenn ich nur den Gedanken habe, es könnte ein Nazi sein, dann hilft mir das bei meinen Ermittlungen nicht weiter. Und eins - das weiß ich aus der heutigen Sicht - dürfte feststehen: dass in den Ermittlerkreisen, zumindest was die Dortmunder Ermittler angeht, Dinge wie VP „Heidi“ und Ähnliches damals nicht bekannt waren. Das sind alles Dinge, die an uns herangetragen worden sind zu einem Zeitpunkt, nachdem im November 2011 die Geschichte um Zschäpe et al. sozusagen aufgefliegen war. Wir hatten keinerlei Hinweise. Mir ist von den Polizeibeamten auch im Nachhinein gesagt worden, wir hatten auch keinerlei Informationen, selbst noch nicht mal in Form von Gerüchten, die es üblicherweise gibt, was also eine Tätergruppierung Mundlos/Bönnhardt anging.

**Thorsten Hoffmann** (Dortmund) (CDU/CSU): Das kann ich zunächst nachzuvollziehen, aber das eine nicht ganz. Sie sagten, man stigmatisiert dann praktisch und sagt: Wenn wir einmal auf Nazi kommen, dann kommen wir in den Bereich.

- Aber wenn wir den auslassen, dann kommen wir gar nicht in den Bereich. Auf der anderen Seite würden Sie ja dann in dem Bereich immer nur ermitteln, wenn ein Tötungsdelikt da ist, wenn, ich meine - - na ja, Nazis können es eigentlich nicht sein. - Deswegen meine ich, man muss die ganze Palette machen, weiß aber aus eigener Erfahrung natürlich, wie schwierig das ist, mit dem Staatsschutz zusammenzuarbeiten.

Was haben Sie denn noch mal grundsätzlich verändert, als Sie dann am 04.11.2011 davon gehört haben - in der Zeitung, wie auch immer -, informiert worden sind, dass sich da auf einmal doch was auftut: „Das ist ein Trio, das sind diese Leute um Beate Zschäpe, Mundlos und Bönnhardt“? Haben Sie da noch von sich aus im Rahmen der früheren Mordkommission - - die noch mal auflieben lassen, oder welche Dinge wurden dann noch mal veranlasst? Weil es ist ja vielleicht wichtig, unter den neuen Voraussetzungen nachzuschauen: Was hat sich verändert? Haben wir neue Hinweise jetzt?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Das Verfahren ist, wie gesagt, am Tag drauf - die gleiche Woche; ich kann mich nicht auf einen Tag festlegen - auf Weisung meiner damaligen Behördenleiterin an den Generalbundesanwalt abgegeben worden. Damit hatte ich keine Zuständigkeit mehr. Ich hatte kein Verfahren mehr.

Mir ist bekannt - allerdings bin ich da der falsche Ansprechpartner -, dass das Verfahren hinterher natürlich polizeiintern aufgearbeitet worden ist. Es gab dann auch weitere Spezialeinheiten, hätte ich beinahe gesagt, die sich damit beschäftigt haben, andere Delikte auf einen möglichen rechtsradikalen Hintergrund zu untersuchen. Das weiß ich daher, weil eine Zahl von Verfahren angefordert worden ist, die dann aufgearbeitet wurden, wenn ich mich recht erinnere unter Leitung von Herrn Schenk, der dort ursprünglich im KK 11 war und dann da über ein Jahr tätig war. Die Verfahren sind also im Nachhinein noch mal aufgearbeitet worden vor diesen Erkenntnissen aus November 2011, ohne dass es da allerdings zu irgendwelchen Klärungen gekommen ist, was also alte, nicht gelöste Fälle anging. Aber was da im Einzelnen polizeiintern veranlasst worden ist, ist nicht meine Baustelle.



## 3. Untersuchungsausschuss

**Thorsten Hoffmann** (Dortmund) (CDU/CSU): Ich komme noch mal auf die Videoaufzeichnungen zurück. Sie haben ja sehr schnell eine wunderbare Maßnahme im Kopf gehabt und auch durchgesetzt. Sie haben sich Videoaufzeichnungen anschauen - - oder die Kollegen, die dort eingesetzt waren, haben sich Videoaufzeichnungen angeschaut von den Tankstellen, die in Dortmund mit Video ausgestattet sind. Dann nachher, nachdem der Mord in Kassel geschah, zwei Tage später hatten Sie sogar die Videoaufzeichnungen sicherstellen oder beschlagnahmen lassen von Raststätten auf der A 44. Also eine wunderbare Maßnahme.

Aber nach den neuen Erkenntnissen nach dem 04.11., können Sie da noch was zu sagen? Ist das denn noch mal ausgewertet worden? Ich frage aus einem Grunde: Es gibt nämlich einen Hinweis vom BKA, einen BKA-Vermerk, vom 16.04.2015, aus dem lässt sich entnehmen, dass eine Komplettauswertung aller Videoaufzeichnungen offensichtlich nicht erfolgt war. Können Sie dazu was sagen?

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Können wir das dem Kollegen vorhalten? Haben wir das irgendwo und auch die Fundstelle für das Protokoll?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Ich kann dazu nichts sagen, Herr Vorsitzender, weil ich zu dem Zeitpunkt mit keinerlei Ermittlungen mehr betraut war.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Auch nicht abgedeckt durch die Zeit, als Sie beim GBA waren? Da ging es nur um die Abfassung der Anklageschrift?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Für das kleine Schnipselchen Dortmund. Sie können es mir gerne vorhalten - das ist Ihr gutes Recht -, aber ich kann nichts weiter dazu sagen, weil die weiteren Ermittlungen völlig an mir vorbeigelaufen sind.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Okay.

**Thorsten Hoffmann** (Dortmund) (CDU/CSU): Das ist ein kompletter Vermerk, aber wichtig ist nur

die Passage, die ich Ihnen gerade vorgelesen habe. Wenn Sie dazu nichts sagen können, brauche ich das, glaube ich, nicht. Ansonsten haben wir es hier.

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Steht nicht in meinem Wissen, Herr Hoffmann.

**Thorsten Hoffmann** (Dortmund) (CDU/CSU): Was mir eigentlich immer am Herzen brennt, ist - ich komme jetzt auf einen anderen Namen -: Ich komme immer wieder auf Temme. Temme spielt in Kassel eine große Rolle. Da sind Sie zwar nicht direkt involviert, aber Sie waren ja auch vor Ort, Sie haben gesprochen usw. mit den Ermittlern. Ich weiß gar nicht, woher ich das habe - ich glaube, nur aus der Zeitung; ich kann überhaupt nichts sagen, wer mir das gesagt hat oder ob ich es irgendwo gelesen habe, ich habe die Fundstelle gar nicht im Kopf -, aber ich hörte, dass Temme auch in Dortmund gewesen sei. Haben Sie dazu Erkenntnisse?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Ich merke mir keine Namen, tut mir leid. Temme ist der Mitarbeiter des Verfassungsschutzes, der unmittelbar vor der Tat in Kassel in diesem Internet-/Telefoniecafé war?

**Thorsten Hoffmann** (Dortmund) (CDU/CSU): Ja, genau.

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Okay. - Es sollte untersucht werden, ob es Beziehungen zwischen diesem Mitarbeiter des Verfassungsschutzes und Dortmund gab. Das hatte einen aus Ihrer Sicht vielleicht etwas komischen Hintergrund, der darin bestand, dass ich mir einen Herrn Temme - den Namen darf ich jetzt von Ihnen adaptieren; ich hoffe, er stimmt -, in der Involvierung in Dortmund vorgestellt, wahrscheinlich in Untersuchungshaft hätte nehmen lassen, ich sage mal ganz, ganz großkotzig, ihn wahrscheinlich sogar verurteilt bekommen hätte. Hintergrund war der, dass diese Person zunächst einmal nach der Tat in Kassel abgetaucht war. Die Tat war Teil einer Tatserie, die es bundesweit auf Nummer eins in der *Tagesschau* abends geschafft hatte, die also jedem Bürger und jeder Bürgerin, die auch nur ansatzweise ein bisschen interessiert ist, geläufig



## 3. Untersuchungsausschuss

war. Wenn in einem solchen Kontext ein Staatsdiener, darf ich ihn nennen, zunächst einmal für uns nicht greifbar ist, wobei deutlich wird, auch anhand der entsprechenden Presseveröffentlichungen, dass wir ihn suchen - - dann war er zumindest ganz, ganz nah an der Tat dran.

Was für meine Augen noch gravierender war - allerdings ist das Wissen vom Hörensagen sozusagen -: Mir ist erzählt worden, dass später Herr Temme nur als Zeuge vernommen worden ist, teilweise auch gesperrt worden ist, dass es allerdings in Teilbereichen Äußerungen gegeben haben soll, Temme eingeräumt hat, im tatrelevanten Zeitraum in diesem Café, darf ich es mal nennen, gewesen zu sein, er ums Verrecken aber nicht daran wollte und eine Plastiktüte bei sich hatte. Plastiktüte - jetzt schließt sich wieder der Bogen zu den Hülsen - war für mich eine relativ wichtige Geschichte in dieser Verfahrensserie, und es soll in Kassel eine Zeugin gegeben haben, die eine Person, deren Beschreibung auf Temme zutrifft, gesehen hat, die diese Lokalität verlassen hat und die - da war sich die Zeugen sicher - eine Plastiktüte bei sich führte. Wenn man das mal im Gesamtbild betrachtet: Zumindest für einen Tagesetappensieger hätte es gereicht, hätte ich beinahe gesagt.

**Thorsten Hoffmann** (Dortmund) (CDU/CSU): Also wäre eine bessere Zusammenarbeit auf jeden Fall besser gewesen zwischen Kassel und Dortmund, und das - -

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Nein. Das war der Hintergrund, Herr Hoffmann, das war der Grund meiner Erklärung, wo ich gesagt habe: Es würde mich mal interessieren, ob es irgendwie gelingt, über Geodaten, Verbindungsdaten oder Ähnliches diese Person praktisch nach Dortmund zu bekommen im tatrelevanten Zeitraum.

**Thorsten Hoffmann** (Dortmund) (CDU/CSU): Ist denn da was gemacht worden in Dortmund?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Da sind damals Untersuchungen getätigt worden, die nach meinem Kenntnisstand aber negativ verlaufen sind. Die sind allerdings auch teilweise hinterher noch fortgeführt worden, nachdem das Verfahren dann

sozusagen schon abgegeben war. Die Kenntnis habe ich dann nicht mehr, was dann passiert ist.

**Thorsten Hoffmann** (Dortmund) (CDU/CSU): Die Unterlagen sind ja noch da. Dann müsste man vielleicht noch mal nachschauen, ob der zum tatrelevanten Zeitpunkt vielleicht da eingeloggt war. - Ja gerne, Herr Schuster.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Herr Dr. Artkämper, was hat denn Ihr Kollege Wied in Kassel nicht gemacht? Weil der hat ihn ja nicht eingebuchtet, und Sie hätten es geschafft, haben Sie gesagt.

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Er hat es offensichtlich anders bewertet. Ich habe mit dem Kollegen darüber nicht gesprochen. Es ist auch nicht meine Aufgabe, einem anderen Staatsanwalt Ratschläge, was ich machen würde, zu geben, auch wenn ich wahrscheinlich etwas dienstfahrener war als der Kollege. Er hat ja selbst die Frage eines Beschuldigtenstatus anders gesehen, als ich sie sehe. Wobei ich da allerdings einreihen muss, Herr Schuster: Was die Frage Beschuldigtenstatus und Begründung angeht, bin ich sehr, sehr großzügig. Ich halte es auch sehr genau dort mit den Vorgaben. Ich weiß, dass andere Kollegen das anders sehen. Das ist kein Vorwurf, sondern er hat eine Einschätzung vorgenommen, nach der dieser Herr Temme - - a) bezüglich seiner Person kein Anfangsverdacht besteht, sonst hätte er ihn zum Beschuldigten machen müssen, und b) dass bezüglich auch des weiteren Verfahrens er nach meinem Kenntnisstand im Zeugenstatus verblieb und deswegen über Sperrerklärungen und Ähnliches dort nicht weitergekommen wurde. Gott behüte, es steht mir nicht an zu behaupten, der Kollege habe etwas falsch gemacht.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Also, das will ich auch gar nicht sagen. Ich würde Sie gar nicht nach dem Problem Beschuldigtenstatus fragen, weil das ist ja logisch, dass man da unterschiedliche Einschätzungen haben kann. Aber Sie haben auch gesagt: Und ich hätte ihn auch verurteilt bekommen. - Das ist allerdings ein erheblicher Qualitätsunterschied.



## 3. Untersuchungsausschuss

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Ich habe gesagt „wahrscheinlich“ - das Wörtchen wollen wir bitte nicht streichen -, denn auch da kann ich mir nicht anmaßen, die Entscheidung eines Schwurgerichts zu präjudizieren. Bei der Beweislage kann ich mir sehr gut vorstellen, dass es gelungen wäre, im Rahmen einer Hauptverhandlung dort eine Überzeugungsbildung des Gerichtes hinzubekommen, ja.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Und wo ist das Argument, was wir nicht kennen? Es ist ja nicht so gelaufen. Mit welcher Argumentation glauben Sie, vor Gericht das erreicht zu haben, die bisher vielleicht so gar nicht bekannt ist?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Bei einem Indizienverfahren ist es eine Frage der Gesamtschau, ob ich dann sagen kann, dass ich keine vernünftigen Zweifel habe, dass aufgrund dieser einzelnen Indizien eine Person als Täter der ihm zur Last gelegten Tat in Betracht kommt. Ich behaupte, dass nach meiner vorläufigen Einschätzung - ich kenne die Akten nicht - die einzelnen Indizien ausgereicht hätten für eine entsprechende Anklage und möglicherweise für eine Verurteilung. Ob es so gekommen wäre, Herr Schuster? - Ich bin kein Hellseher. Und, wie gesagt, korrekte Aktenkenntnis wäre Voraussetzung, um das zu kennen. Ich hatte auf die Frage von Herrn Hoffmann gesagt: Soweit mir bekannt ist. - Ich kenne die Kasseler Akten nicht, ich kenne nur das, was mir gesagt worden ist. Da kann schon eine Marginalie - möglicherweise die Sache mit der Plastiktüte, wenn die Zeugin sich doch nicht so sicher war - das gesamte Gebilde zum Kippen bringen.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Wir wollen jetzt auch nicht weiter über Gebühr spekulieren über Akten, die Sie nicht kennen, weil wir dafür nicht da sind. Wir wollen nur, dass Sie uns die Indizien mitteilen oder dem Kollegen, wenn er fragt, die Sie jetzt selber in Bezug auf Kassel hatten oder die Sie in Verbindung Kassel und Dortmund hatten, also das, was Ihnen auch präsent war. Da habe ich Sie jetzt so verstanden, es war vor allem der Umstand als solcher, dass es die Person gab, die sich nicht gemeldet hat, aber im Café wohl war, wann auch immer, und der Umstand der Plastiktüte, ja?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** So ist es.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Da hätte ich jetzt eine Nachfrage. Sie haben ja gesagt, die Täter - das war die Vermutung damals, auch bei Ihnen, wenn ich Sie richtig verstanden habe - - die Plastiktüte wurde eingesetzt, damit keine Hülsen am Tatort zurückbleiben. Jetzt haben Sie aber eingangs gesagt, dass Sie noch mal Fotos anschauen durften. Es blieb eine Hülse zurück, und die stand sogar auf dem Kassentisch, als ob sie jemand hingestellt hätte - - und nicht so nach Auswurf. Das heißt, entweder hat die Plastiktüte nicht funktioniert, oder es war keine dabei, oder? Wie erklären Sie sich dann, dass die Hülse trotzdem dableibt?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Ganz einfach. Wenn Munition verfeuert wird, wird auch die Hülse heiß. Das heißt, ich kann mir gut vorstellen, dass die Hülse, wenn sie ausgeworfen wird, aufgrund ihrer Temperatur eine Plastiktüte zerstört und austreten kann. Also, ich habe die Hülse nicht als Symbolik betrachtet, wie Sie sie jetzt sozusagen reinbringen wollen.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Und auch kein Widerspruch zur Plastiktüte, -

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Nein.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** - weil Sie sagen, eine heiße Hülse geht durch.

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Ja, natürlich. - Ganz davon abgesehen: Je nachdem, wie man die Plastiktüte hält, kann es auch sein, dass möglicherweise die Grifföffnung gerade an der falschen Stelle ist. Es gibt viele Möglichkeiten, wie trotz vorhandener Plastiktüte eine entsprechende Hülse aus der Plastiktüte, aus der Plastikummantelung austreten kann.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Hatten Sie sich mal damit befasst? Für Sie war die Plastiktüte schon auch Teil Ihrer Ermittlungen, war dort auch schon Gegenstand?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Ja. Es war auch Teil, wenn ich recht erinnere, irgendwelcher OFAs oder Fallanalysen, weil natürlich die



## 3. Untersuchungsausschuss

Frage, ob ein Täter oder eine Tätergruppe während einer Serie lernt, möglicherweise für irgendwelche Rückschlüsse auf die Täterpersönlichkeit relevant ist. Deswegen war - ich kann Ihnen nicht mehr sagen, ab der wievielten, ab der zweiten oder der dritten Tat - eben auffällig, dass vermieden wurde, wenn es irgendwie ging, Hülsen am Tatort zu hinterlassen.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Ich glaube, das war ab vierter oder fünfter. - Und Sie haben das so bewertet, dass ja auch durch die Plastiktüte geschossen wurde, -

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Ja.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** - die Waffe, die Ceska in dem Fall, in der Plastiktüte war oder die Plastiktüte drübergestülpt war und durch die Tüte geschossen wurde.

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Das war, solange mich nicht ein Täter mit Tatwissen eines Beseren belehrt, meine Version, ja.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Wir haben leider auch nicht mehr, also insofern muss ich eben fragen. - Hatten Sie sich mal unterhalten mit Waf-fenexperten diesbezüglich, ob so was überhaupt ohne große Fehlertrefferzahl geht, also dass das einer außergewöhnlichen Fertigkeit beim Schießen bedarf, um durch eine Plastiktüte, wo Sie weder Kimme noch Korn sehen, selbst wenn Sie vor dem Opfer stehen, so zu treffen? War das mal Gegenstand?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Also, wenn Sie mit einer Pistole, einem Revolver aus nächster Nähe auf eine Person schießen, -

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Treffen Sie nicht unbedingt, Herr Artkämper.

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** - ist es schon eher schwierig, nicht zu treffen, hätte ich beinahe gesagt. Ganz davon abgesehen: Ich kenne den konkreten Versuchsaufbau nicht. Ich könnte mir zum Beispiel vorstellen, dass man den Lauf aus der Plastiktüte rausgucken lässt. Ich weiß es nicht.

Ich muss auch ganz ehrlich sagen, Herr Vorsitzender: Die Frage ist für mich nicht ganz so spannend bis zu dem Zeitpunkt, wo ich jemanden vor mir auf dem Stuhl sitzen habe, der mir das erklärt, und ich nachprüfen muss, ob das wirklich funktionieren kann, was er mir erklärt. Es ging nur abstrakt um die Geschichte. Die Täter hatten hinzugelert und versuchten, spurenärmer zu arbeiten, als sie es vorher gemacht hatten. Das war für mich der kriminalistisch spannende Punkt sozusagen.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Ja, und ich würde es eben ergänzen, dass ich sage: Wer so etwas kann, durch eine Plastiktüte eine Waffe, die mit verlängertem Lauf 40 Zentimeter war -

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Mit Schalldämpfer, meinen Sie.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** - ja, mit Schalldämpfer -, wer das kann, so war so ein bisschen meine rudimentäre Kenntnis, muss eigentlich ein außergewöhnlich guter und trainierter Schütze sein. Das haben Sie aber nicht mal erwogen? Dar-aus könnte man ja auch wieder auf Ermittlungsansätze kommen, zu sagen: Es kann niemand sein, der nur mal dilettantisch nach einer Waffe greift und das Magazin leerballert.

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Das Problem in der Praxis - das ist, glaube ich, kein Geheimnis - ist, dass wir so viele Waffen im Umlauf haben, dass natürlich auch Leute mit Waffen gut umgehen können und trainieren, mit Waffen umzugehen, die alles andere haben, nur keine entsprechende Berechtigung, eine Waffe zu führen.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Das ist unbestritten.

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Dann nach berechtigten Waffenträgern zu suchen? - Nein.

Die Waffe als solche war natürlich schon im Kernpunkt unserer Ermittlungen, um rauszukommen: Wo kommt diese verdammte Ceska überhaupt her? Welchen Weg ist die gelaufen? - Das haben wir natürlich gemacht. Aber allein aufgrund gewisser Hypothesen, wie man denn hätte schießen können und wie gut man schießen



3. Untersuchungsausschuss

können muss, um dann noch zu treffen, einen Täter zu ermitteln, mit Verlaub, das scheint mir ein bisschen ein Stochern im Nebel zu sein.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Das waren die Ermittlungen, glaube ich, auch über elf Jahre. Mir geht es eher darum, zu sagen: Wenn man am Ende einen Verdächtigen hat - und es geht ja auch um Schießfertigkeiten und -fähigkeiten -, mag das schon auch eine Rolle spielen, ob das jemand auch wirklich kann, wenn man ihm die Tat zur Last legt, oder ob da besonderes Combatschießen und anderes mehr trainiert sein muss.

Ich will nur eine letzte Frage stellen, dann wechselt das Fragerecht an die Fraktion die Linke: In Kassel hatten wir einen Zeugen - ich meine, es war ein Mann -, der diese Tüte gesehen hat, und der sie auch so beschreibt, dass er sagt: Die Tüte sah so aus, als ob etwas Schweres drinlag. - Er hat es präzisiert sogar. Ob das am Ende ein Erinnerungsfehler ist oder nicht, weiß ich nicht. Gab es bei Ihnen, in Ihren Ermittlungen, irgendjemanden, der, außer Radfahrer, die mal aussahen wie Nazis und dann wieder wie Junkies - - der mal gesagt hat: „Ich habe eine Person gesehen im Umfeld des Kiosks mit einer Plastiktüte“? Gab es irgendeinen weiteren Hinweis auf Personen mit Plastiktüten, außer dass Sie gesagt haben, waren wahrscheinlich im Einsatz, um die Hülsen einzusammeln, weil nur eine da war, aber vier Schüsse, glaube ich, abgegeben wurden?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Tut mir leid. Die Frage kann ich, ohne in die Akten zu schauen, nicht beantworten. Wenn es einen derartigen Hinweis gegeben hat, wäre er aktenkundig. Also, ich weiß es nicht.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Okay. - Dann geht das Fragerecht an die Fraktion Die Linke. Frau Pau.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Herr Artkämper, es war ja vorhin schon von dem *Spiegel*-Artikel die Rede, in dem Sie zitiert wurden - das war der Spiegel 29/2006 -:

Während der Dortmunder Staatsanwalt Heiko Artkämper vermutet, dass „ein Durchgeknallter, der

Migranten hasst“, der Täter sein könnte, äußern andere Ermittler den Verdacht, dass eine mafiaähnliche Organisation hinter den Morden stehe ...

Sie haben bei anderer Gelegenheit gesagt, es gab nur keine Anfasser, in diese Richtung weiterzuermitteln oder an dieser Stelle weiterzukommen.

Ich nehme an, dass Ihnen der Name Siegfried Borchardt, auch „SS-Siggi“ genannt, bekannt ist. Wussten Sie damals, dass Borchardt 2006, zur Zeit des Mordes, in der Mallinckrodtstraße 278 wohnte, also circa 500 Meter vom Kiosk von Herrn Kubasik entfernt?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Ich kenne „SS-Siggi“, habe auch mal gegen ihn verhandelt, wenn ich mich recht erinnere. Dass er in der Straße Nummer Schlagmichtot wohnte, wusste ich nicht in dieser Konkretheit; aber ich wusste natürlich, dass Siggi Borchardt und andere Rechtsradikale im Dortmunder Norden, allerdings intensiver in Dortmund-Dorstfeld, ihr Unwesen treiben.

**Petra Pau (DIE LINKE):** In dem Zusammenhang: War Ihnen der „Thüringer Hof“ - zur Erklärung für alle: ein rechter Szenetreff in der Nähe des Tatortes - ein Begriff oder bekannt?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Frau Pau, der ist mir bereits, wenn ich recht erinnere, im Untersuchungsausschuss in Nordrhein-Westfalen vorgehalten worden. Der „Thüringer Hof“ sagt mir nichts.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Gut. - War Ihnen 2006 bekannt, dass sich in Dortmund um die Naziband „Oidoxie“ eine militante rechtsextreme Gruppierung gebildet hatte, die sich nach dem Vorbild rechtsterroristischer Strukturen um das Netzwerk „Combat 18“ - - orientierte?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** „Combat 18“ sagt mir etwas vom Begriff her. Die von Ihnen benannte Gruppe ist mir unbekannt.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Später war übrigens Herr [REDACTED] - auf den kommen wir vielleicht heute



3. Untersuchungsausschuss

im Laufe der Zeit noch mal - auch Teil genau dieser Struktur.

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Der Name [REDACTED] sagt mir etwas.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Gut. Da kommen wir später noch mal gegebenenfalls drauf zurück. - Sagte Ihnen damals der Name Marko [REDACTED] etwas?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** [REDACTED] oder [REDACTED]

**Petra Pau (DIE LINKE):** [REDACTED]

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Er sagt mir heute nichts. Insofern vermute ich, dass er mir 2006 auch nichts sagte. Sorry, keine Erinnerung.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Gut. - Dann noch: Wenn Sie die Band nicht kannten, gehe ich davon aus, dass sie die „Oidoxie Streetfighting Crew“ auch nicht kannten.

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Sie decken Wissenslücken bei mir auf, wobei ich nicht weiß, ob das so schlimm ist.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Diese Gruppierung, diese militante Nazigruppierung hatte auch enge Kontakte nach Kassel, und da wir uns jetzt ja hier mit der Serie befassen - -

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Vielleicht mal zu der Organisation, Frau Pau, von Staatsanwaltschaften. Wir haben eine spezielle Abteilung für den Bereich dieser politischen Verbrechen. Eine Gemengelage tritt immer dann auf, wenn sozusagen Delikte in zwei Spezialabteilungen fallen, also Delikt einmal begangen von jemandem, der der rechten Szene zuzuordnen ist, und gleichzeitig ein Delikt, was in die Sonderzuständigkeit der Kapitalabteilung fällt. Dann ist die gängige Regelung, die ich auch für inhaltlich zutreffend halte, in Dortmund so, dass die Kapitalabteilung dieses Verfahren bearbeitet und praktisch den Support sich aus der anderen Sonderabteilung holt. Deswegen - -

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ich will nicht unhöflich sein; ich habe bloß weniger Zeit als die Kollegen,

zu fragen. Also herzlichen Dank. Es ist mir in groben Zügen natürlich auch bekannt. Ich bin jetzt nur dabei, nach Anfassern zu suchen, die an dieser Stelle sind. Wie gesagt, hier geht es ja nicht darum, Ihnen irgendwas nachzuweisen, was Sie unterlassen haben, sondern wir wollen ja lernen für die Zukunft, wie man bestimmte Sachen zusammenführt.

Deshalb interessiert mich sehr, Herr Artkämper: Wie ist es eigentlich 2006 zum Vergleich der Tat in Dortmund mit dem Bombenanschlag 2004 in der Keupstraße gekommen? Mir ist dieser Volltreffer bis heute unerklärlich. Also, was war da das Verbindende beider Taten für Sie und Ihre Mitstreiter?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Das Verbindende beider Taten war, dass in beiden Kommissionen man sozusagen mit seinem Latein am Ende war. Die Verbindung ist ja nur dergestalt hergestellt worden, dass ein Beamter meiner MK auf die Idee gekommen ist, man könne ja mal das Phantombild, was die Zeugin, die diese Personen dort unmittelbar nach der Tat gesehen hatte, angefertigt hatte, auch mal den Leuten zeigen, die in Köln waren, bzw. rückwärts einen Vergleich machen. Das war sozusagen schiere Not, Frau Pau. Man hatte nichts anderes mehr, und man greift dann nach dem allerletzten Handtuch, was einem gereicht wird. Dann ist die Möglichkeit auch mal, dass man zu einem solchen Verbrechen, das ja eben auch einen ausländerfeindlichen Hintergrund hatte - das ist ja unstreitig -, unabhängig von der Tätergruppierung jetzt, das eine gleiche Zielrichtung hatte - - dass man da einfach versuchte, ob man da noch mal weiterkommt. Es ist damals leider gescheitert, weil aufgrund des schlechten Bildmaterials ein Vergleich unmöglich war.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Sie haben recht, das Bildmaterial war schwierig. Wobei: Wenn ich mir Ihr Phantombild ansehe, also das, was bei Ihnen zur Verfügung stand, dann ist das schon überraschend, was die Vergleichbarkeit der Erscheinungsweise der Täter betrifft. Aber gut.

Ist Ihnen denn bei diesem Vergleich bekannt geworden, dass das Bundesamt für Verfassungs-





schutz im Zusammenhang mit dem Nagelbombenanschlag 2004 in der Keupstraße in Köln einen Vermerk erstellt hatte, in dem dieser Anschlag mit ähnlich gelagerten rechtsterroristischen Anschlägen von „Combat 18“ 1999 in London verglichen wurde?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Ist mir nicht bekannt.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Das wäre natürlich - -

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Ich habe Ihre Frage beantwortet. Es sind Beamte damals nach Köln gefahren. Es ist versucht worden, dort unsere Tat weiter zu klären. Das führt in der Regel nicht dazu, dass man den gesamten Aktenkomplex dort noch mal aufrollt, obwohl ich eigentlich auch vielleicht damit gerechnet hätte, wenn solche Querverbindungen da sind, dass sie dann auch von oben weg gesteuert werden, dass dann auch vielleicht mal der Staatsanwalt in Dortmund eine Message bekommt: Wir haben da noch solche Erkenntnisse. - Die habe ich definitiv nicht bekommen.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Genau das war jetzt auch meine Unterstellung, bis ich begonnen habe, mich mit diesem Komplex zu beschäftigen, dass das so funktioniert, also dass Wissen, das wo auch immer vorhanden ist, dann auch an diejenigen, die verzweifelt, wie Sie ja sagen, nach einem Punkt suchen, irgendwo übermittelt wird. Aber da stoßen wir nun alle seit fünf Jahren auf die Situation, dass das offensichtlich nicht geschieht.

In dem Zusammenhang: Sie haben in Nordrhein-Westfalen im Untersuchungsausschuss auch etwas ausgeführt zu Ihren Erfahrungen, was die Übermittlung von Hinweisen durch Landesämter für Verfassungsschutz oder des Staatsschutzes betrifft. Sie sagten in Nordrhein-Westfalen, wenn ich das kurz zu Protokoll geben darf:

Und Sie haben leider keine Möglichkeit - derzeit zumindest -, den Staatsschutz, den Verfassungsschutz oder wen auch immer sozusagen zu nötigen, zu zwingen, irgendwelche Informationen, wenn sie die denn haben, rauszugeben.

Wir finden das in Mat A NW-21/2, 24. Sitzung, Seite 39. Das klingt mir doch schon sehr resigniert. Haben Sie denn öfter da schlechte Erfahrungen gemacht, was eben die Preisgabe/Übermittlung solcher Dinge, die vorhanden sind, betrifft?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Resignation weise ich von mir; nein, nein, sonst würde ich den Job nicht noch weiter machen können. Es gibt dort Probleme, weil sie genau wissen, dass ich mit Hinweisen „polizeiintern wurde bekannt“ oder einem Zettel, der morgens auf dem Schreibtisch des Staatsanwalts liegt: „Guck doch mal Bartholdystraße 17 nach“, nichts anfangen kann. Und dass natürlich - mir ist die Rechtsprechung, mir ist die Gesetzeslage bekannt - in vielen Fällen dort zumindest an der Schnittlinie des Rechtstaates gearbeitet wird, dürfte auch klar sein. Deswegen treffe ich dann häufig dort auf Schweigen, wo gesagt wird: „Bitte schön, wir haben keine Informationen“, wo möglicherweise doch Informationen vorhanden sind.

Wir wissen inzwischen, dass zum Zeitpunkt der Tat wir durchaus aus den neuen Bundesländern einen Verfassungsschützer in Dortmund geparkt hatten, der bei unserer Abfrage offensichtlich in Berlin in der JVA saß und warm und trocken war. Also es gibt dort Reibungsverluste, um das mal so zu sagen, wobei sich die Frage stellt: Ist das jetzt höherwertiger, was dort bearbeitet wird, sodass es gerechtfertigt ist, dass es zurückgehalten wird? - Um das klar und deutlich zu sagen, Frau Pau: Ich kann mit einem schwammigen Hinweis „In der Szene wurde bekannt, dass ...“ nichts anfangen, wenn ich in einem rechtsstaatlichen Verfahren hinterher einen Mord aufklären will. Da knatschen wir so ein bisschen aneinander. Ja, da stehe ich zu, dass ich das gesagt habe. Aber das wiederhole ich auch hier.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Alles klar. Ich habe da eine klare Einschätzung und Meinung, was die derzeitige, immer noch gültige Priorisierung betrifft. Aber vielleicht gelingt es mir ja irgendwann, da auch andere Mehrheiten zu finden, um das zu ändern. - Danke.

**Stellvertretende Vorsitzende Susann Rührich:** Vielen Dank. - Das Fragerecht geht an die SPD-



Fraktion über, also an mich. - Ich knüpfe auch direkt an das an, was meine Vorrednerinnen und -redner schon gefragt haben. Sie haben uns gerade versucht darzustellen - ich glaube, ich habe das auch so weit nachvollzogen -, wie die Staatsanwaltschaft eigentlich arbeitet. Der Punkt, der mich wundert, ist, warum die Nähe des Tatortes, der fußläufig ist zu dem Bahnhof, der auch ein Drogenumschlagplatz ist, ein Anfasser ist für gegebenenfalls ein Delikt im Drogenmilieu, die Nähe zu in der Straße wohnenden Neonazis - da gibt es über Herrn „SS-Siggi“ hinaus noch weitere Namen, die ich jetzt hier nicht nennen muss, eben jenen Treffpunkt der „Kameradschaft Dortmund“ auch - - Die Wertigkeit, warum sozusagen jetzt ausgerechnet dieser Drogenumschlagplatz am Bahnhof ein Hinweis ist, das andere aber nicht, das müssten Sie mir bitte noch mal ein bisschen deutlicher machen.

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Erstens. Es geht nicht um den Umschlagplatz am Bahnhof, Frau Rührich, sondern es geht um einen etwa 800 Meter vom Bahnhof entfernten anderen Platz, eine Straße, in der also bekannterweise damals - ob es heute noch so ist, weiß ich nicht - gehandelt wurde, weil überauffällig häufig, würde Herr Köhnken sagen, derartige Delikte im Zusammenhang mit Rauschgifttaten stehen.

Auf der anderen Seite kann ich nicht jedes Delikt, das sich im Dortmunder Norden oder gar in Dortmund-Dorstfeld ereignet, nur deswegen, weil dort Leute oder „Repräsentanten“ aus der rechten Szene wohnen, in die rechte Szene einordnen. Das funktioniert nicht. Unabhängig davon: Allein der Gedanke rechte Szene, wie immer Sie es auch nennen wollen, von mir aus „SS-Siggi“ als Person, ist für mich kein Ermittlungsansatz.

**Stellvertretende Vorsitzende Susann Rührich:** Warum ist dann die Tatsache, dass in der Nähe auch eine Drogenszene ist - - was hat das mit Herrn Kubasik zu tun?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Ich hatte es, meine ich, bereits erwähnt heute. Nach meinem Erkenntnisstand oder nach meiner Erinnerung hatten wir damals auch Rauschgifttaten im Einsatz. Die Rauschgifttaten haben in diesem Kiosk angeschlagen. Wir hatten Hinweise über den bloßen

Punkt „in der Nähe eines BtM-Umschlagplatzes“ hinaus, die uns dazu gebracht haben, in Richtung BtM weiterzuarbeiten.

**Stellvertretende Vorsitzende Susann Rührich:** Den Hinweis der Zeugin auf Junkies oder Nazis hatten wir ja heute schon mal. Sie sagten, dass das nicht weiter ausgereicht hat. Was ist denn mit den Hinweisen der Opferangehörigen? Also die Tochter genauso wie die Witwer haben, so sagen sie zumindest, in den Befragungen angegeben, dass sie hier zumindest ein rassistisches oder ein rechtsextremes Motiv nicht ausschließen würden. Zwei Tage später ist in Kassel Herr Yozgat erschossen worden. Danach gab es die großen Demonstrationen der Opferangehörigen, auch organisiert von Familie Kubasik mit: „Kein 10. Opfer!“, in denen durchaus der Hinweis wiederholt kam oder die Vermutung, es könnte das rechtsextreme Milieu sein. Und das Einzige, was Sie sagen, was dagegenspricht, ist, dass es keine Bekenntnisse gibt. Die Betroffenen selbst haben die Tat als „Wir sind gemeint“ gewertet.

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Sie haben zwei Begriffe parallel, synonym benutzt, die für mich als Staatsanwalt nicht synonym zu benutzen sind. Sie haben von Hinweisen gesprochen, und Sie haben von Vermutungen gesprochen. Das sind für mich zwei völlig unterschiedliche Paar Schuhe. Hinweise sind irgendetwas Konkretes, Tatsächliches, wo ich einen Anhaltspunkt habe. Wenn zum Beispiel Personen sagen: „Ich habe gesehen, wie da Leute mit weißen Tütchen aus dem Laden rausgekommen sind“, dann ist das ein Hinweis, dem ich nachgehen kann. Wenn es eine allgemein gehaltene Vermutung ist: „Es handelt sich um mehrere Taten gegen ausländische Mitbürger, und deswegen hat es einen ausländischerfeindlichen Hintergrund“, dann gibt diese Vermutung keinerlei Tatsachen her, anhand derer ich als Staatsanwalt bzw. meine Ermittlungspersonen weiter vorgehen könnten. Das ist der Riesenunterschied.

Das, was kam, war die Vermutung, die ich auch gehegt habe, dass das nicht auszuschließen ist. Aber es gab keine konkreten Anhaltspunkte in die Richtung, dass man sagt: Bitte schön, hier ist der Beginn einer Spur, die du Staatsanwalt, die du Mordkommission weiterverfolgen kannst. -



Das ist genau die Situation. Natürlich sind diese Vermutungen geäußert worden. Natürlich werden solche Vermutungen häufig geäußert, wenn es Tötungsdelikte zum Nachteil ausländischer Mitbürger gibt.

**Stellvertretende Vorsitzende Susann Rührich:** Sie sind ja auch nicht selten zutreffend.

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Nein, Gott behüte. Wir klären diese Taten regelmäßig ja auch auf. Aber Sie müssen ein bisschen konkreter werden, dass ich sagen kann: Bitte schön, daraus wird eine Spur, die ich weiterverfolgen kann.

**Stellvertretende Vorsitzende Susann Rührich:** Das ist natürlich für diejenigen, die eine solche Vermutung haben, weil sie gegebenenfalls einer gewissen Bedrohungslage durch die sehr aktive rechtsextreme Szene in Dortmund, die in der Zeit von 2000 bis 2006 fünf weitere Menschen vorher schon umgebracht hatte und die schon vorher als berüchtigt gegolten hat - - ist diese Vermutung ja nicht komplett aus der Luft gegriffen. Es ist ja nicht die Aufgabe derjenigen, die die Vermutung haben, sozusagen den Hinweis auch noch zu liefern - dann wäre es ja leicht -, sondern die Frage ist ja: Wie wird denn dann mit der Vermutung weiter umgegangen? Wie wird die ernst genommen?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Sie wird selbstverständlich ernst genommen, sie wird Teil der Arbeitshypothese. Aber nochmals: Sie bleibt Vermutung, auch wenn sie nachvollziehbar den Angehörigen nahegeht. Und wenn Sie auf eine Bedrohungssituation ansprechen, dann muss ich leider sagen, bin ich raus, dann sind wir im präventivpolizeilichen Bereich, dann ist die Polizei gefragt und nicht mehr der Staatsanwalt.

**Stellvertretende Vorsitzende Susann Rührich:** Der Hinweis, nach dem ja nicht nur bei Ihnen, sondern häufig - - Das war beispielsweise auch bei dem Mord an Frau Kiesewetter der Fall; auch da wurde in der Fallanalyse ein rechtsmotivierter Hintergrund ausgeschlossen mit dem Fehlen eines Bekennterschreibens oder sonstiger - Sie haben das vorhin gesagt - Schmierereien oder irgendwas, was darauf hindeutet. Nun gibt es aber nicht nur wissenschaftliche Untersuchungen,

sondern auch Kenntnisse aus der rechtsextremen Szene, dass gerade Rechtsterrorismus keine Notwendigkeit für ein Bekenntnis hat, weil er sich gegen Angehörige marginalisierter Gruppen richtet, und dass das Bekenntnis ist, was sowohl die rechte Szene als auch die Betroffenen durchaus verstehen, aber wir Schwierigkeiten haben, offensichtlich das entsprechend einzuordnen. Das steht auch in Empfehlungen von „Blood & Honour“, im Handbuch „Der Weg vorwärts“. Genau die rechte Szene in Dortmund hat sich 2006 nach dem Sachverständigengutachten, was uns von Frau Röpke vorliegt, unauffälliger verhalten entsprechend auch der Dinge, die im Handbuch stehen, nämlich: Geht in den Untergrund, bildet Zellen und schlägt unerkannt aus dem Untergrund zu. - Also für mich passt das genau in ein rechtes - - sozusagen wie eine Anleitung von rechtsextremistischen Terroranschlägen. Das kann man im Nachhinein jetzt immer gut sagen; aber dazu, um das zu dekodieren, braucht es gegebenenfalls Hinweise oder - nicht Hinweise; ich habe es verstanden - Kenntnisse davon, um überhaupt diese Brille und diese Folie selbst auch zu erkennen.

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Mir ist vor einiger Zeit meine Äußerung, die im *Spiegel* wiedergegeben ist, vorgehalten worden. Insofern ist es doch deutlich - ich weiß, dass man das nicht steigern kann; ist es doch deutlich -, dass diese Arbeitshypothese mir nicht fremd war und dass auch diese mir bekannten Möglichkeiten mit einbegriffen wurden. Was ich nicht verstehe, Frau Rührich: Die Beziehung zur Dortmunder Neonazi-Szene, die Sie hier herstellen, ist nach meinem Kenntnisstand für die Tatbegehung durch Böhnhardt und Mundlos doch wohl nicht relevant. Sie bauen -

**Stellvertretende Vorsitzende Susann Rührich:** Das kann man so oder so sehen.

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** - jetzt eine Verbindung auf, die mir zumindest - - Mag sein, dass sich aus den weiteren Akten etwas anderes ergibt, aber mir persönlich ist nicht bekannt, dass, selbst wenn man die Szene trockengelegt hätte, es dadurch dazu gekommen wäre, dass es irgendwelche Hinweise auf die beiden gegeben hätte,



weil nämlich auch in der kompletten Szene - Stand heute - deren Tätigkeit unbekannt war.

**Stellvertretende Vorsitzende Susann Rührich:**

Also, dass es Hinweise auf das Trio gegeben haben könnte aus der Szene, das wäre ein Treffer gewesen, da wäre ja die Mordserie abgerissen und der NSU hätte sich nicht selbst enttarnen müssen. Da gebe ich Ihnen recht. Nichtsdestotrotz suchen wir ja danach, ob die drei, das Kerntrio, tatsächlich von Zwickau aus losgegangen sind und ohne irgendwelche Ortskenntnisse und ohne irgendwelche Menschen vor Ort wahllos sich genau Herrn Kubasik ausgesucht haben, oder ob es nicht überzufällig ist, dass bestimmte Szenen vor Ort sind. Deswegen hat Frau Pau ja auch nach „Oidoxie“ und der „Streetfighting Crew“ usw. gefragt, wo es durchaus Verbindungen eben gibt. Was ich möchte, ist, dass keinesfalls passiert, dass da Menschen rumlaufen, die gegebenenfalls entweder Täterwissen haben, mit beteiligt waren oder auch nur Hinweise gegeben haben, die völlig unbehelligt sind, obwohl sie den dreien geholfen haben, und wir gucken einfach nicht, weil wir es ausschließen. Das ist der Hintergrund der Fragen, warum wir eben so in die rechtsextreme Szene gucken, und mit welchem Ermittlungsdruck dort eigentlich dieser These nachgegangen wurde oder dieser Vermutung, die Sie ja eben auch hatten.

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Das waren allerdings dann hinterher die Ermittlungen, die durch den GBA gemacht worden sind nach Kenntnis dieses Hintergrundes. Insofern muss ich da wieder sagen, kann ich Ihnen nichts weiter zu sagen; da bin ich sozusagen nicht mehr involviert.

**Stellvertretende Vorsitzende Susann Rührich:**

Vier Tage nach dem Mord an Herrn Kubasik erfolgte ein Brandanschlag auf ein türkisches Bildungszentrum in Dortmund. Dieser Ort war in einem dann im Brandschutt in der Frühlingsstraße in Zwickau gefundenen Stadtplan ebenfalls angekreuzt; also der Kiosk von Herrn Kubasik war markiert, und das dann später mit einem Brandanschlag behelligte Bildungszentrum war ebenfalls dort markiert. Dieser Anschlag wurde nie aufgeklärt. Können Sie uns dazu sagen, ob es da weitere Ermittlungen gab und dann nach der

Selbstenttarnung gegebenenfalls weitere Ermittlungen gab, ob es da irgendwelche Zusammenhänge gibt?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Kann ich Ihnen nichts zu sagen. Mir ist der Umstand bekannt aus der Presse. Das Verfahren selbst habe ich nicht geführt. Das ist mir nicht bekannt.

**Stellvertretende Vorsitzende Susann Rührich:**

Das ist nicht bei Ihnen?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Nein.

**Stellvertretende Vorsitzende Susann Rührich:**

Auch da ist eine gewisse Auffälligkeit. Wenn direkt in der zeitlichen Folge zwei dieser angekreuzten möglichen Anschlagziele tatsächlich auch Opfer von Anschlägen werden, kann man zumindest mal nachfragen.

Ich gucke mal in die Runde. - Herr Rix, bitte.

**Sönke Rix (SPD):** Eine kurze Nachfrage. Sie haben gesagt, dass Drogenhunde eingesetzt worden sind und da wohl auch Erkenntnisse gekommen sind, dass da tatsächlich - - - Das war mir oder uns hier zumindest nicht direkt bekannt.

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Es ist meine Erinnerung. Es gab einen Hinweis auf BtM-Geschäfte, und ich meine, es seien Drogenhunde gewesen. Aber da bin ich nicht sicher, Herr Rix. Hatte ich aber auch mit dem Weichmacher so gesagt.

**Sönke Rix (SPD):** Da müssen wir noch mal nachgucken. Danke.

**Stellvertretende Vorsitzende Susann Rührich:**

Okay. Vielen Dank. - Dann habe ich in meinem Katalog noch etwas gefunden. Sie haben in NRW im Untersuchungsausschuss gesagt, dass 2008 dann die Ermittlungen bei Ihnen eingestellt wurden. Stimmt das? Und ab wann werden dann solche Mordermittlungen eingestellt?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Also, eingestellt im Sinne von „Akten eingestampft und weggelegt“ werden sie nie. Mord verjährt nicht seit 1978, seit der Gesetzesänderung, sodass wir weiterermitteln. Das Verfahren ist zunächst einmal quasi -



## 3. Untersuchungsausschuss

das gibt es in der StPO nicht, vorläufig eingestellt - eingestellt, soweit es sich gegen namentlich bekannte Beschuldigte richtete, und natürlich dann im Hinblick auf weitere mögliche zusammenführende Ermittlungen auf Frist gelegt worden von mir. Ich kann Ihnen beim besten Willen, Frau Rührich, das Datum nicht mehr sagen, aber es findet sich eine umfangreiche Verfügung von mir mit einer Begründung für diese Einstellung in der Akte, und die ist mit Sicherheit auch datiert.

**Stellvertretende Vorsitzende Susann Rührich:**

Okay, vielen Dank. - Dann geht das Fragerecht an die Grünen. Frau Mihalic, bitte.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Artkämper, ich will nur noch mal an Frau Rührich anknüpfen, weil Sie vorhin die Frage gestellt haben, warum wir die Verbindung zwischen der Dortmunder rechten Szene und dem Trio ziehen. Das machen wir natürlich heute, weil wir davon ausgehen, dass es wahrscheinlich gut gewesen wäre, wenn man diese Verbindung damals schon gezogen hätte. Das ist der Grund, warum wir danach fragen, weil es da durchaus schon Personenkenntnisverhältnisse gibt und viel darauf hindeutet, dass halt eben das Trio Unterstützer vor Ort hatte an den jeweiligen Tatorten. Ich habe jetzt nur noch wenige Nachfragen, nachdem meine Kolleginnen und Kollegen schon viel gefragt haben. Ich will nur noch mal ein paar Dinge vertiefen.

Sie haben vorhin gesagt, dass Sie als Staatsanwalt bei einer solchen Serie oder wenn Sie die Tat einer solchen Serie zuordnen, nicht in der Lage sind, alle möglichen relevanten Stellen, ich sage jetzt einfach mal flapsig, abzuklappen, ob es da irgendwelche Informationen gibt, sondern dass das bei solchen Taten in der Regel so ist, dass diese Informationen an Sie herangetragen werden. „Herr Lehrer, ich weiß was“, haben Sie, glaube ich, vorhin gesagt. Können Sie dafür Beispiele nennen, die Sie mal bearbeitet haben?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Ich kann Beispiele nennen. Wenn es ein Tötungsdelikt gibt, wo es Erkenntnisse zum Beispiel im BtM-Bereich gibt, dann bekomme ich von den Kollegen aus der BtM auf Polizeischiene die entsprechenden In-

formationen zugespielt. Wenn es um ein Tötungsdelikt unter Eheleuten geht, dann bekomme ich unaufgefordert aus den einzelnen Polizeiinspektionen Einsätze wegen häuslicher Gewalt, wegen irgendwelcher Gefährderansprachen und Ähnlichem.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Okay, verstehe. Also das heißt, das setzt aber schon ungefähr voraus, in welches Milieu, in welche Richtung man die Tat irgendwie einordnet.

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Natürlich.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da hatten Sie ja - das ist jetzt auch schon mehrfach genannt worden - sozusagen anfangs auch den richtigen Riecher, so will ich ihn mal nennen, oder die richtige Vermutung: Vielleicht hat das ja was mit der rechten Szene zu tun. - Jetzt habe ich ein gewisses Verständnis dafür, wenn Sie sagen, dass Sie dann aber unmöglich alle Stellen, die aus Ihrer Sicht infrage kommen, abfragen können, ob es da Informationen gibt. Also, mir fallen bei so einer Vermutung, dass es möglicherweise was mit Rechts zu tun hat, eigentlich nur wenige Stellen ein, das sind die Nachrichtendienste und der Polizeiliche Staatsschutz.

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Darauf wird es sich mit Sicherheit nicht beschränken, -

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sondern?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** - sondern es kann Informationen aus irgendwelchen Telefonüberwachungen geben, die in einem völlig anderen Bereich sind. Wir wissen zwischenzeitlich - jetzt kommen S [REDACTED] und Sch [REDACTED] noch mal, Frau Pau, ins Rennen -, dass die Horde sicher auch im Bereich von BtM-Geschäften tätig wird. Das heißt also, es kann aus BtM-TKÜs, aus OK-Überwachungen, es kann aus allen möglichen Bereichen etwas kommen.

Nach meinem Kenntnisstand heutzutage ist es so, dass auch in diesen Diensten es abgesehen von einem Bundesland keine Erkenntnisse darüber gab, dass da irgendwelche Beziehungen waren,



## 3. Untersuchungsausschuss

dass es Beziehungen von Mundlos und Böhnhardt nach Dortmund - - dass die in Dortmund waren. Das sind alles Dinge, die mir erst später bekannt geworden sind, nämlich nachdem im November 2011 das sozusagen aufgefliegen war.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wir sind jetzt noch mal im Jahr 2006, nach der Tat, nach dem Mord. Dann entsteht in der Staatsanwaltschaft Dortmund und halt eben auch direkt bei Ihnen die Idee, das könnte ja was mit der rechten Szene zu tun haben. Das haben Sie vorhin klassifiziert als eine Vermutung; Hinweise gab es noch nicht, also etwas Konkretes. Nur dann ist natürlich die Frage: Wenn ich eine Vermutung habe, schaue ich dann vielleicht bei jener oder bei dieser Stelle nach, ob ich Hinweise bekomme, die diese Vermutung stützen? - In diese Richtung geht meine Frage. Sie haben vorhin auch die Organisation der Staatsanwaltschaft Dortmund beschrieben. Da ist die Abteilung für Kapitaldelikte, der Sie angehören, und dann gibt es die Abteilung für politisch motivierte Straftaten. Sie haben das vorhin so beschrieben, wenn es beispielsweise bei Kapitalverbrechen Überlappungen gibt, dass dann die Sachbearbeitung bei der Abteilung für Kapitaldelikte bleibt und es dann gewissermaßen einen Support gibt von der Abteilung für politisch motivierte Straftaten.

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Auf Polizeiebene aber schon. Die Polizei ist in der Regel näher dran, hat auch die besseren Informationen. Das heißt also schon: Im Rahmen der Mordkommission wird sozusagen eine Zusammensetzung gewählt, dass das Insiderwissen aus der anderen Sonderabteilung mit in die Kommission einfließt.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau. Deswegen zwei Fragen in diesem Zusammenhang - die erste Frage erübrigt sich eigentlich fast -, ob es in diesem Fall einen entsprechenden Support aus diesen Abteilungen gegeben hat.

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Ich hatte es bereits gesagt: Nach meiner Erinnerung waren sogar Kollegen vom Staatsschutz des PP Dortmund Mitglied der MK.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Die Frage ist natürlich: Wenn man einen solchen

Support einfordert oder wenn man das halt eben in der Zusammenarbeit entsprechend gestaltet, dann setzt das ja voraus, dass man die Tat, mit der man es zu tun hat, auch entsprechend einordnet, weil sonst würde das keinen Sinn machen. Die Frage ist natürlich: Was ist für eine Einordnung - ich habe hier einen Mord, rechte Szene - erforderlich?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Wenn ich nicht so viel davon hätte, würde ich sagen: Bauch.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** „Bauch“ hatten Sie, ja. Deswegen die Frage: Was braucht es mehr?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Sie arbeiten kriminalistisch zu Beginn eines solchen Deliktes mit mehreren Hypothesen, in den neuen Bundesländern hätte man früher gesagt, mit mehreren Versionen; das ist der das Gleiche in Grün. Das heißt also, ich habe Arbeitshypothesen, die ich aufstelle. Diese einzelnen Hypothesen werden praktisch nach und nach abverfolgt. In welcher Priorität man sie macht, das ist relativ egal, sie werden nur einzeln abgearbeitet. Welche dieser Thesen noch mit reinkommt, ist sehr viel Gefühl, Intuition des MK-Leiters, des leitenden Staatsanwaltes, aber es kann auch durchaus ein Frischling von der Polizeischule auf einmal die Top-Idee haben: Lasst uns doch mal das und das machen. - Nur so kann ich es beantworten. Der Bauch war da, zu Beginn, er ist so weit abgearbeitet worden, wie er abgearbeitet werden konnte, aus meiner Sicht heraus, und das, was Sie ansprechen, weitere Nachfragen, -

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Bei BfV, LfV, Staatsschutz.

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** - bei wem auch immer, hätten dazu geführt, dass von einer einzigen Ausnahme abgesehen uns keiner irgendwelche Infos hätte geben können.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wieso hätten Ihnen andere Stellen dazu keine Infos geben können, jetzt im Nachhinein betrachtet okay, aber zum damaligen Zeitpunkt?



## 3. Untersuchungsausschuss

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Weil sie keine Informationen hatten.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber das konnten Sie ja noch nicht wissen, bevor Sie nicht nachfragen. Wir sind im Jahr 2006.

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Nein. Ich hätte keine Informationen bekommen, weil die Informationen dort nicht vorrätig waren, weil sie dort nicht bekannt waren.

(Sönke Rix (SPD): Die Frage ist, warum Sie nicht nachgefragt haben!)

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, eben, die Frage ist ja, warum Sie nicht nachgefragt haben. Also, wir sind im Jahr 2006.

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Das ist die Frage, die wir vorhin schon beantwortet hatten. Ich habe nicht nachgefragt, weil nach meinem Verständnis es immer noch so geht, dass ich diese Informationen aus den Spezialbehörden dann gesteckt bekomme, wenn sie dort vorhanden sind.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nur, das setzt voraus, dass auch in diesen Spezialbehörden die Erkenntnis oder die Vermutung - der Bauch sozusagen - da ist, der Mord in Dortmund könnte irgendwas mit Rechts zu tun haben. Man kann jetzt nicht davon ausgehen - zumindest würde ich das nicht tun -, dass diese Erkenntnis oder dieser Bauch - ich bleibe jetzt einfach bei diesem Begriff, weil das so schön griffig ist - überall vorhanden ist, in jeder Stelle, weil das sind ja nun doch einige Stellen, über die wir hier reden, zwar überschaubar, aber wir reden über das BfV, wir reden über den Landesverfassungsschutz, wir reden über den Polizeilichen Staatsschutz. Also es sind jetzt mindestens drei Stellen, die mir spontan einfallen, die da vielleicht was zu sagen können.

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Also, ich möchte behaupten, dass entgegen dem, was gerade aus dem *Spiegel* zitiert worden ist, die meisten Ermittler sich schon darüber klar waren, sich vielleicht nur nicht getraut haben, das in dieser Deutlichkeit zu sagen, wie ich dort zitiert worden bin,

wo das Ganze hinlaufen kann, hinlaufen würde. Also, dass ich da so ein Exot war, der sozusagen das Gelbe vom Ei gefunden hatte als Einziger, das würde ich nicht für mich in Kauf nehmen wollen. Und dass diese These gerade bei Leuten, die mit der Szene beschäftigt sind, natürlich sofort aufgenommen wird, dass solche Leute auch den *Spiegel* vielleicht lesen, das setze ich voraus.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Dann kommen wir zur Union. Kollege Hoffmann.

**Thorsten Hoffmann (Dortmund) (CDU/CSU):** Ich habe noch ein paar Fragen, Herr Artkämper, und zwar: Der Name Toni S. sagt Ihnen was, eine Person aus dem rechten Bereich, Sachsen-Toni?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Nein.

**Thorsten Hoffmann (Dortmund) (CDU/CSU):** Ist vielleicht nicht ganz so wichtig zunächst erstmal. Aber die VP „Heidi“, die hatten Sie gerade selber angesprochen schon mal, oder auch Taxi-Tom genannt, da gibt es eine Aussage, dass Taxi-Tom angeblich vor dem Attentat, also vor der Ermordung von Herrn Kubasik, einen der Uwes zusammen mit diesem Toni S. durch Dortmund gefahren haben soll, unter anderem ins „Spirit“, also eine bekannte Lokalität der Bandidos, und zur Linienstraße, Bordellbereich. Haben Sie das ermittelt, oder sind da Ermittlungen getätigt worden in diesem Bereich? Das ist für uns schon interessant.

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Das war mir 2006 nicht bekannt.

**Thorsten Hoffmann (Dortmund) (CDU/CSU):** Das sagen Sie. Es wäre aber anders gelaufen, haben Sie auch gesagt, wenn Sie das gewusst hätten. Hat man denn da noch Nachermittlungen angestellt seitens Dortmund, oder wissen Sie, ob das BKA nachher oder wer auch immer - -

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** In Dortmund sind keine weiteren Ermittlungen - -



## 3. Untersuchungsausschuss

**Thorsten Hoffmann** (Dortmund) (CDU/CSU):  
Keine weiteren Ermittlungen angestellt worden?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Nein.

**Thorsten Hoffmann** (Dortmund) (CDU/CSU):  
Dann noch eine Frage zu der - -

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Nochmals: Ich habe keine Verfahrensherrschaft über dieses Verfahren. Wir hatten das Problem auch später, als es um die Frage ging und mein ehemaliger MK-Leiter gerne gehabt hätte, dass ich irgendwelche Beschlüsse beantrage. Ich sage: Es tut mir fürchterlich leid, Michael, ich kann es nicht, mir sind die Hände gebunden, das Verfahren ist weg, das gibt es hier in Dortmund nicht mehr.

**Thorsten Hoffmann** (Dortmund) (CDU/CSU): Ja, leider. - Vielleicht noch eine Frage, die sich dann vielleicht auch schon erübrigt hat: Es sind damals Mikrofaserspuren gesichert worden an der Kleidung von Herrn Kubasik, die ans BKA geschickt so worden sind. Damals gab es aber keine Vergleichsspuren, von daher gesehen konnte auch nichts verglichen werden. Aber im Nachhinein, nachdem man wusste 2011, da war dieses Trio dabei, da gibt es ja vielleicht Vergleichsspuren oder andere Hinweise. Es wäre dieselbe Frage, ob da - -

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Dieselbe Antwort, die wir gerade auch hatten: Ich war nicht mehr mit dabei. Ich konnte nichts mehr veranlassen. Ob es gemacht worden ist, weiß ich nicht.

**Thorsten Hoffmann** (Dortmund) (CDU/CSU): Vielen Dank.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU):  
Herr Dr. Artkämper, ich habe noch mal eine Frage zu der Zeugin, die die beiden gesehen hat. Da würde ich Sie bitten, noch mal zu erläutern, weil ich gemerkt habe, Sie sagten, das Phantombild wurde nach eins, zwei Monaten irgendwann gezeichnet: Die Zeugin - ich habe es mir noch mal durchgelesen - hat ja derart erschreckt reagiert auf zwei Menschen, die sie nicht zuordnen konnte. Das fand ich schon interessant. Also, sie hat vorgehabt, Zigaretten so kaufen, begegnet diesen beiden, der eine von den beiden hat sie so

derart finster und angsteinflößend angeguckt, dass sie sofort abgedreht ist und ist in ihre Wohnung, die wohl in der Nähe ist. Wenige Minuten später versucht sie es zum zweiten Mal, weil sie wahrscheinlich hofft, jetzt sind die weg, trifft wieder auf die zwei oder sieht sie, die gleiche Angst, und dann bricht sie komplett ab und geht wohl in die Sparkasse und kauft keine Zigaretten mehr bei Herrn Kubasik. Das ist ja ein derart starker Eindruck, den sie gehabt haben muss. Wieso wurde dann das Phantombild erst eins, zwei Monate später gezeichnet?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Also zunächst einmal: Ein derartiges Zeugenverhalten ist nachzuvollziehen, wenn der Zeuge hinterher realisiert, dass möglicherweise die von ihm oder ihr wahrgenommenen Personen ein derart brutales Delikt hingelegt haben. Es ist also nicht etwas, was ich nicht aus anderen Verfahren kenne.

Punkt zwei. Das Phantombild wurde erst deswegen so spät gemacht, weil ich eher ein Feind des Phantombildes bin. Phantombilder führen dazu, dass man mit großem Aufwand Personen angehen muss, die wiedererkannt werden von der Bevölkerung und die möglicherweise auch dem Phantombild gleichen, die nur mit der eigentlichen Tat nichts zu tun haben, weil nämlich das Phantombild oder die auf dem Phantombild dargestellte Person viel zu weit weg ist von dem eigentlichen Täter. Phantombild ist für mich Ultima Ratio, wenn fast nichts anderes mehr geht. Deswegen ist der zeitliche Ablauf - ich will mich nicht festlegen, wie lange es nach der Tat war - wirklich der, wenn man sagt: Wir haben jetzt so das übliche kleine Einmaleins hinter uns, was können wir denn noch machen? Dann rutscht das Phantombild mit in meinen Giftschrank, mit dem ich dort meine Pfeile ausschleße, aber nicht eher.

Das ist einfach wahnsinnig schwer. Wir wissen nicht, wie Wiedererkennen funktioniert. Wir wissen auch, wie schwierig es ist, eine Person zu beschreiben, und selbst mit den entsprechenden Systemen, die wir heute beim LKA bzw. BKA haben, um solche Bilder zu erstellen, ist es schwierig. Deswegen wird ein Phantombild, zumindest wenn ich ermittelnder Staatsanwalt bin, eher als zeitlich relativ späte Maßnahme gemacht.





## 3. Untersuchungsausschuss

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das kann ich ja noch nachvollziehen. Nun sind Sie mehr Spezialist, ich weiß es nicht: Wäre es nicht gut gewesen, mit dem unmittelbaren zeitlichen Bezug sie dieses Phantombild zeichnen zu lassen, um es dann später irgendwann als Ultima Ratio zu benutzen? Weil ich habe verstanden, das sei erst nach eins, zwei Monaten mit ihr gemacht worden. Ich kann mir jetzt gar nicht vorstellen, wie das die Zeugin dann hinkriegt nach so vielen Wochen oder gar Monaten.

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Ich kann Ihnen nicht mehr sagen, wann das Phantombild erstellt und wann es veröffentlicht worden ist. Wie gesagt, es ist eine Belastung für die Zeugen. Es kommen speziell geschulte Mitarbeiter raus, die dann auch teilweise mit vorgefertigten Teilpassagen arbeiten. Ich kann Ihnen selbst dazu deswegen nichts sagen, weil ich bei der Anfertigung des Phantombildes auch nicht dabei war. Der jeweilige Beamte wahrscheinlich des LKA NRW - das ist aber jetzt eine Vermutung -, der es damals erstellt hat, der könnte Ihnen dazu Näheres sagen.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Gehe ich recht in der Annahme, dass Sie die Zeugin auch als sehr wertvoll ansahen aufgrund ihrer Hinweise? War das vielleicht außer der Plastiktüte der einzige Anfasser, den man überhaupt hatte, dass diese Zeugin zumindest zwei Leute gesehen hat mit Fahrrad?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Fahrrad wusste ich damals ja noch nicht, Herr Schuster.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ja, stimmt.

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Fahrrad wusste ich da nicht. Wir müssen immer - - Fahrrad sagte mir gar nichts zu dem derzeitigen Zeitpunkt. Und eine Zeugin, die Personen erkannt hat, das scheint vielleicht für den Laien etwas Tolles zu sein; wir kennen die Fehlinterpurationsquoten beim Wiedererkennen. Je nachdem, wie es gemacht wird, liegen die so zwischen 50 und 74 Prozent, je nachdem, wie der Versuchsaufbau ist. Also auf ein reines Wiedererkennen - - Natürlich ist das einer der Aspekte, der hinterher eine

Rolle spielt, aber dass es sozusagen die Matchwinnerin für mich war, nein.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay. - Aber Sie haben jetzt gerade meine Frage schon vorweggenommen. Interessant war sie, vielleicht kein Matchwinner, aber interessant war sie ja. Wenn Sie sagen, das könnten Durchgeknallte sein, die Migranten hassen, dann lag ja eben diese Rechtshypothese nahe. Sind denn mal Lichtbildvorlagen gemacht worden mit ihr, wo sie versuchen musste, herauszufinden: „Gibt es diese Typen in unserer Szene?“?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Wenn Lichtbildvorlagen gemacht worden sind, müsste das aktenkundig sein. Ich weiß es heute nicht mehr. Vom normalen Ermittlungsvorgang eher nein, vor dem Hintergrund nämlich, dass Sie damit die Zeugin in eine gewisse Richtung drängen und dass damit das Phantombild hinterher noch schlechter wird wahrscheinlich. Aber ich muss sagen, weiß ich heute nicht mehr. Ich glaube eher, dass nicht, aber es hatte hätte auch einen guten Grund, warum nicht.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Aber - Strich drunter - kann man jetzt als Fazit ziehen nach den ganzen Fragen, die ich jetzt gehört habe, und Antworten: „Außer der richtigen Hypothese ist eigentlich aktiv nichts unternommen worden, um den Hintergrund auszuleuchten - gab es eine rechtsextreme Tat? -, und das nehmen Sie auch deshalb an, weil sich nach dem Prinzip ‚Herr Lehrer, ich weiß was!‘ niemand gemeldet hat von den Polizeiexperten“?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Also, es ist abgefragt worden, ob es Hinweise gibt, deswegen auch die Mitarbeiter aus dem Staatsschutzbereich. Aktiv im Sinne von - wie es dem von mir aus gesehen rechten Flügel vorschwebte - Angehen von irgendwelchen Ämtern: nein.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Dann will ich noch mal ganz kurz auf das Thema Organisation der Ermittlungen, Ablehnung eines staatsanwaltschaftlichen Sammelverfahrens kommen. Da haben Sie sich auch ziemlich pointiert geäußert. Können Sie noch mal aus Ihrer



## 3. Untersuchungsausschuss

Sicht schildern: Warum haben Sie sich verwundert gezeigt, dass es kein Sammelverfahren gibt? Warum hätten Sie es befürwortet? Und vor allen Dingen: Wo sehen Sie jetzt in der Nachschau eigentlich die Verluste?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Ich darf mit dem Letzten anfangen. Soweit mir das Konglomerat der Akten bekannt ist, was nunmehr existiert, hätte auch ein Zusammenführen der Verfahren nicht dazu geführt, dass man auf eine Tätergruppe um Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe gekommen wäre. Das ist allerdings jetzt weit aus dem Fenster gelehnt. Wie gesagt, ich hatte das Aktenkonvolut im Zugriff, als ich dort zum GBA abgeordnet war, aber ich habe es nicht geschafft, alles wirklich zu lesen. Aber das ist mein vorläufiger Kenntnisstand.

Nun, die RiStBV, die Richtlinien für Straf- und Bußgeldverfahren, sehen vor, dass Sammelverfahren geführt werden können/sollen, weil natürlich - und das ist der Hintergrund aus kriminalistischer Sicht - ein identischer Modus Operandi, ein raumzeitlicher Zusammenhang dazu führt, dass man möglicherweise von einer Tätergruppe oder von einem Täter ausgehen kann. Das ist sozusagen das kleine Einmaleins des Kriminalisten.

Auf der anderen Seite führen Sammelverfahren natürlich dazu, dass in einer Staatsanwaltschaft Manpower oder Womanpower sozusagen in großem Maße gebündelt wird und man teilweise auch kosten- und zeitaufwendig - rausfahren zu Tatorten, die sich in Nürnberg befinden, selbst Zeugen vernehmen in Nürnberg - dort weitere Ermittlungen tätigen kann. Das heißt also: Im konkreten Fall mag es so gewesen sein, dass eine Zusammenführung dazu geführt hätte, dass man genauso bis November 2011 wie ein Ochs vorm Berge, darf ich sagen, gestanden hätte. Trotz dessen ist meine Überzeugung - die kann ich aus anderen Verfahren auch durchaus begründen -, dass ich Verfahren erzählen könnte, die nur deswegen geklärt worden sind, weil wir gesagt haben, wir sind auch bereit, mal Straftaten aus anderen Staatsanwaltschaften, aus anderen Bundesländern zu übernehmen, um daraus ein Sammelverfahren zu machen. Die Zurückhaltung ist, wie ge-

sagt, auf der anderen Seite, auf Seite der einzelnen Sachbearbeiter, verständlich; kriminalistisch ist sie nicht nachvollziehbar.

Wenn man da möglicherweise, ich sage mal, ein Bonussystem einführen würde, dann würde das vielleicht die Bereitschaft erhöhen. Aber selbst bei kleineren Verfahren besteht bei den Staatsanwaltschaften die Tendenz dazu, Verfahren nicht miteinander zu verbinden, nicht zu sagen: „Okay, vielleicht kriege ich die Tätergruppe um - was weiß ich - diese Wohnungsaufbrüche geklärt, wenn ich die Verfahren zusammenfasse“, sondern es wird lieber als Stückwerk behandelt.

**Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):** Es ist ja eine Mordserie mit verdammt vielen Taten. Würden Sie sagen, dass auch da die nüchterne Abwägung - „Sind wir zuständig?“, Bonussystem fehlt etc. - mit eine Rolle gespielt hat? Weil wir wundern uns auch. Sie sind nicht der erste Staatsanwalt - -

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Ich muss eigentlich den schwarzen Peter zurückschieben und muss sagen: Fragen Sie das bitte Herrn Kimmel. Oder fragen Sie das bitte die Leute, die sich in Garmisch-Partenkirchen offensichtlich getroffen haben - wenn das stimmt, was ich glaube, was im Landtag Nordrhein-Westfalen mir vorgehalten worden ist -, wo dann auf durchaus höherer Ebene entschieden worden ist: Es bleibt in den einzelnen Staatsanwaltschaften hängen. - Wenn aus dieser Schiene, aus der Ministerebene ein solches Signal kommt, dann, glaube ich, sollte man nicht dem Staatsanwalt, der unten das umsetzt, den Vorwurf machen.

**Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):** Nein, nein, ich mache Ihnen auch keinen Vorwurf, ich versuche zu ergründen, was da los war.

Was haben Sie denn für einen Eindruck gehabt von der Tatsache, dass es die BAO „Bosporus“ gab, die ja letztendlich - das ist übrigens auch so eine Folge der Entscheidung Garmisch - ein loser Zusammenschluss aller Tatortländer war? Die wurde ja nicht von Bayern geführt, sondern es wurde koordiniert, und es wurden Informationen ausgetauscht. Von einer klassischen BAO würde



## 3. Untersuchungsausschuss

ich nicht sprechen, wie es eigentlich die Polizeidienstvorschrift vorsieht. Trotzdem war das der Versuch, alles einzubinden. Ein ähnliches Konstrukt sehen wir - theoretisch jetzt jedenfalls - auf staatsanwaltschaftlicher Seite nicht. Haben Sie erlebt, wie das klappt, wenn eine BAO versucht, mit X Tatortstaatsanwaltschaften zusammenzuarbeiten - und da waren Sie ja eine von? Was haben Sie da für einen Eindruck gehabt?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Die Koordination hat nach meiner Auffassung relativ gut funktioniert. Das Problem war zunächst einmal, die Polizeibeamten daran zu gewöhnen, dass gewisse Anträge nunmehr nicht vor Ort in Dortmund gestellt wurden, sondern dass die zentral in Nürnberg gestellt wurden, was teilweise durchaus Vorteile im Hinblick auf die Entscheidungen hatte. Da gab es durchaus Beschlüsse, bei denen ich Probleme gehabt hätte, die in Dortmund zu bekommen. Aber ich glaube nicht, dass abgesehen von dem normalen Reibungsverlust, den Sie auch bei einer BAO haben aufgrund dieses Riesenapparates, das negativ war.

**Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):** Damals gab es ja noch den Begriff - der ist heute in der StPO nicht mehr drin -: Der Staatsanwalt oder die Staatsanwältin ist Herrin des Verfahrens. - Heute heißt es, glaube ich: Die Polizeibeamten sind Ermittlungsbeamte der Staatsanwaltschaften.

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Sie heißen heute Ermittlungspersonen. Wenn ich mir den Rohentwurf angucke, der diskutiert wird, soll das ja gestärkt werden, dass also auch ein Weisungsrecht in größerem Maße wieder eingeführt wird. Die Hilfsbeamten - das ist § 152 GVG alte Fassung, was Sie ansprachen - heißen heute Ermittlungspersonen.

**Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):** Aber damals galt noch in den polizeilichen Ausbildungen, bei den Staatsanwälten - das ist ja Muttermilch - der Begriff: Herrin des Verfahrens ist die Staatsanwaltschaft. - Können Sie mir sagen, welche Herrin gegenüber dem Leiter der BAO „Bosporus“ aufgetreten ist als Herrin des Verfahrens? Gab es da jemanden? Oder hat in

Wirklichkeit der Kriminaldirektor Geier sich selbst in diese Rolle gesetzt?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Also, das Bild, das Sie wählen mit der Herrin des Ermittlungsverfahrens, ist, glaube ich, von Roxin; das stand nie im Gesetz. Ich glaube, Roxin hat das mal geprägt. Jemand anderes hat gesagt, ein Staatsanwalt ist ein Kopf ohne Hände. Das ist vielleicht auch kein schlechtes Bild. Sie fragen jetzt nach dem Kopf sozusagen, ob Geier oder ein Staatsanwalt.

In der Praxis müssen wir konstatieren, dass in den meisten Ermittlungsverfahren Polizeibeamte ein pfannenfertiges Ergebnis servieren, was Staatsanwälte dann sozusagen in Form von Anklagen, Einstellungen oder weiteren Ermittlungsverfügungen sozusagen weiterbearbeiten. Das ist glücklicherweise in Teilbereichen Kap., OK und Ähnlichem nicht so. Herr Geier konnte schon deswegen nicht alleine fungieren, weil er für die meisten seiner Maßnahmen einen gerichtlichen Beschluss brauchte. Und da haben wir - da ist die Welt in der StPO noch in Ordnung - nach deutschem Recht ja keine Antragsbefugnis des Polizeibeamten. Sie können jetzt weiterfragen, aber - -

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Dann ist die Welt noch in Ordnung, wenn die Polizisten selber nichts anordnen dürfen? Oder habe ich Sie da missverstanden?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Nein, dass sie nicht selber einen Antrag stellen dürfen bei Gericht. Die Antragstellung ist immer noch dem Staatsanwalt vorbehalten. Nein, Sie müssen teilweise da schon aufpassen, dass Polizeibeamte viel mehr präventiv gesteuert sind als repressiv und dass sie deswegen vielfach versuchen, repressive Maßnahmen zu erhalten für einen präventiven Zweck. Das deckt die StPO nun einmal nicht mehr.

Aber um auf Ihre Frage zurückzukommen, Herr Schuster: Der Kopf bleibt immer noch beim Staatsanwalt, und als Staatsanwalt muss er irgendwann mal hinterher sagen: „Bitte schön, ich bin jetzt mit meinem Latein auch am Ende“, oder: Polizeibeamter, mach das und das und das noch. - Also, dass da sozusagen die Polizei sich



3. Untersuchungsausschuss

verselbstständigt hat, vermag ich nicht zu erkennen.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das sage ich auch nicht so. Ich sage eher - -

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Der Kopf blieb weiterhin für jeden Teilbereich - und das war sozusagen das Manko dieses Aufbaus: für jeden Teilbereich - der ermittelnde Staatsanwalt, weil der sagen konnte: Wenn diese Ermittlungen ausschließlich meinen Bereich Dortmund betreffen, bin ich bereit/bin ich nicht bereit, eine derartige Maßnahme zu tragen.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ich hinterfrage das nur, weil ich Ihre Einschätzung wissen wollte, und die haben Sie ja auch gesagt. Ich halte Ihre Einschätzung für vollkommen richtig und unterrepräsentiert, bisher auch in den ganzen Bewertungen des NSU thematisiert. Der staatsanwaltschaftliche, der justizielle Kopf dieses Verfahrens war für mich nie erkennbar. Das Parzellieren in X Tatortstaatsanwaltschaften ist eine gewaltige Achillesferse gewesen, egal, wer das zu verantworten hat. Aber es gab den Kopf, der die Anträge stellt - wie Sie richtig sagen: StPO -, der das alles beurteilt hat, das Gesamtverfahren, den gab es nicht, stattdessen gab es eine Fülle von Tatortstaatsanwaltschaften. Ihre Einschätzung trifft den Nagel auf den Kopf: So was kannst du nur in einem Sammelverfahren machen. - Deswegen haben wir ja gesetzgeberisch auch gehandelt.

Jetzt kommt aber die letzte Frage: Hat sich das eigentlich gebessert bei der Frage, wie die Anklage erstellt wurde? Oder ist das ähnlich parzelliert abgelaufen? Beim Lesen der Akten habe ich nämlich den Eindruck - -

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Herr Schuster, die Frage kann ich Ihnen nicht beantworten, weil mir nämlich die endgültige Anklage, die erhoben worden ist beim OLG München, mir nicht bekannt ist.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Sie waren doch - jetzt lassen Sie mich mal gucken - abgeordnet oder, sagen wir mal, zumindest 10 Prozent freigestellt, um Ihren Beitrag zu - -

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Ja. Aber was davon von den Kollegen und Kolleginnen vom Generalbundesanwalt adaptiert worden ist und ob die gesagt haben: „Das ist alles Provinzialzeug, das kannst du hier nicht nutzen“, das weiß ich nicht.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das ist ja schon mal eine Antwort.

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Dafür müsste ich die Anklage kennen, um sagen zu können: Da erkennst du noch an irgendeiner Stelle deine Handschrift wieder oder auch nicht. - Also, ich kann es nicht sagen.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Also das heißt dann als Fazit: Auch die Anklage wurde nicht so erstellt, dass Sie mit den Generalbundesanwälten, mit den anderen acht Tatortstaatsanwaltschaften mal irgendwann gemeinsam am Tisch saßen und über diese 500-seitige Anklageschrift sich gebeugt haben oder vorher beraten haben oder - - Sie haben Ihren Teil geliefert und das war's?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** So ist es.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das reicht mir. Danke.

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Wobei die Zahl Acht trifft in meiner Erinnerung nicht zu, weil nämlich nicht alle Staatsanwaltschaften sich dann beteiligt haben an diesem ultimativen Schritt, sodass ich da aber auch nicht definitiv weiß, wie viele Personen dann noch aus dem Ländle sozusagen mit dabei waren.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay. Danke schön.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Gut. Dann kommen wir zur Fraktion Die Linke. Frau Pau.

**Petra Pau** (DIE LINKE): Herr Artkämper, Sie wissen sicherlich, dass der Umgang mit den Angehörigen und Opfern im NSU-Komplex zu vielen Diskussionen geführt hat, und Sie haben in Ihrer Befragung im Untersuchungsausschuss in Nordrhein-Westfalen dazu auch schon einiges gesagt, unter anderem, dass Ermittlungen im Umfeld



## 3. Untersuchungsausschuss

zum kleinen Einmaleins gehören und dass dadurch zwangsläufig - also durch die Maßnahmen der Polizei - ein öffentlicher Verdacht auf die Angehörigen fällt. Wenn das quasi immer passiert, ist das sicherlich schlimm genug, aber vielleicht nicht prinzipiell zu ändern.

Ich möchte mit Ihnen aber über zwei Dinge in diesem Zusammenhang reden und Sie auch nach Ihrer Einschätzung mit dem Wissen von heute fragen. Frau Kubasik hat in ihrer Befragung in NRW ausgeführt:

Es ging immer um die Familie. Die meisten Fragen gingen eigentlich um die Familie. Und dann kamen Fragen wie: Wenn die Mörder erwischt werden, was passiert ... Es wurde gesagt, dass wir aus dem Osten kommen und dass es dort ja sehr viele Blutfehden gibt. Was würde dann die Großfamilie machen? Was würde die Familie in der Türkei mit den Mördern machen? Da wurde ich auch sehr wütend, weil wir ganz normal gelebt haben. Es gab bei uns in der Familie keine Blutfehde oder sonst irgendwas.

MAT A NW-21/2, 23. Sitzung, Seite 9 ist die Quelle.

Für mich stellt sich einfach die Frage: Werden solche Fragen an deutsche Angehörige von Opfern von Gewalttaten auch gestellt, also eine mit solchen Zuschreibungen? Oder wo sehen Sie da den Ansatzbedarf, um gegebenenfalls das für die Zukunft auch zu unterbinden?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Sie locken mich auf ein Gebiet, wo ich kaum noch antworten kann, aber soweit ich es kann, versuche ich es. - Der Hintergrund ist völlig klar, das ist reine Polizei-prävention. Es geht darum, präventive Maßnahmen zu treffen, dass für den Fall des Ergreifens eines Täters irgendwelche Dinge wie „Ehrenmord“ oder Blutrache ausgeführt wird. Das Gleiche, Frau Pau, machen wir mit dem Vater, dessen Tochter sexuell missbraucht und umgebracht worden ist, weil wir Sorge haben, dass er - sei es in der Hauptverhandlung, sei es möglicherweise nach Verbüßung später - Selbstjustiz übt. Und ich

könnte Ihnen einige Verfahren schildern, wo ich durchaus ein maues Gefühl hatte, wenn man den Vater der ermordeten Tochter neben sich sitzen hat als Nebenkläger, auf seiner Seite - - er sich fühlt sozusagen und man ihm auch zwischendurch Sachen sagen muss, die ihm vielleicht nicht so gut gefallen. Das also Punkt eins: Man macht es auch bei Deutschen, wenn ein entsprechender Anlass dort besteht.

Punkt zwei: Man würde natürlich bei Deutschen seltener über eine Blutrache sprechen, weil die, soweit uns bekannt ist, im deutschen Rechtssystem oder im deutschen Moralsystem, muss ich sagen, keine Rolle spielt.

Punkt drei: Wenn es Anhaltspunkte dafür gibt, dass es Selbstjustiz im weiteren Sinne geben könnte, wird darauf hingewiesen.

Aber diese Dinge, die dort eine Rolle spielen - also Frage: Was passiert, wenn? -, sind rein präventivpolizeilich. Deswegen habe ich gesagt, ich gehe jetzt so ein bisschen aus meinem Bereich raus. - Wiederholen Sie bitte noch mal den ersten Teil der Frage; der ist mir gerade entfallen.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Nein, es reicht mir an der Stelle eigentlich schon, weil für mich ist das eine ganz deutliche Zuschreibung nach Ethnie und anderem, und wir haben - - Das zieht sich durch, durch den gesamten NSU-Komplex, ob in einer operativen Fallanalyse aus Baden-Württemberg, wo man dann zu dem Schluss kommt: Die Taten sind mit einer solchen Brutalität ausgeführt worden, dass die Täter nicht aus dem westeuropäischen Kulturkreis kommen können - - Also das ist das, was wir als strukturellen Rassismus nach dem ersten NSU-Untersuchungsausschuss als Befund festgestellt haben.

Dass etwas anderes intendiert ist, das haben Sie jetzt gerade eben erklärt; aber ich will mal mit einem zweiten Vorhalt auf die Wirkung solcher Art von Befragungen mit solchen Zuschreibungen kommen. Sie haben in Nordrhein-Westfalen noch ausgeführt, dass es eben nicht Aufgabe der Staatsanwaltschaft ist, möglichen Gerüchten oder unberechtigten Verdachtsmomenten gegen die Angehörigen des Opfers öffentlich entgegenzutreten - auch klar - -



**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Frau Pau, diesen Vorhalt bitte ich aber dann in den Gesamtkontext zu setzen. Da ging es nämlich um die Frage, warum die Staatsanwaltschaft nicht als Actus Contrarius entsprechende Pressemitteilungen oder Ähnliches gemacht hätte, nachdem sowohl Frau Kubasik - ich kenne diese Äußerungen nicht - - nachdem im Dortmunder Norden sozusagen es die Runde gemacht hätte, die Polizei würde ermitteln wegen BtM oder wegen irgendwelcher Privatgeschichten. Also, das war so ein bisschen aus dem Kontext gerissen.

**Petra Pau (DIE LINKE):** In Ordnung. Ich will Ihnen das ja auch gar nicht - - Also, es geht nicht um Vorwürfe an Sie oder wie auch immer, sondern wir versuchen ja, herauszufinden: Was ist da strukturell passiert? Und Frau Kubasik hat vor dem Ausschuss in Nordrhein-Westfalen auch etwas über die Auswirkungen auf ihr konkretes Leben und das Leben der Familie gesagt aufgrund dieser Ermittlungen.

Was für mich ganz schlimm war, war, dass die Leute uns so hässlich angeschaut haben. Sie haben zwar nichts gesagt, aber wenn sie uns angeschaut haben, konnte man in ihren Augen sehen, dass sie uns wie die Mafia betrachtet haben, als würden wir Heroingeschäfte machen.

E█████ blieb in dem Jahr in der Klasse sitzen, wurde sehr aggressiv, weil niemand mehr mit ihm spielen wollte. Sie haben gesagt: Dein Vater ist ein schlechter Mensch, der hat Heroin und Marihuana an andere verkauft.

Die Quelle es MAT A NW-21/2, 23. Sitzung, Seite 10.

Also, wir können das nicht ungeschehen machen; das ist alles so geschehen. Ich stelle mir nur die Frage: Gibt es hier Handlungsbedarf bei der Ausbildung, bei der Sensibilisierung, beim Umgehen damit? Das ist gar nicht die Frage nur an den Staatsanwalt Artkämper, sondern natürlich auch die Frage für uns mit Blick auf Polizistinnen und Polizisten, aber auch natürlich in kritischer Auseinandersetzung beispielsweise

auch mit öffentlicher Berichterstattung über Ermittlungen bei schweren Verbrechen.

Ich will das noch zu Ende bringen: An anderer Stelle hatten wir beispielsweise in der von der Staatsanwaltschaft festgelegten Öffentlichkeitsstrategie den Satz beispielsweise, der dann auch eins zu eins von den Medien übernommen wurde, dass europaweit im „Zigeunermilieu“ ermittelt wird. Das sind alles für mich Anzeichen dafür, dass hier irgendwas völlig schief läuft und wir hier Änderungsbedarf haben. Ich versuche, herauszufinden: Wo müssen wir da ansetzen, damit man in solchen Fällen das Leid der Angehörigen, der Überlebenden nicht noch potenziert?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Es tut mir leid, ich habe keine Frage jetzt darin gesehen. Ich habe ein Statement, aber keine Frage - -

**Petra Pau (DIE LINKE):** Sehen Sie Änderungsbedarf?

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Ich fühle mich zur Beantwortung dieser Frage nicht in der Lage und befugt.

**Petra Pau (DIE LINKE):** In Ordnung. Danke schön.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Dann geht das Fragerecht an die Fraktion der SPD.

**Susann Rührich (SPD):** Unsere Fragen sind gestellt, danke.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Bei uns ist es auch so. - Dann wären wir schon durch.

Dann kommen wir noch zu ein paar Formalien. Herr Dr. Artkämper, ich darf Sie noch mal darauf hinweisen, dass Ihnen nach Fertigung des Protokolls dieses für mögliche Korrekturen vom Sekretariat übersandt wird.

Des Weiteren bin ich nach § 26 Absatz 3 PUAG gehalten, Sie zum Ende Ihrer Vernehmung darauf hinzuweisen, dass der Untersuchungsausschuss durch Beschluss feststellt, dass die Vernehmung des Zeugen abgeschlossen ist. Die Entscheidung



3. Untersuchungsausschuss

darf erst ergehen, wenn nach Zustellung des Vernehmungsprotokolls zwei Wochen verstrichen sind oder auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet worden ist. Also, Sie werden irgendwann in den nächsten Tagen das Protokoll erhalten; wenn wir dann zwei Wochen nichts von Ihnen hören, gehen wir davon aus, dass wir Sie an jeder Stelle richtig verstanden haben.

Ich darf mich herzlich für Ihr Kommen bedanken. Wir wünschen Ihnen einen guten Rückweg und - -

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Sch [REDACTED] und S [REDACTED] hat sich erübrigt, Herr Vorsitzender? Ich möchte nicht - -

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ja, hat sich erledigt.

**Zeuge Dr. Heiko Artkämper:** Okay, weil es angesprochen worden war. Prima.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Dann wären wir durch. Ich bedanke mich für Ihr Kommen, wünsche Ihnen einen guten Rückweg nach Dortmund.

Wir machen jetzt noch keine Pause - das wäre mein Vorschlag -, sondern versuchen, noch den Zeugen Oswald zu vernehmen, und würden danach eine Pause machen. - Dann geht es auch gleich weiter.



**Vernehmung des Zeugen  
Georg Oswald**

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Herr Oswald, nachdem ich Ihnen bereits den Gegenstand der Vernehmung erläutert, Sie zur Wahrheit ermahnt und belehrt habe, kommen wir zunächst zur Vernehmung zur Person. Bitte nennen Sie uns noch mal Vorname, Name, Alter, Beruf und den Dienstort.

**Zeuge Georg Oswald:** Ja. Mein Name ist Georg Oswald. Ich bin Kriminalkommissar beim Bundeskriminalamt, 29 Jahre alt, und mein Dienstort ist Meckenheim.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Vielen Dank. - Dann kommen wir zur Vernehmung zur Sache. Ich hatte ja vorhin bei der gemeinsamen Belehrung darauf hingewiesen, dass, wenn Sie möchten, Sie zunächst im Zusammenhang vortragen dürfen. Dann würden wir anschließend mit den Fragen der Fraktionen weiterfahren. Wenn nicht, würden wir gleich mit Fragen beginnen. Wie sollen wir verfahren?

**Zeuge Georg Oswald:** Ich würde ein kurzes Eingangsstatement machen, eher zu meiner Verwendung und wann ich wo war, gerade in der BAO. Inhaltlich würde ich da jetzt noch nicht näher drauf eingehen.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Wie Sie möchten. Dann haben Sie das Wort.

**Zeuge Georg Oswald:** Okay. - Ja, ich bin 2012 im Januar zur BAO „Trio“ gekommen und war dort im Bereich Fahndung eingesetzt bis etwa 2013. Mitte 2013 wurde die BAO auch verkleinert, die Bereiche zusammengelegt. Und ab da war ich in der Sachbearbeitung für die Mordstrafataten und die Anschläge in der Keupstraße und in der Probsteigasse, und das habe ich gemacht bis 2015 im September. Das heißt also, gerade im Bereich ab 2013 bis 2015 habe ich zum Teil Kenntnisse aus den Akten erlangt, aber auch zum Teil selber mitgearbeitet, sodass das, was ich heute auch reproduzieren kann, zum Teil eigenes Wissen ist, aus eigener Sachbearbeitung, und zum Teil aus den Akten angelesen und reproduziert.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Das war es schon?

**Zeuge Georg Oswald:** Das war es schon.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Okay. - Dann beginnen wir mit dem Fragerecht der Fraktionen. Es beginnt immer die CDU/CSU-Fraktion, und das Wort hat zunächst der Kollege Ullrich.

**Dr. Volker Ullrich (CDU/CSU):** Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Vielen Dank, Herr Oswald, dass Sie als Zeuge zur Verfügung stehen. Sie haben ausgeführt, dass Sie von 2012, Januar, bis 2013 bei der BAO „Trio“ eingesetzt waren. Was waren denn Ihre Schwerpunkte bei der Tätigkeit?

**Zeuge Georg Oswald:** Also, im Bereich Zeitraum 2012 bis 2013 war ich im Unterabschnitt Fahndung eingesetzt. Wir waren schwerpunktmäßig mit der Öffentlichkeitsfahndung beschäftigt, Fahndungsplakate, Fahndungskonzepte, insbesondere auch das Konzept Glauchau, wo wir eine sehr große Öffentlichkeitsfahndung gefahren haben über eine Woche hinweg. Das hat mich bis 2013 beschäftigt, ja. Und ab da Sachbearbeitung, Spuren abarbeiten im Bereich der Mordstrafataten.

**Dr. Volker Ullrich (CDU/CSU):** Was uns ja insbesondere interessiert in diesem Ausschuss, ist der Umstand, dass Sie auch mit der Fahndung und der Aufklärung des Sprengstoffanschlags auf die Probsteigasse befasst waren. Wann sind Sie denn zum ersten Mal mit diesem Tatkomplex in Verbindung geraten, und was waren Ihre vordringlichsten Aufgaben dabei?

**Zeuge Georg Oswald:** Das war Mitte 2013; genau kann ich es nicht mehr sagen. Aber zum einen war das, mir Wissen anzueignen aus dem, was bisher gelaufen ist, die Keupstraße und auch Probsteigasse noch mal neu aufzurollen, neu zu betrachten, neue Fahndungsansätze oder Ermittlungsideen auch zu entwickeln. Das war die vordringlichste Aufgabe. Und zu dem Zeitpunkt kamen natürlich auch immer wieder durch Untersuchungsausschüsse oder OLG Ermittlungsaufträge, die wir dann auch abgearbeitet haben in den Akten - - Wissen aneignen mussten, um auch da Antworten geben zu können.





## 3. Untersuchungsausschuss

**Dr. Volker Ullrich (CDU/CSU):** Was waren denn aus Ihrer Sicht die wirklich offenen und dann auch untersuchungswürdigsten Fragen zum Tatkomplex Probsteigasse?

**Zeuge Georg Oswald:** Ja, Probsteigasse war insofern noch vollständig offen, muss man sagen, weil man bisher keinen ernsthaften Tatverdächtigen hatte. Also, das Problem war, dass die beiden Beschuldigten Mundlos, Böhnhardt, die dann zu dem Zeitpunkt auch schon verstorben waren - dass man da offensichtlich die nicht ranbringen konnte. Man hatte letztendlich nur das Bekenntnis in dem NSU-Video zu dieser Tat. Aber es fehlte die Verbindung über Sachbeweise, Zeugenbeweise, ja.

**Dr. Volker Ullrich (CDU/CSU):** Also, um es auf den Punkt zu bringen: Es geht um die Frage, welche Person wohl im Dezember des Jahres 2000 diese Keks- oder Geschenkdose in den Laden verbracht hat, in dem sich mutmaßlich dann der Sprengsatz befunden hat. Und in diesem Zusammenhang gab es ja auch mehrere Aussagen der Augenzeugin, des zum Tatzeitpunkt, glaube ich, sogar 14-jährigen Mädchens M. M. Wann haben Sie denn diese Zeugin zum ersten Mal getroffen und vernommen?

**Zeuge Georg Oswald:** Also, ich persönlich habe die Zeugin 2014 das erste Mal vernommen. Das war im Zuge - - Also, Vorlauf war, dass es eine Presseberichterstattung gab im Internet, wo auf einen Herrn M. aufmerksam gemacht wurde mit einem neuen Foto. Daraufhin fühlte sich die Familie auch noch mal gefährdet. Das wurde durch die Rechtsanwältin M. über das OLG dann an uns herangetragen. Wir haben dann direkt im Nachgang mit der Polizei in Köln Kontakt aufgenommen. Die haben eine Ansprache gemacht bei der Familie und die Gefährdung abgeklärt und haben ihnen auch Ratschläge erteilt, haben Telefonnummern dagelassen und da einfach eine Ansprache durchgeführt. Und wir haben dann die Tochter M. M. und den Vater D. M. noch mal vernommen, auch noch mal mit Lichtbildvorlage.

**Dr. Volker Ullrich (CDU/CSU):** Nun ist es ja so, dass es zu mehreren Vernehmungen der Frau M.

gekommen ist, und im Zuge dieser Vernehmungen sind ihr mehrere Lichtbilder vorgelegt worden. Um die Chronologie noch mal darzustellen: Es gab ein ursprüngliches Phantombild, welches unmittelbar nach der Tat angefertigt worden ist. Dieses Phantombild soll dem Herrn M. in irgendeiner Art und Weise sehr ähnlich gesehen haben. Nach 2011 wurden weitere Lichtbilder Frau M. vorgelegt. Es wurde sogar eine Art Hypnose durchgeführt, um Erinnerungsvermögen auch zu unterstützen und zu erzeugen. Und bei der Vorlage der Phantombilder hat sie bei einer Vernehmung eine relativ deutliche Ähnlichkeit zu Herrn M. erkannt, bei anderen Vernehmungen dann diese Ähnlichkeit nicht unbedingt 100 Prozent zuordnen können. Sie hat aber auch nicht eine Ähnlichkeit von Mundlos oder Böhnhardt mit ihrer Erinnerung oder mit dem ursprünglichen ersten Phantombild feststellen können.

Die Frage ist, ohne jetzt auf die Vernehmung im Einzelnen einzugehen: Welchen Eindruck an das Erinnerungsvermögen der Zeugin und an die Plausibilität ihrer Aussage, auch vor dem Hintergrund der langen Zeitabläufe, haben Sie denn gehabt in Ihren persönlichen Begegnungen?

**Zeuge Georg Oswald:** Zum Zeitpunkt, als ich die Frau M. das erste Mal vernommen habe, 2014, war schon eine große Zeitspanne vergangen. Das ist insbesondere mit dem Hinblick, dass es da ja erst mal nur um ein Phantombild ging, wo eine Ähnlichkeit bestand - - war das eine aus der Sicht sehr schwierige Vernehmung, kritische Vernehmung, weil auch gerade über Frau M. da war bis dahin auch noch nicht klar: Hat sie den Täter damals wirklich gesehen, tatsächlich gesehen, oder hat sie das im Nachgang angenommen, dass sie ihn gesehen hat?

In den ersten Vernehmungen 2001, direkt im Anschluss an die Tat, da zeichnete sich in den Vernehmungen ab, dass sie wohl in dem Laden war, aber den Täter nicht gesehen hat und dazu auch keine Angaben machen kann. 2012, Anfang 2012 wurde sie dann durch die BAO „Trio“ vernommen. Da hat sie das erste Mal geäußert, dass sie den Täter gesehen hat. Das war dann schon der



## 3. Untersuchungsausschuss

erste Bruch, wo man sagte: „Wir haben hier unterschiedliche Angaben“, woraufhin es ja dann auch zu dieser Hypnosevernehmung kam.

Insofern mussten wir diese Angaben von der Frau M. da auch einordnen, dass knapp 14 Jahre später im Anschluss sie sich auf ein Phantombild bezieht und da versucht, Ähnlichkeiten wiederzuerkennen, und das halte ich persönlich für sehr schwierig, ja.

**Dr. Volker Ullrich (CDU/CSU):** Fanden Sie aufgrund der Zeugenaussagen sowohl des Jahres 2001, aber dann auch 2012 bis 2014 es insgesamt zufriedenstellend aus Ihrer Sicht, wie mit der Spur umgegangen ist? Ist die Spur genügend verfolgt worden, oder ist aus Ihrer Sicht die Spur zu schnell als unplausibler Weg verworfen worden?

**Zeuge Georg Oswald:** Nein, da tendiere ich zu Ersterem. Also, es wurde das gemacht, was möglich ist, gerade auch mit der Lichtbildvorlage, dass da auch immer wieder, trotz dieses Zeitraums, versucht wurde, Lichtbilder vorzulegen und zu sagen: Okay, wir müssen versuchen, Klarheit herzustellen: Kann er der Täter sein oder nicht?

**Dr. Volker Ullrich (CDU/CSU):** Nun ist ja bei diesen Vernehmungen anhand der Lichtbildtafeln auch eine mögliche Spur zu einem Herrn F. aufgetreten, an den F. Wissen Sie, in welche Richtung dort ermittelt wurde, und ist die Beendigung dieser Ermittlung in Richtung F. auch aus Ihrer Sicht plausibel beendet worden, oder gibt es da noch offene Fragen?

**Zeuge Georg Oswald:** Also, ich weiß, dass Herr F. vernommen wurde als Zeuge, und da hat er keine Angaben gemacht. Also, er hat sich da auf den § 55 berufen und das Zeugnis verweigert. Insofern ging es da dann auch nicht weiter. Ich weiß nicht, was dann noch weiter gemacht wurde, ob es da Umfeldabklärungen gab; das weiß ich nicht.

**Dr. Volker Ullrich (CDU/CSU):** Waren Sie denn in Bezug auf die Probsteigasse neben der Frage Lichtbildabgleich und Vernehmung auch mit weiteren forensischen Fragen tätig, insbesondere

Spurensicherung, Sicherung der Art und Weise Sprengstoff, Zusammensetzung des Sprengsatzes?

**Zeuge Georg Oswald:** Ja, das habe ich mir dann aus den Akten angelesen. Das ging ja auch da, zu gucken: Gibt es vielleicht Parallelen zur Keupstraße? Kann man da auch irgendwie handfeste Beweise finden, dass man sagt: „Okay, der Täter, der für die Keupstraße verantwortlich ist, ist dann auch für die Probsteigasse verantwortlich“? Das weiß ich also aus den Akten.

Die Spuren selber oder die Asservate, die sind 2006, wenn ich mich recht erinnere, vernichtet worden. Und insofern gab es da auch nichts mehr, wo man sagt: Okay, wir setzen da noch mal neu an, DNA-Vergleich oder Ähnliches.

**Dr. Volker Ullrich (CDU/CSU):** Würden Sie aus Ihrer Erfahrung heraus sagen, dass die Tatbegehung, die Struktur der Sprengstoffsätze zwischen Probsteigasse und Keupstraße sich ähneln und auch vom gleichen Täter stammen, oder halten Sie das auch für Zufälligkeiten?

**Zeuge Georg Oswald:** Ich bin kein Sprengstoffexperte. Aber der Aufbau der Sprengsätze war nicht so komplex, dass man sagt: Okay, dafür muss man ernsthaft Kenntnisse erlangen. - Das war Schwarzpulver mit einer Glühwendelzündung. Diese Anleitungen dazu sind im Internet annähernd frei verfügbar. Das ist einer der einfachsten Bombenaufbauten aus meiner Perspektive, den man wählen kann. Insofern glaube ich nicht, dass das als Beweis dienen kann, dass das wirklich derselbe Täter ist. Aber, ja, Glühwendelzündung, die Verwendung von Schwarzpulver ist in beiden Fällen vorgekommen. Insofern besteht da schon eine Parallele, ja.

**Dr. Volker Ullrich (CDU/CSU):** Vielleicht werden wir diesen Komplex kurz verlassen, werden sicherlich wieder bei allen Befragungen darauf zurückkommen. - Haben Sie auch im Umfeld Richtung Kölner oder Dortmunder Neonazi-Szene ermittelt?

**Zeuge Georg Oswald:** Es gab Ermittlungen in der Dortmunder Szene zu der - - Ah, ich muss kurz



über den Namen nachdenken. Das war eine Vereinbarung - -

**Dr. Volker Ullrich (CDU/CSU):** Sie haben einen Herrn Sebastian S. vernommen.

**Zeuge Georg Oswald:** Genau, ja, ich entsinne mich. Ich überlege gerade, wie diese - -

**Vorsitzender Clemens Binninger:** „Oidoxie“?

**Zeuge Georg Oswald:** Wie bitte?

**Vorsitzender Clemens Binninger:** „Oidoxie“?

**Zeuge Georg Oswald:** „Oidoxie“, richtig, ja, die sowohl als Band unterwegs waren, aber auch eine Gruppierung hatten, die da, ja, als Schlägertrupp unterwegs waren.

**Dr. Volker Ullrich (CDU/CSU):** Und hat diese Person, die Sie vernommen haben, insbesondere Sebastian S., einen Bezug zu Personen des Trios gehabt? Er hat ja zumindest, was sich herausgestellt hat, wiederum Kontakt zu einem Herrn Robin Sch█████ gehabt, der wiederum Frau Zschäpe in der Haft geschrieben hat. Haben Sie Bezüge herausfinden können oder aufgedeckt, oder ist es während der Ermittlungen nicht augenfällig geworden?

**Zeuge Georg Oswald:** Also, das ist mir nicht einernerlich, ob es da Bezüge gab. Wenn es da Bezüge gegeben hatte, dann wären die auch weiter ausermittelt worden. Ich kann mich nicht mehr dran entsinnen, inwieweit da tiefer eingestiegen wurde.

**Dr. Volker Ullrich (CDU/CSU):** Haben Sie auch ermittelt zum Stichwort „Combat 18“, Rocker-Szene, „Blood & Honour“?

**Zeuge Georg Oswald:** Nein. Also, es kann sein, dass ich da einen Bezug, ich glaube, Kassel, damit mal Berührungspunkte hatte, aber dann auch eher aus dem Nachgang aus den Akten heraus. Aber aktiv ermittelt, nein.

**Dr. Volker Ullrich (CDU/CSU):** Vielen Dank erst mal.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Herr Oswald, ich möchte zu einem anderen Bereich kommen, wo Sie tätig waren laut Akten. Da geht es um den Anschlag in der Kölner Keupstraße und die Auswertung und die Gutachten der Videoaufnahmen von VIVA. Wir bitten, dass man den Würfel ein klein wenig runterfährt und dann - -

(Auf dem Monitor werden Bilder gezeigt)

An solchen Bildern, anhand des Bildes aus diesem Überwachungskamerafilm - - Das ist jetzt nur ein Ausschnitt, der eben noch mal zeigt die Situation in der Schanzenstraße, wo einer der beiden Attentäter auf dem Weg Richtung Keupstraße durch das Kamerabild läuft. Wenn Sie uns noch mal sagen könnten, was man dann im Zuge dieses vorhandenen Videos an Gutachten oder Schritten unternommen hat, um zu belegen oder zumindest zu beweisen, dass es sich bei dem Radfahrer - jetzt sehen wir hier nur einen; es gibt auch Bilder, wo man beide sieht, und einen zu Fuß - um Mundlos und Böhnhardt handelt. Was wurde da unternommen?

**Zeuge Georg Oswald:** Also, anhand der Bilder hat man versucht, weil man - - Die Gesichter kann man sehr schlecht erkennen. Es gibt keine Einstellungen bei diesem Video, wo man eine gute Gesichtsanalyse machen könnte, wo man was forensisch untersuchen lassen könnte. Das lässt es nicht zu.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Wir lassen es einfach mal vorlaufen nebenbei und drücken nachher auf Stopp, wenn man kurz mal ein bisschen was vom Gesicht sieht. - Sie können.

**Zeuge Georg Oswald:** Also, man hat deswegen versucht, über die Kleidung zu gehen. Das ist zum einen die Hose. Der zweite Täter hatte ein Basecap, wo man geguckt hat: „Gibt es unter den Asservaten, die man hat, vergleichbare Stücke?“, dass man da Parallelen zieht, auch zu dem Fahrrad. Also, man hat Ermittlungen zu dem Fahrrad angestellt: Wo kommt das her? Kann man da irgendwie noch einen Verkaufsweg feststellen?



Insofern war das sehr dünn, was man da machen konnte, an Möglichkeiten. Also, wir hätten gehofft, dass man mit einer Gesichtserkennung weiterkommt. Aber das lässt es nicht zu, insbesondere a) die Videoqualität und b) dann auch die Trageweise von dem Basecap, wo ein Großteil vom Gesicht schon verdeckt ist.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Sie haben dann ein Gutachten in Auftrag gegeben. Ich will auch kurz die Fundstelle benennen: MAT A OLG-1, Nachlieferungen N 6, Seite 234 bis 247. Und zwar an der Universität Freiburg, wo im Prinzip anhand dieser Bilder, anhand anderer Bilder versucht wurde, zu ermitteln: Mit welcher Wahrscheinlichkeit handelt es sich hier um Mundlos und Böhnhardt? - Ist das richtig?

**Zeuge Georg Oswald:** Ich kann mich nicht daran entsinnen. Aber wenn das in den Akten so drinsteht, dann gehe ich davon aus, ja. War das die Gangbildanalyse?

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Genau, die Gangbildanalyse.

**Zeuge Georg Oswald:** Ja, ich entsinne mich. Ich habe die, glaube ich, nicht in Auftrag gegeben. Aber ich habe die zumindest mitverwaltet.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Zusammengeführt oder - -

**Zeuge Georg Oswald:** Ja, genau.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Und da ist das Ergebnis dann festgehalten - das will ich auch aus der gleichen Fundstelle kurz zitieren - :

Die Identität von „Täter 1“

- das müsste der hier, glaube ich, sein -

mit Uwe Mundlos ist möglich. Die Identität von „Täter 1“ mit Uwe Böhnhardt kann wahrscheinlich ausgeschlossen werden.

Und bei „Täter 2“ genau andersherum.

Wissen Sie aus der Erinnerung heraus, weil wir das ähnlich schon mal hatten bei den Schriftvergleichen - - Es wurde ja in den Asservaten noch eine ganze Reihe von handschriftlichen Notizen gefunden, wo man am Ende auch gesagt hat: Wir vergleichen die Handschrift dort mit Schriftproben von Mundlos und Böhnhardt und geben dann - die Schriftsachverständigen des BKA - eine Bewertung ab: Mit welcher Wahrscheinlichkeit stammt die Schrift von Mundlos?

Und hier gab es auch so eine Bewertung, eben das „ist möglich“. Ich will Sie nur fragen: Ist Ihnen bekannt, welchen Maßstab da diese Gutachter zugrunde legen? Also, wenn es heißt: „Die Identität von ‚Täter 1‘ mit Uwe Mundlos ist möglich“, ist das eine Wahrscheinlichkeit, die sehr hoch ist, also ist es zweifelsfrei, oder eher gering? Ist Ihnen das bekannt, was da für eine Skala angewandt wird?

**Zeuge Georg Oswald:** Also, ich weiß, dass wir uns freuen, wenn zumindest das Urteil kommt „ist möglich“. Das ist ein Urteil, was man ja seltener bekommt. Aber das heißt noch nicht, dass es zweifelsfrei ist, weil da gibt es auch noch zwei, drei Stufen darüber, also „mit hoher Wahrscheinlichkeit“ und „annähernder Sicherheit“.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Genau. - Ich hatte geguckt, was für ein Klassifikationsschema sich da findet. Und da ist eine Aneinanderreihung von Beschreibungen, fünf Stück in der Zahl. Die Nummer 5 ist die höchste. Da steht dabei: „mit höchster Wahrscheinlichkeit identisch“. Ist aber nur möglich, wenn man ganz individuelle Merkmale hat, glaube ich, wie Tätowierung etc. Und die niedrigste Stufe „Identität abgelehnt“ ist die Stufe 1, und das Höchste ist eben diese Stufe 5. „Identität möglich“ ist allerdings nur Stufe 2, also gerade so drüber über „abgelehnt“. Danach kommt noch „wahrscheinlich identisch“, „mit hoher Wahrscheinlichkeit identisch“, „mit höchster Wahrscheinlichkeit identisch“.

Haben Sie selber angesichts so eines geringeren Merkmals mal Zweifel gehabt, ob die das sind, wenn Sie die Bilder auch angucken, und Sie haben sich damit befasst, oder hat man das diskutiert?



## 3. Untersuchungsausschuss

**Zeuge Georg Oswald:** Also, man hat natürlich überlegt: Okay, könnten sie es sein, könnten sie es nicht sein? - Ich habe kein Vergleichsmaterial gesehen, also wo man Mundlos und Böhnhardt mal laufen sieht zum Beispiel - okay, hinkt der eine? -, um selber aus seiner subjektiven Sicht mal einen Vergleich zu machen. Ich persönlich glaube, dass es die sind. Das kommt von der Statur her - - Also, das mache ich an der Statur fest, an der Kleidung fest, ja. Aber wie gesagt: Das ist keine forensische Untersuchung.

**Vorsitzender Clemens Binner:** Sind Ihnen die Kleidungsstücke, die ja jetzt hier zu sehen sind, also Basecap und die lange Trainingshose mit den Seitenstreifen - - Wissen Sie, ob diese Kleidungsstücke, die - das war ja schon eine Weile her, 2004 - in Köln getragen wurden, ob man die irgendwo wieder bei den Asservaten in Zwickau gefunden hat und zweifelsfrei sagen konnte: „Das ist die Hose“, oder gab es da keine Ergebnisse?

**Zeuge Georg Oswald:** Also, ich weiß es von dem Basecap. Bei der Hose bin ich mir nicht sicher. Ich weiß, dass es bei dem Basecap ein Stück gab in den Asservaten, wo man sagt, das käme infrage dafür, weil das auch vorne an der Kante so einen hellen Streifen hat. Ich glaube, es ist schwarz oder dunkelblau. Also, das würde passen, ja. Aber auch die Videoqualität lässt es nicht so zu, dass man zum Beispiel einen Aufdruck vorne erkennen könnte oder so. Also, eine zweifelsfreie Zuordnung auf keinen Fall. Aber anhand der Asservate, wo man sagt, das käme dafür infrage, das ist möglich, ja.

**Vorsitzender Clemens Binner:** Okay. - Dann habe ich an der Stelle keine weiteren Fragen mehr zu dem Komplex.

Und dann waren Sie noch beschäftigt - Sie haben es, glaube ich, vorhin auch kurz angedeutet - mit Fahndungsmaßnahmen in Glauchau. Können Sie uns noch sagen, was sich dahinter verborgen hat und warum Sie in Glauchau gefahndet haben? Glauchau ist eine Stadt so 14 Kilometer, glaube ich, entfernt von Zwickau. Also, was war der Grund für Fahndungsmaßnahmen in Glauchau und mit welchem Ergebnis?

**Zeuge Georg Oswald:** Hintergrund ist: Die Frühlingsstraße 26 in Zwickau liegt am Stadtrand. Man kann von da aus über einen Feldweg, also als Fahrradfahrer, relativ zügig nach Glauchau kommen. Und man hatte Zeugenaussagen, dass sich wohl häufiger das Trio oder einzelne Mitglieder Richtung Glauchau bewegt haben auf diesem Fahrradweg. Es war aber nicht klar: Okay, gibt es jetzt in Glauchau eine zweite Wohnung zum Beispiel? Gibt es da Kontaktpersonen, wo man sich trifft?

Aber wir haben überlegt: Okay, die Möglichkeit besteht. Und wir wollen intensiv, innerhalb von einer Woche, wirklich so, ich sage mal, einen Schlag aufs Wasser durchführen und auf allen Kanälen rausfinden: Gibt es da noch irgendwelche Hinweise, irgendwelche Kontaktpersonen? Gibt es Nachbarn, die was gesehen haben? Gibt es Wohnungen, die gerade in dem Bezug, dass das Trio jetzt ja nicht mehr aktiv ist, tot ist - -

**Vorsitzender Clemens Binner:** Aber habe ich Sie da richtig verstanden? Ein gut erhaltener Feldweg war für Sie der einzige Ansatzpunkt, zu sagen: „Auf dem kommt man nach Glauchau. Dann gucken wir in Glauchau uns mal um“? Der Feldweg war der ausschlaggebende Punkt?

**Zeuge Georg Oswald:** Nein, nein, das war nicht der ausschlaggebende Punkt. Der ausschlaggebende Punkt war, dass die Möglichkeit besteht und dass die Mitglieder vom Trio immer mal wieder gesehen wurden von Nachbarn, dass sie sich mit dem Fahrrad in diese Richtung bewegt haben.

**Vorsitzender Clemens Binner:** Aber da kann ja vieles hinten dranhängen.

**Zeuge Georg Oswald:** Ja, natürlich.

**Vorsitzender Clemens Binner:** Wenn die nach 100 Metern rechts abbiegen, muss es nicht nach Glauchau gehen.

**Zeuge Georg Oswald:** Ja, das ist richtig. Aber die Möglichkeit bestand halt trotzdem, dass sie nach Glauchau gehen. Und da wollten wir auf der sicheren Seite sein, dass es da nicht noch eine zweite Wohnung gibt.



3. Untersuchungsausschuss

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Gab es einen Ort zwischen Glauchau und Zwickau, oder kommt da nur Wiese?

**Zeuge Georg Oswald:** Nein, da ist nur Wiese.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Nur Wiese. - Und der Ort nach Glauchau? Könnte man ja genauso gut noch untersuchen.

**Zeuge Georg Oswald:** Das ist richtig. Aber dafür müssten sie ja zum Beispiel durch Glauchau durchradeln.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Das ist ja nicht verboten.

**Zeuge Georg Oswald:** Das ist richtig. Aber da könnten sie ja auch gesehen worden sein. Insofern war für uns der erste Anhaltspunkt - -

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Ja, hatten Sie jemanden, der das Trio in Glauchau gesehen hat oder der nur gesagt hat: „Die sind auf dem Feldweg gefahren, der Richtung Glauchau führt“? Das ist ein Unterschied.

**Zeuge Georg Oswald:** Na ja, ich überlege gerade. Es gab einen Fahrradhandel - -

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Hm, in Glauchau.

**Zeuge Georg Oswald:** In Glauchau. Ich weiß nicht, ob es Bezüge gab zu diesem Fahrradhandel, dass jemand ein Fahrrad dort abgegeben hat zur Reparatur oder eines gekauft hat. Da bin ich mir nicht sicher, dass es das ist.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Okay. - Ist Ihnen dieser Anruf in der Nacht vom 04. auf den 05.11. noch in Erinnerung, wo jemand von einem Münzfernsprecher aus Glauchau die Nummer des Angeklagten André Eminger angerufen hat? Kann das noch mit ein Indiz gewesen sein?

**Zeuge Georg Oswald:** Das ist der Anruf von der mutmaßlichen - -

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Von wem auch immer. Von einem Münzfernsprecher ist das ein Anruf. Ich weiß nicht, wer angerufen hat.

**Zeuge Georg Oswald:** Ja, ja, doch, ich entsinne mich. Das war am Bahnhof in Glauchau, ja, genau.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Kann das auch ein Indiz gewesen sein, dass Sie - -

**Zeuge Georg Oswald:** Ja, mit Sicherheit. Ich glaube, da gab es dann auch einen Mantrail-Einsatz mit Hunden, die auch zu Spuren halt in Glauchau geführt haben. Ich bin mir nicht sicher, aber ja. Also, wir hatten so ein paar Indizien, wo wir sagen: Okay, wir müssen Glauchau auf jeden Fall näher abklären.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Wobei, der Hundeeinsatz mit den Fährten war ja so spät, wo ich mich gefragt habe: Wie will der Hund da noch was finden? Und da sind wir erst im Jahr 2012 oder noch später. Normalerweise sagt man, der Hund hat so vier Wochen eine Chance. Wenn sich jemand vor vier Wochen dort bewegt hat, kann der Hund noch die Witterung aufnehmen, aber nicht vor einem halben Jahr. Aber Sie haben es trotzdem gemacht?

**Zeuge Georg Oswald:** Ich habe das nicht veranlasst. Aber ich war auch überrascht, dass die Hunde sich recht zielstrebig dort bewegt haben, in Glauchau, wo man den Eindruck hatte: Okay, nehmen die tatsächlich noch was wahr. - Ich glaube, das war ein halbes Jahr später. Aber ich bin kein Veterinär; das kann ich nicht so richtig sagen.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Was war das Ergebnis dann der ganzen Bemühungen in Glauchau, eventuell einen zweiten Unterschlupf zu finden oder Ähnliches?

**Zeuge Georg Oswald:** Im Ergebnis hatten wir ein paar Hinweise - das waren nicht viele; ich glaube, mittlerer zweistelliger Bereich -, die aber alle negativ abgeklärt wurden. Also, es war uns nicht möglich, eine Wohnung zum Beispiel zu finden. Das war einer der Ansätze, dass wir eine Wohnung finden, wo Mietauffälle verzeichnet



wurden seit November 2011 oder wo eine Stromrechnung nicht mehr bezahlt wurde. Das verlief alles im Sand.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Wie groß ist denn Glauchau, wie viele Einwohner? Wie muss man sich das vorstellen, etwa? Kleiner als Zwickau, klar. Aber - -

**Zeuge Georg Oswald:** Das weiß ich nicht mehr. 16 000?

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Okay.

**Zeuge Georg Oswald:** So was um den Dreh.

(Monika Lazar (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Würde  
ich auch denken!)

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Ja? Also, die ortskundige Kollegin bestätigt das. Dann stimmt es. 16 000 etwa.

Und Sie haben da Flugblätter verteilt mit den Bildern des Trios, oder was haben Sie gemacht?

**Zeuge Georg Oswald:** Also, es wurden Flugblätter verteilt am Bahnhof, an den neuralgischen Punkten, so in Einkaufszentren, an die Bevölkerung. Es wurde mit - - Wir hatten eine Bereitschaftspolizei im Zug. Die haben die Strecke zwischen Zwickau und Glauchau abgefahren und haben dort Personen, die sich dort bewegen, insbesondere Fahrradfahrer, die sich dann vielleicht auch regelmäßiger dort bewegen, befragt und gefragt: Haben Sie - - Also das Flugblatt verteilt, verbunden mit der Frage, ob sie Angaben dazu machen können, ob sie regelmäßig auf der Strecke verkehren. Man kennt sich ja vielleicht unter Fahrradfahrern, wenn man sich jeden Morgen irgendwie regelmäßig begegnet. Dann haben wir eine Postwurfsendung gemacht, die zum Zeitpunkt X dann jeder Bürger in seinem Briefkasten hatte.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Und da waren die Bilder abgebildet vom Trio oder nur ein Text? Nein, sonst macht - - Bilder wahrscheinlich, oder?

**Zeuge Georg Oswald:** Ich glaube, Bilder, ja. Bilder waren auch drauf.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Sonst macht es ja keinen Sinn.

**Zeuge Georg Oswald:** Ja, ja. Das war ein Anschreiben mit Bildern vom Trio, ja.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Und im Ergebnis?

**Zeuge Georg Oswald:** Ja, die besagten überschaubaren Hinweise.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Die alle negativ waren?

**Zeuge Georg Oswald:** Die schlussendlich alle negativ waren, ja.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Ist Ihnen bekannt, dass es in der Nacht vom, ich glaube, 04. oder 05. auch einen Brand in Glauchau gegeben haben soll? Ist das mal an Sie rangekommen? In einem etwas - oder in den Tagen danach; ich bin mir jetzt auch nicht ganz sicher - baufälligen Haus, wo nicht ganz klar war, wer und ob da drin noch gewohnt wird.

**Zeuge Georg Oswald:** Nein, kann ich mich nicht erinnern.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Okay. - Was hätte überhaupt die Motivation sein sollen, Sie haben ja gesagt, einen zweiten Unterschlupf vielleicht, den so nah an der Frühlingsstraße zu haben? Also, wäre es nicht logischer gewesen, zu sagen: „Wenn es noch einen zweiten Unterschlupf gibt, dann etwas weiter weg, wo uns keiner kennt und sieht, und nicht dort, wo wir zum Fahrradhändler gehen“?

**Zeuge Georg Oswald:** Also, die - -

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Also, hatten Sie eine Hypothese, warum es überhaupt einen zweiten Unterschlupf hätte geben sollen?

**Zeuge Georg Oswald:** Es gab mal eine Hypothese, dass einer der beiden - ich glaube, Mundlos -



eventuell noch eine Bekanntschaft hat, eine weibliche.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Eine?

**Zeuge Georg Oswald:** Eine weibliche Bekanntschaft außerhalb von Zwickau hat und dass die sich möglicherweise in Glauchau befindet. Aber das war nur eine Hypothese, ja.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Und im Ergebnis kann man sagen: Sie haben jetzt durch Ihre Ermittlungen, Befragungen, Flugblattaktionen, Postwurfsendungen, Radfahrer befragen keinen Hinweis darauf bekommen, außer diesem Fahrradhändler, der in Glauchau ist, wo sie, glaube ich, manchmal waren, dass sich das Trio oder einzelne Personen in Glauchau regelmäßig oder über eine längere Zeit aufgehalten hätten?

**Zeuge Georg Oswald:** Ja.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Okay. Gut. - Dann geht das Fragerecht an die Fraktion Die Linke. Frau Pau.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Herr Oswald, auch ich werde jetzt an - - Sie waren an so unheimlich vielen Stellen in diesem NSU-Komplex unterwegs, dass wir also auch genau zu diesen Stellen immer wieder springen.

Ich will noch mal zurück zu den Ermittlungen zum Anschlag in der Probsteigasse. Und ganz konkret: Wir haben uns vor zwei Sitzungen hier mit anderen Zeugen über [REDACTED] unterhalten. Das sage ich jetzt nur erklärend. Dann muss ich jetzt nicht für das Protokoll noch mal erklären, wer [REDACTED] war, sondern das wird jetzt in unserer Debatte dann deutlich werden.

Ihre Kollegin Voggenreiter hatte am 12. Februar 2012 die Spur [REDACTED] eröffnet und bereits durch einen Vermerk am 29. Februar 2012, also nach 17 Tagen, mit dem Satz geschlossen - ich zitiere -:

Somit liegen aktuell keine Anhaltspunkte für eine Täterschaft des [REDACTED] vor.

Wir finden das in MAT A OLG-1, Ordner 110, Band 6.2, Ordner 2, Seite 46.

Was mir beim Studium all der Unterlagen dort fehlt, ist eine gründliche Erforschung der neonazistischen Aktivitäten von [REDACTED] und auch seine persönliche Rolle in diesem Geflecht von unterschiedlichsten Neonazi-Organisationen, auch militanten Organisationen.

Wissen Sie, warum gerade Anfang 2012 - da waren ja die Ermittlungen sowohl vonseiten der Staatsanwaltschaft als auch vonseiten der Polizeien noch im Anfangsstadium im gesamten NSU-Komplex - [REDACTED] dort nicht vernommen wurde?

**Zeuge Georg Oswald:** Das weiß ich nicht.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Dann finde ich im Protokoll der 21. Sitzung, öffentlich, des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Landtages Nordrhein-Westfalen, dass Sie am 6. August 2014 einen Vermerk angefertigt haben, in dem Sie über ein fernmündliches Gespräch mit der Oberstaatsanwältin Greger von der Bundesanwaltschaft berichten, in dem Frau Greger Ihnen deutlich gemacht hat, dass keine weiteren Maßnahmen in der Spur [REDACTED] zu tätigen seien, insbesondere kein Herantreten an [REDACTED]. Wir finden das in MAT A NW-21/1, 21. Sitzung, öffentlich, Seite 47. Ist das so richtig, und können Sie uns etwas ausführlicher darlegen, wie Frau Greger diese Untersagung im Jahr 2014 begründet hat?

**Zeuge Georg Oswald:** Also, Hintergrund dieser Entscheidung war, dass wir die Familie M [REDACTED] noch mal vernommen hatten, den Herrn M [REDACTED] [REDACTED] und die Tochter M [REDACTED]. Die hatten wir noch mal vernommen, noch mal mit einer Lichtbildvorlage [REDACTED]. Und diese Vernehmungen sind dann auch an den GBA gegangen. Daraufhin kam dann die Entscheidung, dass wir da nicht mehr weiter einsteigen. Eine genaue Begründung weiß ich nicht mehr. Ich glaube, die ist auch nicht gefallen, ja.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Wissen Sie, ob jemals versucht wurde, zu überprüfen, was [REDACTED] an den Tagen zwischen dem 19.12.2000 bis zum 22.12.2000 gemacht hat und ob er für diese





3. Untersuchungsausschuss

Tage überhaupt ein Alibi hat? Das sind die Tage, die infrage kommen zum Ablegen dieser Stollendose, die sich dann später als Sprengsatz entpuppte.

Für die Öffentlichkeit nur: Herr [REDACTED] ein Nazi und gleichzeitig - das wissen wir jetzt inzwischen; es ist öffentlich geworden - auch V-Mann des Landesamtes für Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen, hat schon, zumindest zu gewissen Zeiten seines Lebens, eine frappierende Ähnlichkeit mit dem Phantombild, das gefertigt wurde, gehabt. Und insofern frage ich mich einfach: Wurde da dieser Spur mal so nachgegangen, dass man da wirklich einen Haken dranhaken kann, dass er zu dieser Zeit nicht im Geschäft war?

**Zeuge Georg Oswald:** Also, eine Alibiprüfung wurde während meiner Zeit nicht gemacht und, soweit ich es den Akten entnehmen konnte, auch vor meiner Zeit nicht.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Wissen Sie, ob es jemals den Versuch gegeben hat, wenigstens mit dem V-Mann-Führer von [REDACTED] zu sprechen, wenn man ihn selbst schon nicht, also 2012 und auch 2014, als das öffentlich diskutiert wird, vernommen hat, um noch mal abzuprüfen - -

**Zeuge Georg Oswald:** Da gilt dasselbe, ja. Also, ich habe es nicht versucht, und meine Vorgängerin - - weiß ich nicht. Also, kann ich aus den Akten nicht entnehmen.

(Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich eine Zwischenfrage stellen?)

**Petra Pau (DIE LINKE):** Die Kollegin Mihalic hätte gerne eine Zwischenfrage gestellt.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Oswald - -

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Ich kann nicht der Vizepräsidentin widersprechen.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wenn der Vorsitzende das gestattet?

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Ja.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Herr Oswald, können Sie mir sagen, warum [REDACTED] nie vernommen wurde?

**Zeuge Georg Oswald:** Nein.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wäre das aus Ihrer Sicht nicht notwendig gewesen nach allen Hinweisen, die auf seine Person hinausliefen?

**Zeuge Georg Oswald:** Also, man hätte das machen können, ja. Aber [REDACTED] war ja nicht die - - Oder diese Verbindung über das Phantombild war ja nicht die einzige Ermittlung, die man gemacht hat. Also, man hat sich ja auch im Laufe der Zeit aus anderen Richtungen angenähert. Also, wir hatten Ermittlungen in der Dortmunder Szene. Wir hatten Ermittlungen zum THS. Wir hatten Ermittlungen im Umfeld Mundlos, Bönhardt, nicht nur erste, sondern auch zweite Ebene bei den Personen. Wir hatten Ermittlungen - - Ich entsinne mich noch an eine Vernehmung von einem Herrn R [REDACTED]. Das ist auch aus der Ecke. Also, man hat auch drumherum ermittelt, und nirgendwo tauchte Herr [REDACTED] auf, wo man sagt: Okay, hier gibt es eine Verbindung zwischen Trio und [REDACTED] - Insofern - -

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, aber Herr R [REDACTED] und Herr [REDACTED] waren doch wirklich - - Also, da gibt es doch sehr enge Verbindungen. Das ist jetzt für mich nicht ganz nachvollziehbar.

**Zeuge Georg Oswald:** Das mag sein. Aber uns ging es um die Verbindung von dem Trio zum R [REDACTED] oder zum [REDACTED] und da konnten wir nichts auf tun.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Na ja, gut, die Brücke zwischen Herrn [REDACTED] und dem Trio ist Herr R [REDACTED]. Also, ich meine, um jetzt mal so die Kette zu Ende zu weben. - Aber gut, ich will jetzt nicht so weit dazwischenfragen.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Zu dem Komplex kann ich aber auch nur für mich jetzt hier noch festhalten, dass sich mir das also auch nach Befragung



## 3. Untersuchungsausschuss

mehrerer Zeugen zu diesem gesamten Komplex [REDACTED] nicht erschließt, warum man diesen Spuren nicht nachgegangen ist, wenn man das Netzwerk oder das Umfeld des Trios in irgendeiner Weise aufklären will. Aber da sind Sie jetzt nicht der Adressat, sondern diese Frage werden wir jetzt noch mal anderen stellen müssen.

Ich würde gern noch mal zu einem anderen Komplex kommen, Herr Oswald, und zwar geht es um die NSU/NSDAP-CD. Können Sie uns Ihre Ermittlungshypothese zu dieser CD und ihre Verbreitung durch Thomas R. [REDACTED] alias „Corelli“ schildern, was da die Hypothese war damals?

**Zeuge Georg Oswald:** Ich überlege gerade, ob ich da eine Hypothese hatte und inwieweit ich da eingebunden war.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Also, ich kann Ihnen insofern helfen: Ich habe in den Akten gelesen, dass man zeitweilig im BKA davon ausgegangen ist, dass Thomas R. [REDACTED] die sogenannte NSU/NSDAP-CD über das „Thiazi“-Forum verbreitet hat. Und dann stellt sich für mich die Frage: Wie ist man dazu gekommen? Was hat man da unternommen?

**Zeuge Georg Oswald:** Da bin ich nicht bewandert.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Also, für die Öffentlichkeit: Das „Thiazi“-Forum ist ja erst, wenn ich mich recht entsinne, 2015 oder 2014, jedenfalls deutlich auch nach dem Tod von „Corelli“, verboten worden.

Herr Oswald, aus unseren Akten ergibt sich, dass es vier NSU/NSDAP-CD-Funde gegeben hat, zuerst in Hamburg, im Frühjahr 2014, dann im BfV, dann in Mecklenburg-Vorpommern und in Chemnitz bei einem Aktivisten des verbotenen „Chemnitzer Heimatschutzes“. Können Sie uns noch mal was zu den Unterschieden oder Gemeinsamkeiten des Inhalts dieser vier CDs sagen, und bei wie vielen gingen Sie oder gehen Sie von einer Urhebererschaft oder Beteiligung von „Corelli“ aus?

**Zeuge Georg Oswald:** Also, dieser ganze Komplex zu diesen CDs, da war ich nicht maßgeblich mit an den Ermittlungen beteiligt.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Aha. Ich habe Sie bloß immer nur dann irgendwie namentlich noch gefunden. Deswegen hatte ich gehofft.

**Zeuge Georg Oswald:** Ja, ich habe sehr eng mit dem Herrn Wallner zusammengearbeitet. Also, wir waren da so das Doppel. Und deswegen habe ich da so am Rande das mitbekommen, auch vom Hörensagen. Aber wirklich substanziell bin ich da auch nicht firm drin.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Gut. - Dann würde ich gerne in diesem Komplex nur noch zu einer abschließenden Frage kommen, weil ausweislich der Akten wurde durch das BKA ja diese NSU/NSDAP-CD auch im BfV gesucht. Also, ich stelle mir das jetzt gar nicht so einfach vor. Waren Sie da in irgendeiner Weise beteiligt? Können Sie uns sagen, mit welcher - - ja, wie man da herangeht und wie man dann zielsicher diesen Datenträger, der ja verschollen war, dort findet?

**Zeuge Georg Oswald:** Wir haben Akten gelesen, ohne Ende Akten. Ja, die haben wir durchgeblättert. So bestand die Suche. Und da wurde auch durch den Herrn Wallner dann eines Tages die CD gefunden.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Gut. Danke.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Dann geht das Fragerecht an die SPD-Fraktion. Kollege Grötsch.

**Uli Grötsch (SPD):** Herr Oswald, die aus unserer Sicht wesentlichen Fragen haben Ihnen meine Kollegen schon gestellt. Ich würde mit Ihnen nur noch gerne ein paar Sachverhalte durchgehen wollen und Sie nach Ihrer Kenntnis danach fragen wollen.

Zum einen zum Tatort Köln. Wir haben als Untersuchungsausschuss mehrere Sachverständigengutachten in Auftrag gegeben, jeweils für die einzelnen Tatorte, und daraus würde ich Sie gerne was fragen, und zwar zum Ersten zur jährlichen Jahresabschlussveranstaltung der „Kameradschaft Walter Spangenberg“ in der Gaststätte



## 3. Untersuchungsausschuss

„Alt Gymnich“ in Erfstadt im November 2009. Sagt Ihnen das was?

**Zeuge Georg Oswald:** Ja.

**Uli Grötsch (SPD):** Mir geht es darum: Am 20.11.2011, nach der Selbstenttarnung des NSU also, berichtete das WDR-Magazin *Westpol*, an dieser Veranstaltung hätten auch Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe teilgenommen. Das Magazin beruft sich dabei auf einen Zeugen, der an der Versammlung teilgenommen hatte. Der sagte in diesem Fernsehbeitrag anonym aus, dass die drei auf diesem Treffen gewesen sind. Er führt dann weiter aus, der damalige Kameradschaftsführer Axel F. - sagt Ihnen der Name was? -

**Zeuge Georg Oswald:** Ja.

**Uli Grötsch (SPD):** - habe die drei gekannt und persönlich in Empfang genommen. Im Interview mit *Westpol* bestreitet der Herr F. dann diese Aussage und äußert sich auch später dahingehend, dass er keinerlei Kenntnis über die NSU-Struktur gehabt habe. Im Nachgang des Berichts wurde der Zeuge dann von der Generalbundesanwaltschaft vernommen. Weitere Informationen darüber haben wir nicht. Für das Protokoll: Das ist MAT A, das Gutachten S 5, Seite 15. - Inwiefern ist Ihnen denn der Sachverhalt bekannt?

**Zeuge Georg Oswald:** Der ist mir insoweit bekannt: Ich war da nicht aktiv mit an den Ermittlungen beteiligt, habe das aber gelesen. Ich weiß, dass der Herr F. im Zuge der Vernehmung auch Lichtbilder übergeben hatte von dieser besagten Veranstaltung.

Bei diesem *Westpol*-Beitrag wurde ja genannt, dass die irgendwie auch zu erkennen wären, irgendwo im Hintergrund, also das Trio. Und das konnte aber auf den Lichtbildern nicht nachvollzogen werden. Also, man hatte Lichtbilder von dieser Veranstaltung bekommen. Da war das Trio nicht mit drauf zu erkennen. Und man hatte auch den Herrn F. dazu gefragt, zu diesen Einlassmodalitäten. Meiner Erinnerung nach hat er auch angegeben, also, er hat sie nicht gekannt, und es war auch keiner auf dieser Veranstaltung. Also,

er hätte es gewusst, wenn da jemand von außerhalb gerade dazugekommen wäre; dann hätte er die mit Sicherheit irgendwie auf der Gästeliste oder Ähnlichem gehabt, ja.

**Uli Grötsch (SPD):** Okay. - Dann die nächste Sache. André Eminger - den kennen Sie ja mit Sicherheit auch -, der ist in München ja unter anderem dafür angeklagt, dass er für Mundlos und Böhnhardt im Dezember 2000 ein Wohnmobil angemietet hat, das die beiden dann für den Anschlag in der Kölner Probsteigasse benutzt haben sollen.

Der Eminger befand sich nachweislich am 8. Juni, einen Tag vor dem Anschlag, in der Keupstraße, in Euskirchen, was ungefähr 50 Kilometer von Köln entfernt sein dürfte. Der war mit einem Lkw einer Zwickauer Spedition unterwegs. Und laut Ermittlungen, die sich auf beschlagnahmte Dateien berufen, begann der 9. Juni für den Eminger in Euskirchen und endete abends im circa 500 Kilometer entfernten Irxleben in Sachsen-Anhalt. Das geht auch aus dem Gutachten hervor. MAT A, Gutachten S 5, Seite 16. Ist Ihnen dieser Sachverhalt bekannt?

**Zeuge Georg Oswald:** Ja, am Rand.

**Uli Grötsch (SPD):** Inwiefern?

**Zeuge Georg Oswald:** Das war für uns eine Theorie, wie das Fahrrad nach Köln gekommen sein könnte. Dieses Fahrrad, was für den Anschlag in der Keupstraße verwendet wurde, wurde von Aldi Süd verkauft, wenn ich mich richtig entsinne. Und dann war eine Theorie: Okay, wo kommt dieses Fahrrad her? Hat man das vor Ort gekauft, oder wurde das dorthin verbracht? - Und dann war eine Theorie: Okay, das könnte ja auf dem Transporter gewesen sein. - Allerdings liegt Zwickau auch nicht im Einzugsgebiet von Aldi Süd, sondern gehört zu Aldi Nord, sodass das für uns dann ein Ausschlussgrund war, wo wir gesagt haben: Okay, wahrscheinlich ist das nicht durch den Herrn Eminger dorthin verbracht worden. - Zu den Anmietemodalitäten, da bin ich nicht so im Detail drin, das weiß ich nicht.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Darf ich kurz dazwischen?



3. Untersuchungsausschuss

**Uli Grötsch (SPD):** Mhm.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Es muss ja nicht dort gekauft worden sein. Wissen Sie noch, wie weit der Zuständigkeitsbereich von Aldi Süd dann geht? Also, Köln gehört zu Aldi Süd, ja?

**Zeuge Georg Oswald:** Ich glaube, ja. Also, die Grenze verläuft nicht weit von Zwickau. Also, im Süden von Zwickau ist es dann nicht mehr weit bis Aldi Süd.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Dass Köln mal zu Süddeutschland gehört, hätte ich auch nicht gedacht.

(Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mülheim ist die Grenze, Mülheim an der Ruhr!)

- Aha. Das ist Aldi Nord, okay. - Ich will auf was anderes hinaus: Haben Sie eine korrespondierende Autoanmietung für diesen Tag in der Keupstraße in Erinnerung?

**Zeuge Georg Oswald:** Ja, und zwar war das ein Touran.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Ein Touran?

**Zeuge Georg Oswald:** Ich glaube, ja, es war ein Touran. Weil wir hatten dann überlegt: Es wäre auch möglich, das Fahrrad in den Touran zu verbringen.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Eines schon; drei, glaube ich, nicht, oder?

**Zeuge Georg Oswald:** Hm, wird schwierig.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Drei und eine Bombe und zwei Leute - das ist eine Herausforderung.

**Zeuge Georg Oswald:** Eine gefährliche Fracht.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Hm?

**Zeuge Georg Oswald:** Eine gefährliche Fracht auf jeden Fall.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Und drei Fahrräder wären auch schwieriger. Die hatten ja drei.

**Zeuge Georg Oswald:** Ja, ja, genau. Ich glaube, wenn man nur zu zweit ist, wenn man hinten einen Touran komplett ausräumt, kann das passen. Ich habe es nicht versucht, drei Fahrräder - -

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Aber die Bombe muss ja da auch noch rein.

**Zeuge Georg Oswald:** Ja. Die befand sich ja in so einem Topcase. Das kriegt man vielleicht noch irgendwo da mit dazwischen.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Halten Sie das für wahrscheinlich?

**Zeuge Georg Oswald:** Ich halte das für möglich.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Für möglich?

**Zeuge Georg Oswald:** Ja.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Wenn man es komplett darauf ausrichtet und die Gefährlichkeit außer Betracht lässt, dass man 500 Kilometer mit einer scharfen Bombe durchs Land fährt.

**Zeuge Georg Oswald:** Ja, man kann die auch vor Ort dann erst scharf machen. Also, ich weiß es nicht. Also, es wäre ein denkbarer Ansatz, ja, dass die das in Zwickau eingeladen haben und dann damit nach Köln gefahren sind, ja.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Aber im Weiteren wäre auch zu sagen: Die Räder wurden woanders beschafft, und es gab ein anderes Fahrzeug, und erst dort wurde zusammengebastelt.

**Zeuge Georg Oswald:** Ja.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Okay.

**Zeuge Georg Oswald:** Kann sein.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Kollege Grötsch.

**Uli Grötsch (SPD):** Dann noch ein anderes Thema. Sagt Ihnen der Name F [REDACTED] E [REDACTED] was,



## 3. Untersuchungsausschuss

Kölner Neonazi? - Oder ich stelle Ihnen den Sachverhalt mal dar: Der war am Tag des Nagelbombenanschlags in der Keupstraße vor Ort und hat mit einer Polizeibeamtin gesprochen. Trotzdem wurde der niemals befragt. Waren Sie mit diesem Umstand mal befasst?

**Zeuge Georg Oswald:** Also, jetzt, wo Sie den Sachverhalt sagen, sagt mir der Name was. Aber damit war ich nicht näher befasst, nein.

**Uli Grötsch (SPD):** Ich muss Ihnen noch ein paar so kleine Fragen stellen, die für uns noch offen sind. Die nächste ist: Die „Kameradschaft Aachener Land“ veröffentlichte im November 2011, kurz nach der Selbstenttarnung des NSU, auf ihrer Internetseite ein Bild des Rosaroten Panthers mit dem Schriftzug „Zwickau rules“. Waren Sie damit mal befasst?

**Zeuge Georg Oswald:** Nein.

**Uli Grötsch (SPD):** Weiter geht's: Das Aktionsbüro Mittelrhein lud im Internet unter dem Motto „Zwei Jahre Braunes Haus - jetzt knallt's richtig“ für den 31.12.2011 zur Silvesterparty nach Bad Neuenahr. Die Buchstaben N, S und U waren farblich hervorgehoben. Ist Ihnen das bekannt, und waren Sie damit mal befasst?

**Zeuge Georg Oswald:** Nein.

**Uli Grötsch (SPD):** Ein paar habe ich noch. - Am 18.05.2013 schmierten Unbekannte den Schriftzug „NSU lebt weiter und ihr werdet die nächsten Opfer sein“ an eine Moschee in Düren. Haben Sie damit zu tun gehabt? Mit solchen Sachen hatten Sie nichts, überhaupt nichts zu tun?

**Zeuge Georg Oswald:** Nein. Also, ich habe mich maßgeblich halt mit den Mordstraftaten und den Anschlägen beschäftigt, und da auch gerade das Heraussuchen von Informationen: Was ist an Ermittlungen schon gelaufen, aktuell in der BAO „Trio“ bzw. im Vorfeld bei den damaligen Mordermittlungen?

**Uli Grötsch (SPD):** Ja. - Dann noch eine Frage: Sagt Ihnen der Name Bernd T. etwas?

**Zeuge Georg Oswald:** Der sagt mir was, ja.

**Uli Grötsch (SPD):** Ich frage Sie mal nach dem. Eigentlich alle Neonazis im NSU-Komplex schweigen zu dem Thema oder wiegeln ab, dass sie Kontakte mit dem NSU hatten. Dieser T. aber, der brüstet sich mehrfach damit, Kontakt zum Kerntrio gehabt zu haben. Er hatte sich kurz nach dem Bekanntwerden des NSU aus der Haft heraus als Zeuge gemeldet und behauptet, er wisse von Besuchen der Haupttäter Mundlos und Böhnhardt in Kassel. Sagt Ihnen das was?

**Zeuge Georg Oswald:** Ja, der Sachverhalt sagt mir was.

**Uli Grötsch (SPD):** Sie seien, so sagt er weiter, mit dem ICE angereist. Und er, der T. also, habe sie am Bahnhof Kassel-Wilhelmshöhe abgeholt. Dabei sollen sie von der Polizei, also von Zivilpolizisten, fotografiert worden sein. Auch hätten die beiden Untergetauchten an einer Party teilgenommen, bei der „Oidoxie“, die Neonazi-Band aus Dortmund, spielte. - Das sind die Aussagen des T. im Frühjahr 2012 gegenüber dem Hessischen Landeskriminalamt und dem BKA.

Herr T. hat dann in seiner Vernehmung vor dem Oberlandesgericht München im Mai 2015 seine Aussagen revidiert. Er hat gesagt, er hat gelogen und sich von den Falschaussagen nur Hafterleichterungen erhofft.

Im hessischen Untersuchungsausschuss zum NSU wurde der T. als eine schillernde Figur beschrieben. Der Landtagsabgeordnete Hermann Schaus sagte gegenüber der Zeitung *Junge Welt*, welche der Aussagen T. nun stimmten, sei nur schwer feststellbar.

Im Mai 2016 wurden T. und drei Kameraden des „Sturm 18“ aus Kassel zu Haftstrafen verurteilt. Der 41-jährige Anführer wurde wegen Freiheitsberaubung, Nötigung und anderem verurteilt.

Ist Ihnen dieser Sachverhalt bekannt, alles, was sich um den T. rum gespielt hat?

**Zeuge Georg Oswald:** Also, dieser Sachverhalt, dass das Trio in Kassel gewesen sein soll - -



3. Untersuchungsausschuss

**Uli Grötsch (SPD):** Hatten Sie damit zu tun?

**Zeuge Georg Oswald:** Nein. Also, ich habe keine Vernehmung oder Ähnliches durchgeführt. Aber ich weiß, dass ich mir das mal angelesen habe im Zuge von einer - -

**Uli Grötsch (SPD):** Dann habe ich keine Fragen mehr.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Dann die Fraktion der Grünen. Frau Mihalic.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Oswald, ich würde auch noch mal ein paar Nachfragen stellen zu dem Ereignis in der Probsteigasse. Was sind denn oder was waren, als Sie mit diesen Ermittlungen befasst waren, für Sie wirklich tatsächlich harte Hinweise darauf, dass das Trio diese Tat begangen hat?

**Zeuge Georg Oswald:** Harte Hinweise haben wir keine. Also, wir haben nur die Bekennung.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** In dem Zusammenhang stellt sich die Frage, die wir vorhin noch mal auch mit meiner Zwischenfrage so ein bisschen bewegt haben. Sie haben vorhin gesagt, dass Sie keine Verbindung zwischen [REDACTED] und dem Trio ziehen konnten. Vielleicht war das ja auch gar nicht nötig, wenn vielleicht [REDACTED] als Täter infrage kommt. Also, verstehen Sie, worauf ich hinauswill?

**Zeuge Georg Oswald:** Verstehe ich Sie dahingehend richtig, dass eine Hypothese wäre, dass [REDACTED] das durchgeführt hätte -

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Richtig.

**Zeuge Georg Oswald:** - und das Trio das quasi für sich einfach -

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Reklamiert hat.

**Zeuge Georg Oswald:** - reklamiert?

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau. Also, weil dann müsste man ja nicht zwangsläufig eine Verbindung zwischen [REDACTED] und dem Trio finden.

**Zeuge Georg Oswald:** Auszuschließen ist das nicht. Also, kann ich nicht ausschließen.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber das ist nicht irgendwie bei Ihnen mal erwogen worden oder so, dass jemand anders als Tatverdächtiger in Betracht kommt, außer dem Trio?

**Zeuge Georg Oswald:** Jemand anders ist ja mit dem [REDACTED] schon in Betracht gekommen, dass die das gewesen seien.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Der ist aber nie vernommen worden als Tatverdächtiger.

**Zeuge Georg Oswald:** Nein. Dafür war das zu dünn. Also, die Lichtbildvorlage war der einzige Punkt, wo wir einen Hinweis darauf hatten: Okay, das ist eine Person, die rein optisch diesem Phantombild entspricht. - Aber wir wussten auch nicht, ob er es zu dem Zeitpunkt war. Also, mit der Entscheidung GBA war dann auch für uns klar: Okay, dann - -

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das macht das eben für mich so schwer nachvollziehbar. Verstehen Sie mich nicht falsch. Ein Bekennervideo, wo alles Mögliche in einer Bildabfolge zu sehen ist, halt eben auch Hinweise auf den Anschlag in der Probsteigasse, macht das Trio in dem Zusammenhang tatverdächtig. Aber ein Phantombild, was einer anderen Person extrem ähnlich sieht - also, anders kann man das, glaube ich, gar nicht beschreiben - und wo Zeugenaussagen hart darauf hindeuten, dass es eine andere Person ist, das ist zu dünn. Das ist mir irgendwie nicht klar.

**Zeuge Georg Oswald:** Also, diese Zeugenaussagen, die hart darauf hindeuten, dass das ein anderer ist, das ergibt sich aus meiner Sicht vor allem daraus, dass ihnen auch das Trio vorgelegt wurde bzw. sie das auch aus der Presse mitbekommen haben und für sich selber da schon zu dem Schluss gekommen sind: Die waren das



nicht. - Also, das konnten Sie relativ stark auch ausschließen, dass wir gesagt haben: Das können wir uns nicht vorstellen, dass die das waren.

Mit der Lichtbildvorlage von dem [REDACTED] das war eine Person, wo wir sagten: Okay, das kommt von der Frisur her hin, vom Äußeren. Aber das allein macht ihn noch nicht zum Täter oder Tatverdächtigen. Das ist eine Option.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein. Aber ein Bekennervideo ist dann härter in dem Fall. Also, ich will einfach mal versuchen, mich in diese Lage zu versetzen, warum sozusagen diese Spur [REDACTED] für meine Begriffe relativ schnell, zu schnell, obwohl da noch Möglichkeiten gewesen wären, das noch weiter abzuklären, beispielsweise eine Vernehmung der Person [REDACTED] - warum das nicht gemacht worden ist, oder die Alibiüberprüfung von [REDACTED] die nicht stattgefunden hat.

**Zeuge Georg Oswald:** Also, warum die Entscheidung so gegangen ist, die Begründung dafür weiß ich nicht.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist auch nicht hinterfragt worden oder so? Also, das war für alle okay? Staatsanwältin sagt: „Das packen wir nicht mehr an“, und dann war der Fisch vom Teller, umgangssprachlich?

**Zeuge Georg Oswald:** Umgangssprachlich, ja.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Ist Ihnen bekannt gewesen, dass [REDACTED] eine V-Person war?

**Zeuge Georg Oswald:** Dazu kann ich hier nichts sagen, nicht in einer öffentlichen Sitzung.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann möchte ich noch ein paar Fragen stellen. Sie waren ja auch - - Also, wir finden Ihren Namen ja - das hat die Kollegen ja vorhin schon gesagt - in vielen Aktenstücken, und deswegen möchte ich da noch mal ein bisschen nachfragen. Sie waren ja auch an den Ermittlungen rund um die Vorgänge um die Person Thomas R [REDACTED] beteiligt.

**Zeuge Georg Oswald:** Mhm.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, der Kollege hat vorhin schon mal nach der NSU- - Oder die Kollegin hat vorhin schon mal nach der NSU/NSDAP-CD gefragt, wozu Sie jetzt nicht so viel sagen konnten, was da eigentlich die Idee gewesen ist. Aber Sie haben ja auch, wenn ich das richtig den Akten entnommen habe, an der Durchsichtung teilgenommen in der Wohnung von Thomas R [REDACTED] am 25.04.2015.

**Zeuge Georg Oswald:** Mhm.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen bekannt, wann der Generalbundesanwalt bzw. das Bundeskriminalamt vom Tod von Thomas R [REDACTED] erfahren hat?

**Zeuge Georg Oswald:** Nein.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann haben Sie davon - - Also, wann sind Sie mit dem Fall in Berührung gekommen?

**Zeuge Georg Oswald:** Also, ich komme da schon ins Schlingern, wenn ich da eine Jahreszahl nennen müsste.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, gut. Dann - -

**Zeuge Georg Oswald:** Also, ich weiß, dass ich daran beteiligt war. Das lief aber eher auf der Schiene: Okay, wir brauchen Leute für eine Durchsichtung, die da mit dabei sind. - In dem Sachverhalt „Thomas R [REDACTED]“ bin ich nicht wirklich sattelfest. Da war ich auch nicht maßgeblich mit dran beteiligt.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie mir etwas über diese Durchsichtigungen sagen, wer daran beteiligt war und welche Gegenstände sichergestellt worden sind?

**Zeuge Georg Oswald:** Also, ich weiß, dass - - Boah, wer war denn daran beteiligt? - Ich meine, der Herr Lehmann, Paul Lehmann. Und wir haben sichergestellt, ich glaube, Mobiltelefone, zwei, so was in der Richtung.



## 3. Untersuchungsausschuss

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Wohnung ist ja vorher schon mal durchsucht worden, oder?

**Zeuge Georg Oswald:** Die ist schon mal durchsucht worden, genau.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vom PP Bielefeld. Und da sind ja auch Gegenstände sichergestellt worden.

**Zeuge Georg Oswald:** Da ist auch schon mal was sichergestellt worden. Das haben wir dann später übernommen, die Asservate. Was wir bei der Durchsuchung noch mal mitgenommen haben, weiß ich im Detail nicht. Aber ich glaube, es waren ein oder zwei Mobiltelefone, die wir noch gefunden hatten.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waren Sie denn darüber informiert, dass an dem Tag, an dem Sie die Wohnung von Thomas F. durchsucht haben, die bereits vom PP Bielefeld sichergestellten Festplatten und Handys gelöscht werden sollten?

**Zeuge Georg Oswald:** Da entsinne ich mich nur dunkel, dass es da ein bisschen Trouble gab wegen dieser Löschung oder Nichtlöschung. Aber im Detail weiß ich das nicht mehr.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber genau können Sie das nicht mehr sagen, von wem die Anweisung kam bzw. wie das dann abgelaufen ist mit dieser Löschung?

**Zeuge Georg Oswald:** Nein.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil die Frage, die sich dann halt eben stellt in dem Zusammenhang, ist: Was ist dann letzten Endes ausgewertet worden? Also, das ist halt eben auch hier noch nicht überall so klar in allen Details. Aber mit der Auswertung waren Sie nicht befasst oder - -

**Zeuge Georg Oswald:** Ich überlege. Ich glaube, ich habe irgend- - eines der Mobiltelefone - - Ich habe Bildmaterial ausgewertet. Also, auf den Mobiltelefonen waren ja auch Bilder drauf, und die

habe ich ausgewertet, soweit ich mich entsinnen kann, ja.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit welcher Zielrichtung, also mit welcher Hypothese? Worum ging es da, als die Dinge sichergestellt und ausgewertet worden sind?

**Zeuge Georg Oswald:** Kann ich nicht mehr sicher sagen. Also, ich könnte mir vorstellen, dass es natürlich in die Richtung ging: Gibt es irgendwelche Fotos von Veranstaltungen zum Beispiel, wo bestenfalls ein Bild von Thomas F. und einem des Trios drauf ist oder ob da auch Bildmaterial von dieser besagten CD mit dabei ist? Ja. Aber das weiß ich nicht mehr genau.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also ging es im Wesentlichen um beides. Also, es ging sowohl um die Ermittlungen rund um diese CD, ob Thomas F. als Urheber infrage kommt, oder es ging halt eben auch um Verbindungen zum Trio?

**Zeuge Georg Oswald:** Ja.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das können Sie jetzt aber nicht mehr so im Detail erinnern, -

**Zeuge Georg Oswald:** Kann ich mich nicht erinnern, genau.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - was da sozusagen der Hauptansatz war, weswegen das BKA gesagt hat: „Das schauen wir uns jetzt an“?

**Zeuge Georg Oswald:** Trio war sowieso immer: Gibt es eine Verbindung dazu? -Und diese CD, ja, ich glaube, ja.

**Vorsitzender Clemens Binner:** Vielen Dank. - Ich will mit Blick in die Runde nur so das Fragepotenzial abschätzen. Ich habe noch zwei kurze Fragen; sonst gibt es bei uns keine mehr. - SPD keine.

(Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe noch etwas!)





## 3. Untersuchungsausschuss

- Also gut. Dann machen wir das auch.

Herr Oswald, ich habe nur zwei oder vielleicht sogar nur eine Frage. Sie haben auch mal überprüft, als es um das Thema - jetzt kommen wir nach Baden-Württemberg und Waffenspur - - eine Person P.

**Zeuge Georg Oswald:** Mhm.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Wie kamen Sie überhaupt auf diesen Ansatz, da zu ermitteln und die Person zu befragen, oder die dann in der Folge noch durchgeführten Vernehmungen von weiteren Leuten, zum Teil aus der rechten Szene?

**Zeuge Georg Oswald:** Ja. - Es ging darum, dass er als potenzieller Waffenlieferant für das Trio infrage kommt.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** P.?

**Zeuge Georg Oswald:** P.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Und wie kam man darauf? Wissen Sie noch, wer - -

**Zeuge Georg Oswald:** Das versuche ich gerade zu rekapitulieren. Es gab nämlich eine Zeugenaussage - ich weiß nicht mehr, von wem -, der gesagt hat, er hat eine Waffe bekommen von einem P. So hat er ihn genannt. Und dann haben wir versucht, mit diesem Namen jemanden rauszufinden, der da infrage kommt. Einen P. gibt es nicht. Wir sind aber auf diesen P. gekommen, was sich dann bestätigt hat, dass diese Person damit wohl gemeint ist. Und dann haben wir ihn dazu vernommen, ja, mit der Zielrichtung: Weiß er was zu den Waffenlieferungen?

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Wo war der ansässig, die Person, in welchem Bundesland oder Region?

**Zeuge Georg Oswald:** In Baden-Württemberg, Region Ludwigsburg, glaube ich.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Hat der auch Bezüge nach Thüringen oder Sachsen gehabt,

oder wie soll der überhaupt zum Waffenlieferant werden?

**Zeuge Georg Oswald:** Der hat nicht direkt - - Also, der Verdacht war nicht, dass er direkten Kontakt mit dem Trio hatte, sondern über Zwischenhändler. Ich überlege gerade, wer der Zwischenhändler gewesen war.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Sven R. wahrscheinlich, Sven R.

**Zeuge Georg Oswald:** Ja, genau. R. ja.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Oder so, ja.

(Heiterkeit)

**Zeuge Georg Oswald:** Na ja, ich muss versuchen, die Namen zu rekapitulieren. - Das war der potenzielle Zwischenhändler. Und ob er Bezüge hatte in den Osten - ich kann mich nicht mehr entsinnen. Ich glaube, auf einer Veranstaltung hatten die mal ein Kontakt - -

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Also, wir haben Bezüge in den Akten nach Thüringen auch, die er dahin hatte.

**Zeuge Georg Oswald:** Ja, ja. Es gab die sogenannte Bustour nach Ungarn, glaube ich. Da war er auch mit dabei, wo man sagt: Okay, da gab es zumindest diese Busfahrt, wo er Kontakt hatte zu Umfeldleuten zu dem Trio.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Wie haben Sie ihn denn eingeschätzt? Sie haben ihn persönlich vernommen?

**Zeuge Georg Oswald:** Mhm.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Wie würden Sie sagen: Gehört der rechten Szene an oder gehört irgendeiner anderen Szene an oder ist einfach nur - -

**Zeuge Georg Oswald:** Also, ich glaube, der Mann ist für alles gut. Der gehört der rechten Szene an. Seine Rückentätowierungen sind da ein deutliches Indiz, nein, Beweis. Und ich glaube, dass er - - Also, ich traue ihm das durchaus zu, dass



## 3. Untersuchungsausschuss

der da in der Szene durchaus auch ein Standing hat, ja.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Aber die Waffenspur selber, was wurde aus der dann?

**Zeuge Georg Oswald:** Die ist - - Also, er hat dann jegliche Aussage verweigert, um sich auch selber nicht zu belasten, war für uns auch nicht mehr greifbar. Der ist gerade untergetaucht. Wir wissen den Aufenthaltsort auch nicht. Er ist auch zu Vernehmungen - - Ich glaube, es gab noch einen zweiten Termin, wo wir ihn noch mal vernehmen wollten. Da ist er dann gar nicht mehr erschienen, bilde ich mir ein; ich bin mir nicht mehr sicher. Ja, und die Waffenspur ist an der Stelle dann tot gewesen, ja.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Und die benannten Personen, die haben sich wie verhalten dazu, also die Zwischenhändler oder - - Haben die das bestätigt oder - -

**Zeuge Georg Oswald:** Die haben gemauert. Also, da sind wir nicht mehr weitergekommen.

Es gab noch eine weitere Person, da versuche ich - - Die hatte der ■■■P. benannt als - - In seiner ersten Vernehmung hatte er die benannt als sein Bezug quasi. Er hätte den Kontakt hergestellt zwischen - -

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Dieser „Voki“?

**Zeuge Georg Oswald:** „Voki“, genau. Zwischen „Voki“ und Sven R. Das hat er uns in der ersten Vernehmung genannt. Wir haben dann versucht, diesen „Voki“ zu ermitteln, und haben tatsächlich dann auch eine Person da zuführen können. Der hat in seiner Vernehmung das abgestritten, und das aus meiner Sicht auch glaubhaft. Also, es wirkte eher so, dass der ■■■P. ihn da ein bisschen ins Fenster gehängt hat.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Aha. - Und dann haben wir noch gefunden, dass Sie mal aufgrund einer Verkehrskontrolle von ■■■P., die am 26. April 2015, also gar nicht so lange her, im Bereich Ludwigsburg stattfand, dort noch mal mit den Kollegen telefonisch Rücksprache gehalten

haben. Da hat mich jetzt einfach noch mal interessiert: Wie haben Sie von der Kontrolle überhaupt erfahren? Haben sich die Kollegen aus Ludwigsburg bei Ihnen gemeldet? Und was war der Grund dafür, dass Sie mit denen noch mal sprechen wollten, also mit den Polizeibeamten?

**Zeuge Georg Oswald:** Also, die haben sich bei uns gemeldet. Und ich wollte wissen - -

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Weil die wussten, dass Sie an der Person ermitteln oder - -

**Zeuge Georg Oswald:** Genau.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Weil sonst kommt man ja nicht unbedingt auf die Idee, zu sagen: Ich mache eine Verkehrskontrolle, und jetzt rufe ich das BKA an.

**Zeuge Georg Oswald:** Ich weiß nicht, ob das für die öffentliche Sitzung geeignet ist. Kann ich kurz Rücksprache halten?

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Ja, ja, können Sie kurz halten. Also, ich sehe eigentlich jetzt keine Bedenken. Aber machen Sie es gerne.

(Der Zeuge berät sich mit  
Vertretern der Bundesregierung)

Herr Oswald, ich will jetzt vielleicht auch die Spannung nicht ins Unendliche treiben und Ihnen ein bisschen helfen und einfach mal aus dem Aktenstück, das bei uns ja nicht eingestuft ist, ein bisschen vorhalten. Dann entscheiden Sie selber, wie weit Sie gehen können. Aber ich kann jetzt dem Aktenstück keine besondere Brisanz entnehmen, zumal es mir ja nur darum geht, wie die Kollegen dann auch wussten, dass sie Sie anrufen müssen. Das ergibt sich vielleicht aus dem Text. MAT A GBA-20/10. Ich lasse es Ihnen gleich vorreichen, dass Sie es auch selber sehen. Und da geht es eben um die Kontrolle von ■■■P., also eine klassische Verkehrskontrolle im April 2015. Und dann hier jetzt Zitat aus dem Vermerk von Ihnen:

Im Nachgang zu der Mitteilung  
des Polizeireviere Vaihingen bzgl.  
einer Verkehrskontrolle des ■■■P.



3. Untersuchungsausschuss

... wurde heute ... telefonische Rücksprache ... gehalten.

Sie mit einem Kollegen dann. Ich lasse es Ihnen mal vorbringen und dann - -

**Zeuge Georg Oswald:** Das ist - -

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Das ist klar.

**Zeuge Georg Oswald:** Ist klar.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Das brauchen Sie nicht.

**Zeuge Georg Oswald:** Ja.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Also deshalb, mich hätte jetzt nur interessiert: Kam die - - Das ist wahrscheinlich Vaihingen an der Enz, nicht Stuttgart-Vaihingen.

**Zeuge Georg Oswald:** Nein, nein, ist an der Enz.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Und kamen die Kollegen auf die Idee, weil davor gab es ja Ermittlungen durch das BKA im Bereich, dass die wussten: „Wenn wir den kontrollieren, wird es brisant“, oder gab es irgendwie einen anderen - ich will es mal ganz vorsichtig formulieren - - Gab es für die Kollegen eben auch eine Notwendigkeit, die sie aus dienstlichem Tun hatten, dass sie wussten: „Wenn wir jetzt den mal kontrollieren“ - Sie wollten ihn ja vernehmen -, „dann rufen wir zumindest das BKA an“? Kann man das so sagen?

**Zeuge Georg Oswald:** Ja, ich glaube, ja.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Okay. Dann weiß ich, worum es geht. - Aber haben Sie dann aus diesem - - Bei dieser Verkehrskontrolle heißt es nur, dass er aggressiv war - also offenkundig nicht nur jetzt bei Ihnen nicht mehr kooperativ - und sehr widerwillig kooperiert hat, und das war es dann. Mehr konnten die Kollegen da auch nicht in Erfahrung bringen?

**Zeuge Georg Oswald:** Ja, darum ging es mir halt. Weil der Inhalt der Mitteilung war sehr dürftig.

Also, ich glaube, da war noch nicht mal mehr ein Kennzeichen oder so was dabei.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Okay.

**Zeuge Georg Oswald:** Und ich wollte halt versuchen: Gibt es da noch mehr Infos, Kontaktpersonen?

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Um eine Chance für Sie zu haben: Können wir den vielleicht wieder vernehmen?

**Zeuge Georg Oswald:** Genau.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Daraus hat sich aber nie mehr ergeben so weit.

**Zeuge Georg Oswald:** Nein.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Okay. - Das war es bei mir für den Moment. - Und dann Frau Pau.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ja, Herr Oswald, ich möchte gern mit Ihnen noch mal nach Dortmund jetzt gehen. Ich habe hier in den Akten gefunden, dass Sie persönlich an zwei Vernehmungen von Sebastian S. beteiligt waren, im Dezember 2014 und im Januar 2015. Ich habe dazu einige Fragen.

Zunächst einmal: Haben Sie eine Erklärung dafür, warum zwischen den ersten Gesprächen, Vernehmungen des S. noch im Dezember 2011 und im Januar 2012 in Dortmund, also durch die örtliche Polizei, zur mutmaßlichen Herkunft von zwei Waffen im NSU-Komplex dann noch mal zwei Jahre vergingen, bis das BKA ihn vernommen hat?

**Zeuge Georg Oswald:** Das weiß ich nicht. Ich weiß nicht, was der Hintergrund war. Es könnte sein, dass es da Presseberichterstattung dazu gab, wo wir dann noch mal gesagt haben: Okay, da müssen wir noch mal einsteigen. - Ich weiß es nicht, warum diese Zeitspanne - -

**Petra Pau (DIE LINKE):** Für mich liest sich das - - Also, für mich stellt sich einfach die Frage: S. hat ja 2011/2012 doch Angaben gemacht.



3. Untersuchungsausschuss

Und wenn die zwei Jahre lang liegen bleiben und nicht weiterbearbeitet werden, dann habe ich da ganz große Fragezeichen, insbesondere zum Beispiel zum Thema Verbindungen zwischen Sebastian Seemann, Marko [REDACTED] und der Dortmunder „Combat 18“-Gruppe zu den belgischen „Blood & Honour“-Gruppierungen bzw. auch deren „Combat 18“-Gruppierung „Blut, Boden, Ehre und Treue“. Ist dazu noch weiter ermittelt worden? Sind da Akten der Staatsanwaltschaften, auch aus Belgien, beigezogen worden?

**Zeuge Georg Oswald:** Nein. Also, da kann ich mich nicht dran entsinnen. Also, ich habe keine Akten aus Belgien beigezogen.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Wissen Sie, ob überhaupt in diesem gesamten Komplex nach den Erkenntnissen, die man aus den ersten Vernehmungen von S [REDACTED] hatte, auch ausländische Zeugen gehört wurden?

**Zeuge Georg Oswald:** Nein. Also, ist mir in den Akten nichts untergekommen, kann ich mich auch nicht dran erinnern.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ich habe eben auch nichts gefunden, obwohl ich es nahe liegend finden würde, die Verbindungen zwischen den Dortmunder „Combat 18“-Truppen und übrigens auch bayerischen Gruppierungen zu diesen belgischen Gruppierungen aufzuklären. Immerhin wurden bei der belgischen Gruppe 200 Waffen, Sprengstoff, eine fertige Rucksackbombe und Anschlagpläne gegen prominente Migranten sicher gestellt. Und wir wissen aus unseren bisherigen Erkenntnissen, dass es wechselseitig immer wieder Treffen zwischen den Aktivisten dieser Gruppen gab und auch Verabredungen, wechselseitig, ich nenne es mal vorsichtig, tätig zu werden mit diesen Gerätschaften.

**Zeuge Georg Oswald:** Also, ich weiß aus der Vernehmung von dem Herrn S [REDACTED] dass es eine Gruppe - - also dass a) ein reger Austausch zwischen belgischen und deutschen Truppen gerade so im Raum Dortmund wohl stattgefunden hat. Es gab auch die Bestrebungen, so eine, ich nenne es mal, Terrorgruppe zu gründen. Aber das ist gefloppt. Ich weiß nicht mehr genau, woran es lag. Es waren dann eher so persönliche Gründe, dass

der eine dann doch nicht - - Also, er hat den Mund eher groß aufgemacht. Aber wenn es dann auch darum ging, zu handeln, dann waren sie doch ein bisschen kleinlaut. Aber ein Teil, ja, weiß ich das nicht mehr. Ich glaube, da war auch der [REDACTED] - - soll da mit bei gewesen sein, ja.

(Irene Mihalic (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Marko!)

**Petra Pau (DIE LINKE):** Marko, nicht [REDACTED] Nicht, dass wir jetzt hier Gerüchte in die Welt setzen.

(Heiterkeit)

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Ich meine, er hat zwar keine Show mehr im Fernsehen, aber so verzweifelt wird er nicht sein.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Für die Journalistinnen und Journalisten: -

**Zeuge Georg Oswald:** Marko [REDACTED]

**Petra Pau (DIE LINKE):** - Marko [REDACTED] - Gut, danke.

Ich bleibe mal in Dortmund. Wir wissen, dass im Rahmen des „Landser“-Verfahrens bei Thomas Starke im Winter 2000 ein sogenanntes Casio-Adressbuch gefunden wurde. Wir finden das in MAT A SN-2/3-13. Und in diesem Adressbuch findet sich ein Eintrag mit einer Handynummer und dem Stichwort „Oidoxie“. Hintergrund: Also, Starke hat 1998 bis 2000 in Neuenrade bei Dortmund gearbeitet. Deswegen interessiert mich das jetzt. Hat das BKA jemals ermittelt, welchem Bandmitglied diese Telefonnummer zuzuordnen ist, die Starke da in seinem Telefonbuch hatte?

**Zeuge Georg Oswald:** Nein, kann ich mich nicht erinnern. Also, ich habe es nicht ermittelt. Und - - Ja, ist mir nicht bekannt.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Wir finden in den TKÜs der Zielfahnder des Landeskriminalamtes Thüringen unter anderem zwei SMS, die Thomas Starke während eines Aufenthalts in Neuenrade



bei Dortmund gewechselt hat. Thomas Starke schrieb am 25. August 1998:

Bin gestern Nachmittag mal hier ein Stück gelaufen, nur Türken, da fällt dir nichts mehr ein.

Dann kommt die Antwort von einer nichtidentifizierten Person, offenbar aus seinem Freundeskreis in Chemnitz:

Isses so schlimm mit den Kanaken? Da weiß man ja, wo als Nächstes mal aufgeräumt werden muss.

Jetzt wieder die Antwort von Starke:

Ist total extrem, da ich meist lang arbeite, bekomme ich es gar nicht so mit und dazu isses noch eine Kleinstadt, aber wenn man sich mal umschaut, gute Nacht. Pascha.

MAT A TH-1/8, Seite 410 bis 412.

Hat das BKA Herrn Starke jemals dazu, zu diesem SMS-Wechsel, genauer befragt oder aber auch überhaupt zu seinen Kontakten auch und Arbeitserlebnissen in Dortmund?

**Zeuge Georg Oswald:** Das ist mir nicht bekannt.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Dann eine vorletzte Frage. In den Ausspähnotizen des Kerntrios, die im Brandschutt der Frühlingsstraße gefunden wurden, spielt Dortmund eine wichtige Rolle. Auf dem Stadtplan von Dortmund ist im Bereich der Nordstadt, wo auch die Mallinckrodtstraße und der Kiosk von Mehmet Kubasik liegen, ein handschriftlicher Vermerk: „Wohngebiet wie in Mülheim/Köln“. Die KTU des BKA hat festgestellt, dass diese Handschrift sich von den anderen, die dem NSU-Kerntrio zugeordnet werden, unterscheidet. Wissen Sie, ob diese Handschrift inzwischen irgendeiner Person zugeordnet werden konnte?

**Zeuge Georg Oswald:** Nein, weiß ich nicht.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Können Sie uns sagen, ob jemals Schriftprobenvergleiche mit Dortmunder Nazis wie [REDACTED] oder Marko [REDACTED] angeordnet wurden?

**Zeuge Georg Oswald:** Kann ich mich nicht erinnern.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Und dann - -

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Können Sie noch mal die Fundstelle für diese - - Auch wo man die Notiz selber sehen kann. Haben wir die in den Akten, oder ist nur das grafologische Gutachten, das über die Notiz?

**Petra Pau (DIE LINKE):** Genau. Wir haben also meines Erachtens nur das Gutachten. Aber ich reiche es gleich noch mal nach.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Okay.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Dann komme ich zu einer anderen Person, die heute schon in der ersten Zeugenbefragung eine Rolle gespielt hat, nämlich Siggie Borchardt, auch „SS-Siggie“ genannt. Dieser wohnte zur Tatzeit, also zum Mord an Mehmet Kubasik, in der Mallinckrodtstraße 160, also in unmittelbarer Nähe des Tatortes. Ist Siggie Borchardt jemals geladen worden und offiziell befragt worden?

**Zeuge Georg Oswald:** Weiß ich nicht.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Also, wir haben nichts gefunden. Deswegen erhoffte ich mir jetzt hier einen Hinweis.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Ich weiß nicht, wie viele Fragen noch in petto sind, aber - -

**Petra Pau (DIE LINKE):** Eine.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Dann würde ich es einfach noch zulassen. Dann ist es dann für Sie um, ja? - Okay.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Wenige Tage vor dem Mord an Herrn Kubasik, in der Nacht vom 30. auf den 31. März 2006, wurde ein Brandanschlag auf das türkische Kulturzentrum in der Dortmunder



## 3. Untersuchungsausschuss

Nordstadt verübt. Das liegt in der Westhoffstraße, also auch wieder unweit vom Tatort. Dieses Zentrum finden wir auch in den Ausspähnotizen aus der Frühlingsstraße. Können Sie uns sagen, ob es jemals Befragungen von Besuchern oder auch den Betreibern des Zentrums gegeben hat, zum Beispiel ob sie in den Tagen vor dem Brandanschlag Beobachtungen von verdächtigen Personen gemacht haben?

**Zeuge Georg Oswald:** Also, im Rahmen der BAO „Trio“ glaube ich nicht, ist mir nichts untergekommen.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ja, wir haben eben auch nichts gefunden. Und ich will für mich nur zusammenfassen, dass sich für mich die Frage stellt - nicht an Sie persönlich, wie gesagt -, warum man eben diesen Dingen nicht nachgegangen ist, sondern sich immer wieder nur auf das NSU-Kerntrio dann konzentriert hat und damit eben die möglichen Unterstützernetzwerke nicht weiter versucht hat aufzuklären, national wie übrigens auch international. Deshalb meine Fragen auch zu den belgischen Verbindungen. - Danke.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Ja, Frau Rüthrich, eine Nachfrage.

**Susann Rüthrich (SPD):** Noch eine kleine Frage zu der BKA-Vernehmung zu Sebastian [REDACTED]. Er hat da angegeben, *Die Turner-Tagebücher* selbst gelesen zu haben. Und er gibt weiterhin an, dass er vermutet, die Zschäpe-Truppe, so sagt er da, dass die das ebenfalls gelesen haben, da das Handeln ja Parallelen aufweist, weil darin der führerlose Widerstand in Untergrundzellen propagiert wird. Er erkennt das, weil er es selber gelesen hat. Ist Ihnen das bekannt, oder haben Sie mit ihm darüber gesprochen? Und sind Ihnen *Die Turner-Tagebücher* bekannt, und ist Ihnen sozusagen das Konzept dann, was dahintersteht und was die rechte Szene offensichtlich ja dekodieren konnte, als die Taten dem Konzept zuordnen - - Wie ist das dann bei Ihnen gewertet worden?

**Zeuge Georg Oswald:** Also, ich weiß, dass wir in diesem Zuge *Die Turner-Tagebücher* auch ausgewertet haben und die auch gelesen haben. Ob die

jetzt als, ich nenne es jetzt mal, Blaupause gedient haben, das - - Also, keine Ahnung, kann sein, kann nicht sein.

*Die Turner-Tagebücher* haben ein bisschen eine andere Zielrichtung, wenn ich mich richtig erinnere. Da ging es eher um die Rassenunterschiede in Richtung Schwarze. Und da hat sich das Trio ja unterschieden, dass sie es jetzt nicht auf die Schwarzen abgesehen haben und auf afrikanischstämmige Leute, sondern offenbar auf arabischstämmige Leute. Insofern - ja, ist das Prinzip vielleicht dasselbe, die Zielrichtung eine andere. Ich kann es nicht sagen, ob das als Vorlage gedient hat. Das müsste man Frau Zschäpe mal fragen.

**Susann Rüthrich (SPD):** Na ja, es ist ja eher das Konzept, also aus rassistischen Gründen sozusagen jeweils scheinbar marginalisierte Opfergruppen aus dem Untergrund heraus, eben unter der Wahrnehmungsschwelle der Mehrheitsgesellschaft anzugreifen, auch in der Hoffnung, dass dann die Gegenbewegung sozusagen oder der Aufschrei geringer ist, weil es ja quasi unter der Wahrnehmungsschwelle vielleicht bleibt. Also, so verstehe ich das zumindest, das Konzept.

**Zeuge Georg Oswald:** Also, *Die Turner-Tagebücher* richten sich in dieser Schilderung ja auch sehr stark gegen den Staat, also staatliche Strukturen zu zerstören und eigene durchzusetzen. Das hat sich ja nicht nur gegen andere Gruppierungen in der Bevölkerung gerichtet, sondern auch gegen den Staat, eigene Gesetze durchdrücken. Insofern sehe ich da einen Unterschied zum Trio, dass die halt, auch in ihrem Bekennervideo, sich nicht in allererster Linie gegen den Staat gerichtet haben, sondern es ging gegen eine bestimmte Gruppierung in der Bevölkerung. Also, ja - - Spekulativ.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Bevor wir jetzt zu sehr in gegenseitige Wertungen abgleiten, glaube ich: Wenn der Zeuge sagt, er hat es so gelesen, dann kann man es dabei belassen.

Ich will aber nur den Hinweis geben, dass natürlich im Bekennervideo zumindest die Tat in Heilbronn, die sich gegen den Staat gerichtet hat, ja auch eine Rolle spielt, wenn auch anders dargestellt, und dass natürlich auch im NSU-Brief sehr



deutlich gemacht wird, dass eben die Strukturen mit Gewalt geändert werden sollen. Also, insofern ist es ideologisch, glaube ich, schon eine höhere Übereinstimmung. Ob es eine Blaupause war für die konkreten Taten, darüber kann man dann in der Tat weit auseinander spekulieren.

Frau Mihalic.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank. - Herr Oswald, Sie waren auch mit der Vernehmung zusammen mit Frau Pflug am 01.09.2015 von [REDACTED] befasst. Können Sie sich daran erinnern, im Zusammenhang Keupstraße?

**Zeuge Georg Oswald:** War das in Güstrow?

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kann ich Ihnen jetzt nicht beantworten. Aber es ging wohl um den Zusammenhang, dass das BfV in einem Vermerk halt eben [REDACTED] erwähnt hat im Zusammenhang mit dem Anschlag in der Keupstraße.

Ich will eigentlich auf einen anderen Punkt bei dieser Vernehmung hinaus. Also, zumindest ist es aktenkundig, dass Sie an der Vernehmung beteiligt waren. Und es gibt einen Aspekt da in der Vernehmung. Etwas ungewöhnlich ist daran - darauf möchte ich Sie ansprechen, und vielleicht erinnern Sie sich, wenn ich Ihnen das mal kurz schildere -: Herr Reinwardt ist gefragt worden - das findet sich in MAT A GBA-20/10, Ordner 48/54, Seite 12489 -:

Hatten Sie Kontakt zu der rechten Szene in andere Regionen Deutschlands? Und wenn ja, welche?

Die Antwort:

Wie gesagt, ich habe mich mal mit zwei Personen getroffen, die auch nicht aus Köln kamen. Einer ist immer beruflich in Deutschland rumgefahren. Ich meine, der hieß Thomas. Beim Nachnamen meine ich, dass er [REDACTED] hieß, kann das sein?

Und dann ist er halt eben noch weiter gefragt worden.

Was ich so ein bisschen - - Oder was mir halt eben aufgefallen ist oder ich mich gefragt habe: Wie kam Herr [REDACTED] darauf, ohne von Ihnen jetzt direkt nach Thomas R [REDACTED] gefragt worden zu sein, diesen Namen rauszuhauen im Zusammenhang mit rechter Szene, wenn es dabei um die Keupstraße ging? Also, irgendwie fehlt mir da so ein bisschen die Verbindung.

**Zeuge Georg Oswald:** Also, ich kann mich an die Vernehmung - - Ich versuche das gerade zu rekapitulieren, weil mit der Frau Pflug habe ich Vernehmungen gemacht, aber das waren nicht so viele.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich meine, ich frage das auch deshalb, weil Sie waren ja vorher auch mit der Person und mit den Ermittlungen, Durchsuchungen bei Thomas R [REDACTED] NSU-CD - - Das war ja vorher zeitlich, das war 2014. Und im Jahr 2015 machen Sie dann die Vernehmung mit Herrn [REDACTED] und dann taucht der Name Thomas R [REDACTED] wieder auf. Da ist eigentlich die Frage an Sie, ob Sie da irgendwie eine Verbindung hergestellt haben.

**Zeuge Georg Oswald:** Also, dass es sich um diesen Thomas R [REDACTED] handeln könnte, nehme ich jetzt mal an, ja. Also, wie gesagt: Ich kann mich nicht dran entsinnen, auch was dann in der Folge davon irgendwie unternommen wurde; weiß ich nicht.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann möchte ich noch einmal kurz - das ist dann auch zumindest von mir die letzte Frage; Frau Lazar hat dann noch eine Frage - an die Vernehmung Marko C [REDACTED] anknüpfen. Das ist ja vorhin schon mal so ein bisschen gefragt worden. Da findet sich von Ihnen eine Notiz in den Akten. Auch hier nenne ich mal die Fundstelle. Das ist MAT A GBA-20/10, Ordner 38 von 54, Seite 10066, Notiz vom 27.02.2015. Und die Notiz von Ihnen lautet:

StA SCHMIDT entschied im heutigen Gespräch mit Unterzeichner, dass bei der Zeugenvernehmung



des C [REDACTED] keine BKA-fremden Kräfte dabei sein sollen.

An welche Kräfte hat der denn da gedacht?

**Zeuge Georg Oswald:** Kann ich mich im Detail nicht erinnern. Ich könnte mir vorstellen, dass wir - ja, C [REDACTED] - vielleicht Beamte mit zu der Vernehmung dazuziehen, die ihn vielleicht aus früheren Ermittlungen kennen.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Polizeibeamte?

**Zeuge Georg Oswald:** Polizeibeamte, ja, ja. Also, aus der Szene, die von der örtlichen Staatsschutzdienststelle sind und die ihn deswegen vielleicht kennen könnten. Das wäre jetzt eine mögliche Erklärung.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber kam es denn öfter vor, dass neben den vernehmenden Personen sowie dem Rechtsbeistand der zu vernehmenden Person auch noch Vertreter anderer Behörden beteiligt waren?

**Zeuge Georg Oswald:** Nein, das ist nicht - - also, das ist auf keinen Fall die Regel. Ich glaube, dass man in diesem Fall vielleicht daran gedacht hat, weil der - Marko? - C [REDACTED].

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Marko.

**Zeuge Georg Oswald:** - ja recht polizeiaffin ist und da sehr firm im Umgang, ob man da nicht jemanden nimmt, wo er vielleicht auch ein Kennverhältnis schon hat, was vielleicht förderlich sein könnte während der Vernehmung, dass er mehr sagt. Ich weiß es nicht.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. Aber wieso hat dann der Staatsanwalt erklärt, also ausdrücklich erklärt - ich meine, das war für Sie Anlass, darüber diese Notiz anzufertigen -, dass da auf keinen Fall BKA-fremde Personen dabei sein sollen? Also, da ging es ja gerade nicht darum, jemanden dabeizuhaben, der Marko C [REDACTED] kennt, der etwas über diese Person sagen kann, der ihn einschätzen kann. Also, gerade das sollte ja nicht passieren.

**Zeuge Georg Oswald:** Ja, das war vielleicht mein Ansatz, das als Möglichkeit vorzuschlagen. Die Begründung, warum der Herr Schmidt das dann so entschieden hat, das weiß ich nicht. Also, ich kann mich auch an diese Notiz nicht mehr erinnern. Aber - -

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. Gut.

**Monika Lazar (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dann hätte ich noch zwei kleine Fragen, und zwar bezüglich des in der Frühlingsstraße 26 in Zwickau aufgefundenen Personalausweises von Sascha [REDACTED]. Dieser wurde ja am 25.11.2010 als verloren gemeldet. Und vom Zusammenhang her war der Sascha [REDACTED] der Ehemann von [REDACTED] [REDACTED] die Beate Zschäpe das Handy - -

**Vorsitzender Clemens Binninger:** E [REDACTED]

**Monika Lazar (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Bitte?

**Vorsitzender Clemens Binninger:** E [REDACTED]

**Monika Lazar (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Was habe ich gesagt?

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Heißt die nicht E [REDACTED] [REDACTED] oder heißt die [REDACTED]

**Zeuge Georg Oswald:** E [REDACTED]

**Vorsitzender Clemens Binninger:** E [REDACTED] [REDACTED] heißt sie, nicht [REDACTED]

**Monika Lazar (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** E [REDACTED] [REDACTED] Entschuldigung, ja. - Wo dann eben das Handy, was dann Frau Zschäpe benutzt hat - - Und Sie waren da ja, sage ich mal, mit daran beteiligt. Fundnummer ist MAT A GBA-20/10, Ordner 36 von 54, Seiten 9580 bis 89, die Vernehmungen von Frau und Herrn [REDACTED]. Haben Sie eigentlich auch mal überprüft, ob von dem Personalausweis auch Versandkäufe getätigt wurden?

**Zeuge Georg Oswald:** Ja, also, wir haben mit diesem Ausweis versucht: Gibt es Möglichkeiten,





## 3. Untersuchungsausschuss

dass auf den Namen [REDACTED] irgendwelche Bestellungen vorgenommen wurden? Nun ist dieser Ausweis für eine Bestellung im Internet nicht zwingend notwendig. Also, ich wüsste gerade spontan nicht, wo man einen Ausweis braucht. Aber wir haben trotzdem versucht: Okay, mit diesen Personalien könnte ja irgendwo ein Konto bestehen, ja. Da haben wir eine bestimmte Auswahl an Versandhäusern genommen. Da haben wir uns an vorherigen Ermittlungen schon mal orientiert, weil das ist ja - - Da stochert man so ein bisschen im Blauen.

**Monika Lazar** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.

**Zeuge Georg Oswald:** Und man versucht da einfach irgendwie eine Auswahl zu treffen: Wo könnten möglicherweise Ausrüstungsgegenstände zum Beispiel herkommen für Bombenbau oder Ähnliches?

**Monika Lazar** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und kam da irgendwas raus, was für Sie irgendwie - in Anführungsstrichen - passend gewesen wäre?

**Zeuge Georg Oswald:** Nein.

**Monika Lazar** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also da verlief die Spur, da war nichts.

**Zeuge Georg Oswald:** Die Spur verlief. Also, es kam jetzt nichts raus, wo man sagt: Okay, man nimmt an, dass der Ausweis missbräuchlich und die Daten missbräuchlich verwendet wurden. Lieferadresse war meinem Erinnern nach auch immer eine Wohnadresse von dem Herrn [REDACTED]. Es wurde jetzt nicht irgendwie mal an ein Postfach oder so was zugestellt oder eine andere Adresse.

**Monika Lazar** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann gibt es ja von Ihnen einen Vermerk vom 02.02.2015. Das ist MAT A GBA-20/10. Also, wie gesagt, das ist dieselbe Fundstelle wie vorhin, nur die Seite 9558, wo Sie schreiben, dass Herr [REDACTED] keine schlüssige Erklärung hatte, wie der Ausweis in die Frühlingsstraße gelangt ist. Können Sie sich da vielleicht noch dran erinnern?

**Zeuge Georg Oswald:** Also, ich habe Herrn [REDACTED] nicht vernommen.

**Monika Lazar** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben den Vermerk geschrieben.

**Zeuge Georg Oswald:** Ja, ich habe den Vermerk unterschrieben. Das ist dann eher - - Ja, das ist eine Reproduktion aus den Akten gewesen. Herr [REDACTED] wurde vernommen dazu, von anderen Kräften, zu diesem Personalausweis, und da konnte er das nicht erklären, wie dieser Ausweis in die Frühlingsstraße gekommen ist, ja.

**Monika Lazar** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

(Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe noch eine Minifrage!)

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Zum Gleichen?

(Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, an denselben Zeugen!)

- Aber nicht zur gleichen Person jetzt?

(Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein!)

- Dann hätte nämlich ich noch eine. - Hat dieser Herr [REDACTED] soweit ich mich erinnere, Bezüge gehabt nach Baden-Württemberg?

**Zeuge Georg Oswald:** Das weiß ich nicht. Also, das weiß ich nicht. Also, ich war auch nicht Personensachbearbeiter von diesem Herrn [REDACTED]. Ich habe mich das erste Mal intensiv damit beschäftigt, als es um diese möglichen missbräuchlichen Nutzungen von dem Personalausweis ging.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Okay. - Also, dann will ich es Ihnen jetzt auch nicht vorhalten. Aber ich hatte eben in Erinnerung, dass er a) mit Geburtsnamen einen anderen Namen hatte.

**Zeuge Georg Oswald:** Ja.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** [REDACTED] glaube ich, gell?

**Zeuge Georg Oswald:** Ja.



**Vorsitzender Clemens Binninger:** Und dann stammte er aus der Gegend von Heilbronn.

**Zeuge Georg Oswald:** Okay.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Okay.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich habe noch eine winzige Frage, Herr Oswald. Als ich Sie vorhin nach Marko [REDACTED] und der Vernehmung gefragt habe, sagten Sie, dass es durchaus schon mal vorkam, dass Vertreter anderer Behörden bei Vernehmungen dabei waren. Waren da auch Vertreter von Nachrichtendiensten mal anwesend, oder waren es ausschließlich Polizeibeamte?

**Zeuge Georg Oswald:** Nein, also Nachrichtendienste auf keinen Fall. Wenn wir eine polizeiliche Vernehmung machen, dann ist das eine polizeiliche Vernehmung.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Danke.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Dann sind wir durch.

Herr Oswald, ich darf Sie nochmals darauf hinweisen, dass Ihnen nach Fertigung des Protokolls dieses für mögliche Korrekturen vom Sekretariat übersandt wird.

Des Weiteren bin ich nach § 26 Absatz 3 PUAG gehalten, Sie zum Ende Ihrer Vernehmung darauf hinzuweisen, dass der Untersuchungsausschuss durch Beschluss feststellt, dass die Vernehmung des Zeugen abgeschlossen ist. Die Entscheidung darf erst ergehen, wenn nach Zustellung des Vernehmungsprotokolls zwei Wochen verstrichen sind oder auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet worden ist. Also, Sie werden irgendwann in den nächsten Tagen das Protokoll erhalten. Wenn wir dann zwei Wochen lang nichts von Ihnen hören, gehen wir davon aus, dass wir Sie an jeder Stelle richtig verstanden haben.

Dann darf ich mich herzlich für Ihr Kommen bedanken, wünsche einen guten Rückweg zum BKA und unterbreche die Sitzung für eine Pause bis 15.20 Uhr. Dann geht es hier weiter.

(Unterbrechung von 14.29  
bis 15.28 Uhr)



## 3. Untersuchungsausschuss

**Vernehmung der Zeugin  
Dinchen Büddefeld**

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Verehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die unterbrochene Sitzung wieder, und wir fahren fort mit der Vernehmung von Frau Büddefeld.

Vorneweg stelle ich fest, dass die Zeugin Büddefeld von einem Zeugenbeistand begleitet wird. Ich darf den Beistand bitten, sich dem Ausschuss kurz vorzustellen.

██████████ Rechtsanwalt ██████████  
██████████ aus Berlin. Guten Tag!

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Herr ██████████ vielen Dank. Ich muss Sie darauf aufmerksam machen, dass Sie den Zeugen zwar beraten dürfen, Ihnen selbst jedoch kein Rede- oder Frage-recht zusteht. Insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten während ihrer Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls können Sie oder Ihr Mandant eine kurze Unterbrechung zum Zwecke der Beratung mit Ihnen beantragen.

Dann beginnen wir mit der Vernehmung. Frau Büddefeld, nachdem ich Ihnen bereits den Gegenstand der Vernehmung erläutert, Sie zur Wahrheit ermahnt und belehrt habe, kommen wir zunächst zur Vernehmung zur Person. Ich darf Sie zunächst bitten, uns noch mal Namen, Vornamen, Alter, Beruf und Dienstort zu nennen.

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Mein Name ist Dinchen Franziska Büddefeld. Ich bin 54 Jahre alt und arbeite im Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Vielen Dank. - Dann kommen wir zur Vernehmung zur Sache. Frau Büddefeld, ich hatte es ja vorhin gesagt bei der Belehrung: Wenn Sie möchten, hätten Sie zunächst Gelegenheit, im Zusammenhang zum Untersuchungsgegenstand vorzutragen. Wenn Sie das nicht möchten, würden wir gleich mit Fragen beginnen. Sie entscheiden. Wie sollen wir verfahren?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Ich würde um die Fragen bitten.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Okay. - Dann beginnen wir. Ich frage zunächst als Vorsitzender ein paar Dinge, die mich interessieren, und dann beginnen die Fraktionen. Wenn ich als Vorsitzender beginne, haben wir ein bisschen eine andere Reihenfolge; nur, dass oben keine Missverständnisse entstehen. Dann geht es anschließend direkt zur Fraktion Die Linke und Frau Pau.

Frau Büddefeld, Sie waren beim BfV Leiterin Abteilung Rechtsextremismus?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Ja.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Von wann bis wann?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Vom 1. Januar 2012 bis zum 02.04.2015.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Wo waren Sie davor, vor 2012?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Ich bin seit 2009 im BfV und war zwischen 2009 und 2012 hier in Berlin im Bereich Islamismus als Gruppenleiterin tätig. Und seit 1992 überhaupt bin ich im öffentlichen Dienst und war die ganze Zeit dazwischen im BKA, also 1992 bis 2009.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Hatten Sie irgendwann mal während Ihrer beruflichen Zeit davor schon enger oder länger auch mit dem Thema Rechtsextremismus zu tun?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Überhaupt nicht.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Überhaupt nicht. - Und der Wechsel dann aus dem Bereich Islamismus innerhalb des BfV zum Bereich Rechtsextremismus, war das ein eigener Wunsch, oder war das Folge von Organisationsveränderungen, dass man eben dann auch mal wechseln muss, oder was war so ein bisschen der ausschlaggebende Moment für Sie, eine neue Aufgabe anzutreten?



## 3. Untersuchungsausschuss

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Das spielte sich noch ein ganz bisschen anders ab. Ich hatte mich damals für eine andere Abteilung beworben, erfolgreich beworben, war allerdings aus Berlin noch nicht nach Köln umgesetzt worden. Dann geschah halt im November 2011 das Aufkippen des NSU mit all seinen Folgen. Und daraufhin wurde ich von der Amtsleitung gefragt, ob ich mir auch vorstellen könnte, die neue Abteilung II - das war ja damals dann die neue Abteilung Rechtsextremismus - zu übernehmen statt der Abteilung, die ich eigentlich hätte übernehmen sollen, und da habe ich dann zugesagt.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Und dann war ab 2012 das Ihre Funktion?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Ja. Da bin ich zum 2. Januar dann nach Köln umgesetzt worden in die neue Funktion.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Diese neue Abteilung Rechtsextremismus war vorher - - Wie hat die vorher ausgesehen, also vor Ihrer Zeit? Also, was war neu an der?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Dass sie nur mit Rechtsextremismus zu tun hatte. Die alte Abteilung II, wenn man das so bezeichnen möchte, hatte beide Phänomene, Rechtsextremismus und Linksextremismus. Und aufgrund der Ereignisse und der Umorganisation trennte man das damals oder hatte man das damals getrennt, und Rechtsextremismus stand dann als Phänomen wieder alleine für eine Abteilung.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Okay. - Es wäre jetzt nicht übertrieben, zu sagen - deshalb habe ich jetzt diese persönlichen Daten etwas genau, chronologisch abgefragt -, also in Ihrer bisherigen Berufszeit hatten Sie mit THS, Suche nach dem Trio, all dem, was irgendwie mit NSU, den man damals noch nicht kannte, bis zum Auffliegen - - nichts zu tun.

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Gar nichts.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Gar nichts. - Und was waren dann die ersten Berührungspunkte in der neuen Abteilung?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Jetzt im Kontext NSU oder - -

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Genau, ja. Also, nicht allgemein, was Sie in der Abteilung gemacht haben, sondern zum Untersuchungsgegenstand. Sie haben dann diese neue Abteilung, die man als Folge, ja, des Versagens und der Fehler und anderer Dinge ja wieder etabliert hat, übernommen. Und was hatten Sie dann für eine Aufgabe, wenn es jetzt um die Aufklärung der NSU-Verbrechen ging?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Ich bin ja, wie gesagt, zum Anfang des Jahres 2012 umgesetzt worden. Die neue Abteilung II, wenn wir dabei bleiben wollen, wurde dann zum 1. Februar des Jahres ins Leben gerufen. In der Zwischenzeit hatte ich dann auch die Leitung der alten Abteilung tatsächlich noch inne. Das heißt, ich hatte auch noch vier Wochen den Linksextremismus mit dabei. Da gab es aber dann interne Absprachen, dass das schon auch anders geregelt wurde, also nicht so richtig mehr in meine Zuständigkeit fiel. Das war auch in Ordnung so, weil ich sie ja ohnehin vier Wochen später abgeben musste, also den Bereich Links.

Mit dem NSU-Komplex bin ich quasi vom ersten Tag an in Berührung gekommen, als ich umgesetzt worden war, und zwar in Form der Lageorientierten Sonderorganisation, die die alte Abteilung II ja bereits wenige Tage nach dem Entdecken des NSU ins Leben gerufen hatte. Ich habe das dann einige Wochen zunächst mal begleitet und, ich darf mal sagen, gelernt, geguckt: Was ist da eigentlich los? Ich habe - das kann ich jetzt gar nicht mehr so ganz genau sagen - zum 01.02., glaube ich, oder Mitte Februar das dann dem bisherigen Leiter abnehmen können und habe die LoS dann selber geleitet, bis zu ihrer Auflösung.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Wann wurde die aufgelöst? Wissen Sie das?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Im April 2012.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Also nach drei Monaten etwa schon wieder aufgelöst? Also, November, war ein bisschen länger, aber - -



## 3. Untersuchungsausschuss

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Ja. Also, 1. April war es wohl nicht, aber ich meine, April 2012, weil wir zu dem Zeitpunkt die Informationen, die wir im Hause hatten, oder die Fragen, die zu beantworten waren, um festzustellen: „Was haben wir tatsächlich gewusst/nicht gewusst über das Trio oder über die drei Personen, über das Trio, das Abtauchen und dann das Entstehen und die Straftaten des NSU - - Da waren wir zu dem Zeitpunkt so gut wie fertig, sicherlich nicht ganz fertig, weil immer wieder Nachfragen kamen, aber fertig, sodass also diese große Organisation neben der Linienorganisation nicht mehr erforderlich war.

Wir haben das dann in eine Projektgruppe NSU überführt und diese Projektgruppe dann in der Regelorganisation weiterlaufen lassen, wo natürlich auch noch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterhin damit beauftragt waren, eben anstehende Fragen oder Recherchen oder was auch immer nötig war, dann im Rahmen des NSU zu machen.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Jetzt waren Sie ja ab Januar 2012 überhaupt das erste Mal in Ihrer beruflichen Laufbahn mit dem Thema Rechtsextremismus befasst und dann in der Folge dessen auch mit dem Thema NSU. War denn Ihr nachgeordneter Bereich, also die Führungskräfte, die Ihnen unmittelbar zugeordnet sind - ich weiß nicht, ob das Unterabteilungsleiter, Gruppenleiter, wie es dann dort heißt, oder Referatsleiter - - war das noch die gleiche Besetzung? Waren die erfahren? Konnten Sie da auf Erfahrung, auf Erfahrungswissen zurückgreifen, oder waren da irgendwie alle neu, neue Abteilung, keiner kennt sich so richtig aus?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Nein, das Erstere war der Fall. Wir haben die Kräfte, die auch in der alten Abteilung II im Rechtsextremismus tätig waren - also, ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, zu 100 Prozent; das weiß ich schlicht nicht - - aber sehr, sehr viele davon sind erhalten geblieben. Ich hatte auch in meiner unmittelbar nächsten Funktionsebene, also bei den Referatsgruppenleitern, zwei Gruppenleiter aus dem Bereich des Rechtsextremismus und zwei neue, wenn ich das so sagen darf.

Und was viel wichtiger war: Der Unterbau, also die Sachbearbeiter und Sachbearbeiterinnen, die waren überwiegend oder - - ja, überwiegend auch in der neuen Abteilung verblieben. Und dadurch, dass die Abteilung ja stellenmäßig aufgewachsen ist, kamen natürlich neu die dazu, die angelernt werden - - also die sie einarbeiten mussten, so. Aber ich hatte, wenn Sie darauf hinauswollen - - . Das Erfahrungswissen in der Abteilung war schon noch da.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Eine der wichtigsten Fragen ja schlechthin, die wir zwar schon häufig gestellt haben und ja auch gewisse Befunde vorliegen, aber ich will sie Ihnen einfach auch noch mal stellen: Haben Sie jetzt irgendwann im Zeitpunkt dieser Lageorientierten Sonderorganisation, also wo es um den NSU ging, wo es darum ging: „Was wissen wir über das Trio?“, haben Sie irgendwann mal Hinweise in den Akten oder bei den Mitarbeitern vorgefunden, wo Sie sagen würden: „Ja, es war doch was da, also man hätte - - Oder ist für Sie der Befund nach wie vor: „Außer ein paar wenigen Treffern, die zum Teil aus den 90er-Jahren herrühren, die wir kennen aus den Akten“ - Stichwort „Corelli“ und Erkenntnis natürlich zum „Thüringer Heimatschutz“, die es sicher in größerer Form gab -, „haben wir nichts gefunden, das Wissen beinhaltet zu dem Trio nach der Zeit des Untertauchens“, oder würden Sie sagen: „Doch, ein bisschen was gab es“?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Nein. Also, ich würde den Befund immer noch teilen, wie Sie das gerade auch ausgedrückt haben. Wir haben wirklich sehr gründlich recherchiert. Wir hatten ja sehr viele Kräfte damals auch im Einsatz, die tatsächlich geschaut haben, ob es Informationen zu den drei Personen, zu weiteren Kontaktpersonen gab, eben in Bezug zum NSU. Wir hatten zu den - - Also, die Namen könnte ich jetzt nicht mehr alle aufzählen. Aber wir hatten ja eine erhebliche Anzahl von Namen, die wir überprüft haben, und zwar immer vor dem Hintergrund: Haben die mit dem Trio/ - Schrägstrich - haben sie ab irgendeinem Zeitpunkt mit dem NSU irgendwie zu tun? Haben wir Informationen vorliegen gehabt, die wir möglicherweise übersehen haben oder falsch bewertet haben? Da würde ich immer noch den Befund teilen.



## 3. Untersuchungsausschuss

Aber Sie kennen ja auch die Dinge, die trotzdem dann in unseren Registraturen gefunden wurden, *Der Weisse Wolf*, wo der Hinweis auf den NSU damals drin war, oder viel später dann halt eben auch diese CD, um die es dann Jahre später beinahe schon ging. Aber das sind Dinge, die sind bei der Recherche - - *Der Weisse Wolf* ist ja bei der Recherche auch hochgekommen. Nur, der ist halt damals, als diese Information bei uns einging, offenbar - das muss ich aber jetzt wiederkäuen, weil das nicht meine Zeit war - eben so bearbeitet worden, wie es bearbeitet worden ist. Und es hat eben nicht dazu geführt, dass man NSU als Spur weiterverfolgt hat.

Und die CD, das war ja noch mal eine ganz andere Geschichte. Und auch dort gehen wir ja davon aus, nach den Auswertungen des BKA, dass auch diese CD mit dem eigentlichen, mit diesem NSU, diesem Trio nichts zu tun hat.

Also, wenn Sie so was sagen: Da sind natürlich Hinweise gewesen, Spuren gewesen, Informationen gewesen. Aber ich würde trotzdem immer noch die Bewertung abgeben, dass der Befund, den wir haben, stimmt, dass wir keine weiteren Anfassers gehabt hätten, um das Trio zu finden.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Gilt das auch für - jetzt mal losgelöst vom NSU und konkret den Namen Mundlos, Böhnhardt, Zschäpe - die Straftaten des NSU, also die damals so genannte Ceska-Mordserie, vor allem die Sprengstoffanschläge, oder waren da irgendwo zu diesen Taten mal Hinweise oder Akten vorhanden, wo man gesagt hat, das hätte vielleicht Richtung rechts gehen können, oder fundiert - -

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Wenn Sie mir erlauben, Herr Vorsitzender, da würde ich gerne sagen: Nachher ist man immer ein bisschen schlauer. Und Sie haben ja einen Zeugen gehört aus unserem Hause, der ja auch einen Vermerk gerade auch zur Keupstraße geschrieben hat, wo ja auch Bewertungen getroffen wurden. Das gab es. Aber ansonsten muss man wirklich feststellen: Dadurch, dass die Straftaten an sich nicht der politisch motivierten Kriminalität zugeordnet worden sind über die ganzen Jahre der Ermittlungen, ergab sich auch keine Zuständigkeit des Verfassungsschutzes. Das heißt, das Wissen, was in

meiner Behörde vorhanden war, das war eben Wissen, was mehr oder weniger zufällig oder bei der Erhebung anderer Informationen ins Haus kam und behalten werden durfte nach unseren Vorschriften, oder aber Allgemeinwissen, was jeder Bürger hätte haben können, weil die Polizeibehörden, insbesondere eben auch das BKA, nicht verpflichtet waren, uns zu beteiligen, weil keine Zuständigkeit bei uns gesehen wurde, weil es eben keine politisch motivierte Kriminalität war.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Wir hatten jetzt bei den ganzen Untersuchungen uns immer wieder mal diese Frage gestellt, und dann haben wir uns über das *BfV Spezial* unterhalten aus dem Jahr 2004 - „Die Gefahren des gewaltbereiten Rechtsextremismus“ heißt es, glaube ich -, wo ja eine Reihe von Neonazis aufgeführt sind, und darunter eben auch die damals sogenannten Jenaer Bombenbastler, die dann wohl so beschrieben werden: Die sind untergetaucht und seither polizeilich nicht mehr in Erscheinung getreten. - Den *Weissen Wolf* haben Sie selber schon angesprochen, die NSU-CD.

Und dann gab es noch einen Vorfall, wo ich Sie einfach fragen will. Das war alles vor Ihrer Zeit; also, dessen bin ich mir bewusst. Vieles, was wir vielleicht heute fragen, haben Sie nicht selber zu verantworten und war auch nicht in Ihrer Zeit, um es in der Deutlichkeit auch zu sagen. Aber Sie sind vielleicht - - haben ja Erkenntnis erlangt, weil Sie sich damit befassen mussten, weil Untersuchungsausschüsse nachgefragt haben, der GBA, das BKA, und da auch Wissen haben, wie man mit diesen Dingen umging.

Was uns hier im Ausschuss lange beschäftigt hat, im ersten schon: dass es einerseits das Phänomen gab, dass Verfassungsschutzbehörden sich bei dieser Mordserie oder bei den Taten des NSU, ich will mal so sagen, von alleine eigentlich selten gemeldet haben und auf Nachfrage nicht immer gleich geantwortet; jetzt mal ganz pauschal. Wir hatten da ein paar Beispiele, wo die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Verfassungsschutz wirklich nicht gut war.



Und dann gibt es einen Fall in der Verbrechen-serie, den Sprengstoffanschlag 2004 in der Keupstraße, da haben wir das Gegenteil erlebt - und sehr ungewöhnlich, wie wir fanden -, dass nämlich wenige Stunden nach der Tat, also noch gar nicht so richtig - - eine Sprengstoffexplosion war dann schon klar, abends gegen 18 Uhr - ein Mitarbeiter des BfV von sich aus gegen 19.50 Uhr bei der Polizei anruft und ganz dringend um einen Gesprächspartner aus dem LfV Nordrhein-Westfalen bittet. Also, diese Eigeninitiative nach so kurzer Zeit war völlig atypisch. Wir haben dann ja beide vernommen, den einen mit Fragenkatalog, den anderen in einer eingestuften Sitzung, waren hinterher nicht viel schlauer, warum dieser Anruf. In beiden Fällen waren es Referatsleiter aus dem Bereich Rechtsextremismus, also eine Spur, die man dort ja gerade noch nicht hatte am ersten Abend.

Sind Sie in Ihrer Zeit, wo Sie im Amt waren, mit diesem Vorgehen noch mal konfrontiert worden, und hat man Ihnen eine Erklärung dafür gegeben, warum so außergewöhnlich hier das BfV mal von sich aus über die Polizei - dann fällt es ja auch noch auf und stand ja im Einsatzprotokoll; so sind wir überhaupt erst drauf gekommen - den schnellen Kontakt zum LfV Nordrhein-Westfalen gesucht hat? Und beide Male waren es Referatsleiter aus dem Bereich Rechtsextremismus? Sind Sie danach mal irgendwie damit befasst gewesen, mit diesem Vorgang?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Also, dieser Vorgang ist mir bekannt, weil er mir genau so berichtet worden ist, wie Sie das jetzt gerade getan haben. Den Zeitpunkt könnte ich Ihnen jetzt auch gar nicht mehr nennen. Warum das damals so geschehen ist, da kann ich leider auch keinen Aufschluss zu geben. Das weiß ich nicht. Das habe ich aber, ehrlich gesagt, auch zu meiner Zeit nicht weiter erforscht.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Ich meine, was bei uns - aber das bleibt jetzt eine Hypothese, für die wir keine weiteren belastbaren Indizien gefunden haben - natürlich damals schon mit-schwang: Das *BfV Spezial* erscheint kurz danach - da wird das Trio genannt -; es gibt einen Anschlag; kurz nach dem Anschlag setzen sich Verfassungsschutzbehörden zusammen, ganz

schnell. Da war eben bei uns zumindest die Hypothese: Gab es vielleicht doch in irgendeiner Weise, wenn auch ganz vage - und es muss nicht mal NSU-Bezug haben -, Hinweise oder Warnungen auf einen Sprengstoffanschlag in Köln, den man nicht, wie so häufig vielleicht bei Hinweisen, konkretisieren konnte? Also, Ort und Zeit weiß man nicht, aber demnächst. Und dann passiert es tatsächlich, und dann entsteht aufgeregte Aktivität und schnell noch mal abstimmen. - Das war so die Hypothese. Das haben Sie nirgendwo mehr so belegt gefunden, oder dass Sie mal gesagt haben: „Ja, kann sein; weiß ich nicht“?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Weder noch. Aber wir müssten - - Das ist jetzt allerdings wirklich, echt nur eine Erinnerung, die ich im Moment auch nicht wirklich belegen könnte. Wir haben ja auch nach Informationen damals im Rahmen der Recherchen gesucht, die zu den Straftaten, die man dann dem Trio ja zuordnen konnte, passen könnten. Und das, was Ihnen jetzt in Ihrer Hypothese so als Bild vor Augen steht - - Hätten wir solche Informationen gehabt, sodass wir denken: „Mensch, verdammt, das war ein abstrakter Hinweis; der passt jetzt dazu“ oder wie auch immer, dann hätten die ja in dieser Recherche zu den einzelnen Straftaten, also zur Keupstraße konkret, ja jetzt rein theoretisch hochkommen müssen. Aber, wie gesagt, das ist jetzt nichts, was ich irgendwie belegen oder bewerten könnte. Aber mir ist dazu auch tatsächlich in dieser Form nichts bekannt.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Okay. - Waren Sie jetzt im Rahmen Ihrer Funktion, die Sie haben seit 2012 - und Sie hatten diese LoS geleitet, die aber dann nach drei Monaten, als Sie im Amt waren, ja in die Regelorganisation überführt wurde im Rahmen einer Projektgruppe -, mal in direktem Kontakt zu Ermittlungsbehörden, sei es zu BKA oder GBA, dass man bei Ihnen persönlich angefragt hat oder eine Information wollte oder Sie um welche Unterstützung, wie auch immer, gebeten hat?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Ja, zu beiden Behörden, GBA wie BKA.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Kam das häufiger vor?



## 3. Untersuchungsausschuss

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Also für mich war das normal eigentlich. Also häufiger. Das ist immer so schwierig: Was ist häufig, was ist nicht häufig? Aber es gab schon einige Kontakte zum BKA und auch einige, in der Regel telefonische Kontakte, Anfragen oder Bitten um Informationen oder Nachfragen zu Informationen oder zu Sachständen, auch seitens des GBA. Aber ich könnte es Ihnen jetzt echt nicht mehr beziffern. Also, es war jetzt nicht über die Maßen. Das ist der Eindruck nicht, den ich habe, sondern für mich war das im normalen Geschäftsbetrieb das, was an Zusammenarbeit zwischen den drei Behörden auch erforderlich war, auf meiner Ebene.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Und jetzt, in aktueller Zeit, ist das im Prinzip, ich will nicht sagen: eingeschlafen, der Kontakt, aber es läuft die Verhandlung. Es gibt zwar noch ein Strukturermittlungsverfahren. Gibt es jetzt auch noch immer mal den Bedarf des Abgleichs, dass Sie das Gefühl haben: „Ja, da wird noch mit Hochdruck ermittelt, und man will immer wieder mal was von uns, eine Einschätzung“, oder ist jetzt schon länger - Funkstille will ich nicht sagen - keine Anfrage mehr jetzt an Sie gerichtet worden, als Person auch, ans Haus vielleicht, aber an Sie als Person?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Also, für mich hat ja dieser unmittelbare Kontakt jetzt im NSU-Kontext oder im Bereich des Rechtsextremismus in dem Moment aufgehört, wo ich die Abteilung verlassen habe. Ich bin ja seit dem 2. April einer anderen Abteilung vorgesetzt. Das heißt -

**Vorsitzender Clemens Binniger:** 2015 oder 14?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** 2015.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** 2015, ja.

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Das heißt, Fragen, die jetzt den Bereich des Rechtsextremismus - in welcher Art auch immer - betreffen, landen ja nach wie vor in der Abteilung II und dann eben bei dem jetzigen Abteilungsleiter, wenn es auf diese Ebene gehört. Das heißt, wenn ich jetzt zum Rechtsextremismus gefragt werde oder gebraucht würde, dann käme das quer in der Behörde von der Abteilung II zu mir, aber nicht unmittelbar

von außen zu mir. Aber das ist eigentlich - - findet nicht mehr statt.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Ja, okay. So dass man in Summe sagen kann, Sie haben diesen Aufgabenbereich nach Aufliegen des NSU eben erstmals übernommen und hatten ihn, ja, gute drei Jahre?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Ja.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Ja. Okay. - Dann habe ich für den Moment keine weiteren Fragen. - Dann geht das Fragerecht entsprechend der geänderten Reihenfolge, wenn der Vorsitzende zuerst fragt, an die Fraktion Die Linke, und Frau Pau hat das Wort.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ja, Frau Büddefeld, der Vorsitzende hat schon ganz viele Fragen mit abgedeckt. Und Sie haben, wenn ich das mal so sagen darf, unsere gemeinsamen Bemühungen zur Aufklärung im NSU-Komplex ja im Prinzip von Anfang an begleitet. Wir haben im Januar 2012 hier im Bundestag nicht nur die Verabredung getroffen, sondern beschlossen, dass der Untersuchungsausschuss eingesetzt wird, damals. Und dann nahmen die Ereignisse, mit denen Sie dann auch noch befasst waren, ihren Lauf.

Deswegen noch mal meine Frage: Sie haben am 01.01.2012 diese neue Funktion übernommen. Sind Sie in irgendeiner Weise eingearbeitet worden? Gab es da noch mal eine richtige Übergabe, durch Herrn Hertwig beispielsweise?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Eine Übergabe durch Herrn Hertwig hat stattgefunden. Und der Herr Hertwig und ich, wir hatten auch - - Nein, andersrum: Ich habe ihn auch gebeten, für mich zur Verfügung zu stehen, weil ich ja, wie schon festgestellt wurde, das Phänomen gar nicht kannte und natürlich auch die Funktion einer Abteilungsleitung für mich in dem Moment erstmalig war. Und der Herr Hertwig hatte sich auch bereit erklärt, mir da für alle möglichen Dinge, die ich wissen wollte, müsste, auch zur Verfügung zu stehen.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Und das hat auch funktioniert?





3. Untersuchungsausschuss

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Das hat auch funktioniert.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Können Sie uns mal sagen, wann Sie Herrn Hertwig das letzte Mal gesehen, getroffen oder gesprochen haben?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Sommer 2012.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Sommer 2012. Danke schön. - Haben Sie - - Oder andersrum: Haben Sie mit dem Referatsleiter Lothar Lingen zusammengearbeitet, engere Kontakte gehabt?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Herr Lothar Lingen war ja auch zu der Zeit - - Wo die neue Abteilung II halt neu organisiert worden war und ich sie übernommen hatte, war Herr Lingen ja auch noch Referatsleiter bei mir. Ja, durchaus.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Und war er dann auch in der LoS noch unterwegs, erst mal?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Er war auch in der LoS eingesetzt, ja.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Wann haben Sie das erste Mal von der Vernichtung der Akten zur Operation „Rennsteig“ erfahren?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Das war etwas später, als das im BfV an sich überhaupt bekannt geworden ist. Ich war auf Dienstreise an dem Tag. Ich glaube, ich war sogar - - Nein, ich war sogar hier in Berlin. Ich habe meinen Präsidenten hier begleitet. Und während dieser Dienstreise wurde offenbar, dass im November 2011 diese fraglichen V-Mann-Akten vernichtet worden sind, was bis dato keiner, ich darf mal sagen, auch nur geahnt hatte.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Wann war das ungefähr, also Monat?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Ja, ich überlege gerade, ob es Juni oder Juli war. Da müsste ich jetzt direkt - - Nageln Sie mich nicht fest, Juni oder Juli.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Oder andersrum gefragt: War das zu dem Zeitpunkt, an dem das auch öffentlich bekannt wurde und uns hier überraschte, oder war das im Amt schon ein Stückchen früher?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Nein, das war, wie ich gerade sagte. Also, ich selber war ja durch die Dienstreise und durch die Flüge nicht immer zu erreichen, oder durch den einen Flug hierher, nach Berlin. Und ich habe das dann vor der PKGr-Sitzung, an der mein Präsident teilnehmen musste, wo ich ihn begleitet hatte, aber aus irgendwelchen - - aus anderen Gründen, erfahren, dass es passiert ist - war.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Können Sie uns sagen, wann mit der Rekonstruktion der vernichteten Akten begonnen wurde?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Ich würde gerne etwas ausholen. Und zwar ist es ja so gewesen, dass die LoS unter meiner Leitung damals gestanden hat und ja auch die Weiterbearbeitung des NSU oder der Dinge, die halt noch zu tun waren im Rahmen der Projektgruppe, die ich schon erwähnt habe, erledigt wurden. Jetzt ging es ja darum, die Vorfälle oder überhaupt den Vorfall der Vernichtung der sieben Akten aufzuarbeiten. Und da hatte dann die Amtsleitung entschieden, dass das nicht bei mir laufen sollte, sondern - - Allein schon, um da überhaupt gar keine Möglichkeiten der, ich darf mal sagen, Gerüchte oder irgendetwas aufkommen zu lassen - so, wie Bock und eigener Gärtner -, ist das nicht bei mir gewesen. Das fand ich auch eine sehr sachgerechte Entscheidung, sodass also die Rekonstruktion - wie das geht, ob es geht, in welchem Umfang es geht, ob das rechtlich tatsächlich, wie auch immer, möglich ist - dann gar nicht mehr in meiner Sachwahrung gewesen ist, sondern das ist bei einem anderen Abteilungsleiter dann angesiedelt worden, sodass ich damit dann nicht mehr befasst war.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Gut. Ich würde da genau Ihre Einschätzung teilen. Das ist natürlich sinnvoll und schützt auch vor irgendwelchen Gerüchten. - Haben Sie denn Kenntnis erlangt, in welchem Umfang diese Akten wieder rekonstruiert werden konnten?



**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Die Akten konnten nicht vollständig wiederhergestellt werden, sondern in bestimmten Anteilen. Aber ich könnte Ihnen jetzt nicht sagen, wie viel von wie viel. Aber sie sind, das wissen wir - - Wir haben immer gesagt: Sie sind - - Also, wesentliche Teile sind wieder da. Aber das heißt nicht, dass sie komplett sind, und das entspricht sicherlich auch den Tatsachen.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ja. - Ich frage vor dem Hintergrund - das ist ja kein Geheimnis; das haben wir ja öffentlich hier verhandelt -: Wir hatten den Zeugen Egevisst letztes hier, und der zeigte sich zumindest mit dem - - Oder andersrum: Da ging es um die Akte von „Tarif“. Und da gab es zumindest Differenzen in der Darstellung, in welchem Umfang diese Akte wiederhergestellt werden konnte. Er meinte, das wäre ein relativ geringer Umfang. Wenn ich mich recht entsinne - das haben wir auch in einem anderen Format schon mal behandelt -, sieht das die Leitung des Hauses und auch das BMI anders. Deswegen fragte ich jetzt nach dem Umfang. Aber wenn Sie da nicht - -

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Konkreter kann ich leider nicht werden, Frau Pau.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Gut. - Dann käme ich gerne zu einem ganz anderen Komplex. Der Vorsitzende hat Sie schon zu Kontakten zu Ermittlungsbehörden oder zum GBA im Zuge der ganzen Aufklärung gefragt. Ich möchte zu einer Beratung, die offensichtlich stattgefunden hat im Januar 2013, kommen. Es ging um die Vorbereitung offensichtlich der Vernehmung von Carsten Szczepanski alias „Piatto“. Wir finden in MAT A BB-21, also Brandenburg, Seite 125 einen Kurzvermerk zu einem Gespräch beim GBA, an dem neben dem GBA auch Vertreter des Bundesamtes für Verfassungsschutz und des BKA teilgenommen haben; also nicht Sie, klar. Ich könnte die Namen jetzt hier auch nennen, will ich jetzt gar nicht im Moment machen. Fürs BKA war Herr Koch dabei, den wir ja schon kennen. Ist Ihnen eine solche Beratung bekannt im Vorfeld einer Vernehmung von Carsten Szczepanski?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Also, jetzt heute und in dieser Sekunde habe ich da keine Erinnerung dran.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Also, ich stelle gleich dar, was ich in diesem Vermerk auch finde. Aber für mich stellt sich die Frage: War es überhaupt üblich, dass es Vor- und Nachbesprechungen zu Vernehmungen von V-Leuten - welcher Behörde auch immer - gegeben hat?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** „Üblich“? - Frau Abgeordnete Pau, könnte ich Sie bitten, mir da irgendwie ein bisschen mehr Fleisch an die Knochen zu geben? Weil so ist mir die Frage - - So kann ich die einfach nicht beantworten.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ich würde vorschlagen, wir versuchen mal - - Ich habe diesen Vermerk nämlich jetzt leider nur elektronisch hier. Ich versuche, den mal auf Papier hierherzubringen, weil das ist mir bis jetzt nicht gelungen. Dann kann ich Ihnen den zwischendurch vorlegen und dann - -

(Signalton)

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Das hat ja vom Timing gepasst.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Gut.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Dann haben wir noch eine zweite Runde. - Dann hat die SPD, Frau Rührich, das Wort.

**Susann Rührich (SPD):** Vielen Dank. - Frau Büddefeld, wenn Sie in der Zeit von 2012 bis 2015 Abteilungsleiterin waren, so kann man das ja auch als einen Neuanfang - - oder eine Person, die vorher sozusagen mit dem Themenfeld nichts zu tun hatte, ja, quasi als nicht selber involviert betrachten. Können Sie uns darstellen, ob in der Zeit, in der Sie in der Abteilung waren, Konsequenzen aus der Tatsache, dass es diese Terrorzelle NSU gab, implementiert wurden, inwiefern Reaktionen aus Ihrer Sicht in Ihrer Behörde inhaltlich oder strukturell vorgenommen wurden, um sozusagen als Behörde auf dieses Phänomen, mit dem man ja vorher offenkundig nicht gerechnet hatte - - Wir haben viele von Ihren Kollegen



gehabt, die gesagt haben, sie konnten sich das vorher nicht vorstellen. Ist die Zeit, in der Sie da waren, sozusagen dafür dann genutzt worden, um Konsequenzen daraus zu ziehen, und, wenn ja, welche?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Die erste Reaktion auf das Bekanntwerden des NSU und die ihm zuzurechnenden oder möglicherweise damals noch zuzurechnenden Straftaten war, dass mein Haus überhaupt die Umorganisation der Abteilung II vorgenommen hat und damit automatisch auch die Umorganisation einer weiteren Abteilung vornehmen musste, weil der Phänomenbereich Linksextremismus einer Abteilung wieder zugewiesen werden musste.

Das Nächste war, dass die Amtsleitung - das Datum kann ich jetzt auch nicht ganz genau mehr sagen - im Spätfrühjahr/Frühsummer, so würde ich es mal nennen, desselben Jahres, also 2012, ein Reformprojekt angestoßen hat, was sie in unterschiedliche Arbeitspakete unterteilt hatte und wo sie auch jeweils Abteilungsleiter als verantwortliche Arbeitspaketsleiter eingesetzt hat, die sich dann um bestimmte Fragestellungen kümmern mussten, die sich in der Regel damit befassen: Wie können wir das vermeiden, was gewesen ist, und wo haben wir überhaupt noch weiteren Nachholbedarf, Optimierungsbedarf, Modernisierungsbedarf, Veränderungsbedarf? - Es war ein sehr offen gestaltetes Reformprojekt unter Einbeziehung aller Kolleginnen und Kollegen des Hauses. Das dürfen Sie sich jetzt bitte nicht so vorstellen, dass alle 3 000 jetzt in dem Projekt gearbeitet haben. Aber alle Kolleginnen und Kollegen waren aufgerufen, Ideen, Vorschläge auch wirklich zu melden, dazu beizutragen, und die wurden auch alle in die einzelnen Arbeitspakete eingefügt, berücksichtigt. Es war sogar so, dass jeder, der einen Vorschlag machte - zu was auch immer, in welcher Form auch immer -, auch eine Antwort bekam, was aus seinem Vorschlag geworden ist.

Diese Arbeitspakete befassten sich in Teilen mit unseren Dienstvorschriften, ob da Novellierungen erforderlich sind. Sie befassten sich mit der Schwerpunktsetzung der Bearbeitung in den unterschiedlichen Phänomenbereichen, ob wir dort

was ändern mussten. Das ist, glaube ich, jetzt zumindest für die Fachabteilungen auch die gewaltigste Änderung, nämlich dass wir jetzt als Ausgangspunkt für die Bearbeitung in den Phänomenbereichen die Gewaltorientierung der Personen oder der Organisationen feststellen, die wir zu beobachten haben, und von dort uns dann an den Personen und Organisationen entlanghängeln, um herauszufinden: Was ist mit den Organisationen wirklich los?

Also, Schwerpunkt, priorisierter Schwerpunkt - - Das ist jetzt doppelt gemoppelt. Priorisierung ist die Gewaltorientierung. Das ist jetzt bitte nicht so zu verstehen, dass wir das früher nicht gemacht haben. Auch früher wurde die Bearbeitung von gewalttätigen, gewaltbereiten Personen oder Organisationen, die das vorangetrieben haben, sehr groß geschrieben und stand durchaus auch im Mittelpunkt. Aber seitdem ist das wirklich ausgeföhrt, und wir haben an diese Gewaltorientierung, die wir auch unterschiedlich staffeln, die Art und Weise unseres Handelns dann gekoppelt, also wie wir dann auch mit den unterschiedlichen Sachverhalten umgehen müssen.

Das Ganze ist dann auch zum Beispiel mit unseren 16 Landesämtern für Verfassungsschutz besprochen worden, abgestimmt worden, sodass wir jetzt auch ein einheitliches Vorgehen in der Bearbeitung unserer Personen und unserer Beobachtungsobjekte haben, sofern sie priorisiert sind. Das ist für die Phänomenbereiche der größte Einschnitt gewesen.

Es gab natürlich auch Überprüfungen im Bereich: Ist unsere IT noch zeitgemäß? Müssen wir noch weitere Vorschriften haben, die einfach transparenter später gestalten, was in den Beschaffungsbereichen geschieht? Läuft die V-Mann-Führung richtig? Ist dort was zu verändern? Müssen wir mehr dokumentieren, oder reicht es? Brauchen wir mehr Akten, brauchen wir andere Akten, brauchen wir eine andere Aktenführung? Und ähnliche Dinge mehr. Es ist überlegt worden im Rahmen der Personalabteilung: Wie ist es eigentlich mit den Führungskräften? Kann man die noch weiter ausbilden, weiter fortbilden, dass auch da die Führung der jeweiligen Teams besser läuft?



## 3. Untersuchungsausschuss

Das Projekt war also sehr breit angelegt. Die Arbeitspakete wurden auch alle beendet mit einem Abschlussbericht, und diese Abschlussberichte, die Inhalte davon, wurden nach Kenntnisnahme und Zustimmung der Amtsleitung auch über die dann folgenden Monate - ich glaube, das war dann so ein Jahr, anderthalb nach Beginn des Projektes - alle ins Werk gesetzt. Das heißt, wir haben einen ziemlichen Reformprozess durchlaufen. Unser Präsident hat dazu auch schon häufig in der Öffentlichkeit Stellung genommen.

Dadurch hat das Amt sich schon verändert. Das kann man so sagen.

**Susann Rührich (SPD):** Würden Sie die Veränderungsprozesse - - Das eine sind ja strukturelle Fragen, Führungsfragen und personelle Fragen usw. Würden Sie den Reformprozess für abgeschlossen halten und für erfolgreich abgeschlossen?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Ich halte den Prozess für „in progress“, wie man so schön sagt. Ich glaube, dass wir schon große Schritte auf dem Weg gemacht haben, aber dass der Weg noch andauert. Ich glaube auch, dass nicht nur das Bundesamt, sondern eigentlich jede größere Organisation sich eigentlich immer in diesem Prozess befindet, sich zu optimieren, sich zu verändern, sich anzupassen. Aber ich glaube schon auch, dass wir die Ziele, die mit dem Reformprojekt verfolgt worden sind, schon sehr, sehr weitgehend erreicht haben. Aber zu 100 Prozent, da würde ich mich nicht versteigen, weil dazu verändert sich, wie gesagt, auch immer wieder viel zu viel. Es sind eben auch wirklich dicke Bretter in Teilen, die wir da bohren müssen, weil es muss ja auch jeder mitgenommen werden, und jeder soll diese neuen Ideen, die aus dem Reformprozess gekommen sind, auch verinnerlichen, leben und damit eben auch umgehen können.

**Susann Rührich (SPD):** Genau das ist eben der spannende Punkt, an dem ich auch immer wieder bin. Das eine ist, strukturell Dinge anders zu machen und die Arbeitsweisen anzugucken. Das andere ist, eine inhaltliche Expertise einzuholen, die gegebenenfalls zu überprüfen, und eine Sensibilisierung, eine Arbeit sozusagen in den Köpfen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Haben

Sie sich da beispielsweise Expertise auch von außen geholt, von außerhalb des Amtes, um zum Beispiel Ihre Definition von Rechtsextremismus/Rechtsterrorismus gegebenenfalls zu überprüfen, weiterzuentwickeln? Können Sie da vielleicht noch mal ein paar Einblicke geben, wie solche inhaltlichen Prozesse gegebenenfalls stattgefunden haben und wie die persönlichen Prozesse bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch bei Ihnen vorstattengehen und -gingen?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Expertise, um, ich sage mal, das Definitionensystem unserer Phänomenbereiche oder unserer Extremismen noch mal auf neue Füße zu stellen, ist mir jetzt wirklich nicht erinnerlich, zumindest nicht, solange ich im Rechtsextremismus tätig war, sondern die Phänomene als solche sind in meiner Erinnerung da jetzt nicht auf dem Prüfstand gewesen, sondern höchstens - - nicht „höchstens“, sondern was auf dem Prüfstand stand und was wir hinterfragt haben, ist: Wie gehen wir denn mit den - - wie arbeiten wir an den Phänomenen? Wie kommen wir an Informationen? Wie führen wir sie zusammen? Von wem sind sie zu bekommen? Wer kann uns helfen, oder was müssen wir auch selber tun? Aber dass wir uns jetzt hinterfragt hätten: „Ist die Definition, die wir für Rechtsextremismus, Terrorismus, Links, Ausländer usw. haben“ - es ging ja nicht nur bei rechts, sondern es ging ja über alle Phänomene -, „richtig, oder müssten wir uns jetzt auch im Rahmen einer AG, eines Projekts, eines Gutachtens oder wie auch immer noch was Neues ausdenken?“, das ist mir nicht erinnerlich, dass wir darüber in dieser Art und Weise nachgedacht haben, weil wir das auch nicht für erforderlich gefunden haben.

**Susann Rührich (SPD):** Gut, an der Stelle kann man durchaus unterschiedlicher Meinung sein, was erforderlich ist, um Phänomene zu bewerten. Vielleicht können Sie aus Ihrer Sicht zum Begriff „Rechtsterrorismus“ gerne noch mal sagen, mit welcher Definition Sie gearbeitet haben.

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Ich kann Ihnen das jetzt wirklich nicht zitieren, die Definition für den Rechtsterrorismus. Das ist niedergeschrieben. Wenn Sie mir das mitgeteilt hätten, hätte ich das mitgebracht. Dann hätte ich Ihnen das jetzt



## 3. Untersuchungsausschuss

verlesen können, weil das ist ja eine Sache, die den ganzen Arbeiten zugrunde liegt. Aber mit meinen Worten -

**Susann Rührich (SPD):** Ja, gerne mit Ihren Worten.

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** - kann ich Ihnen das sicherlich darstellen. Also, Rechtsterrorismus. Terrorismus ist zunächst mal die Art der Gewalt oder unter Einsetzung von Gewalt die Überwindung des aktuellen Systems. Da sind wir bei dem Terrorismus. Er geht also über Leichen. Und Rechtsterrorismus bedeutet schlicht von der Motivation her, dass man bestimmte Begrifflichkeiten für sich selber in den Mittelpunkt stellt. Das sind bei uns vor allen Dingen rassistische und neonazistische Motive, die dann eben gekoppelt dazu führen, dass eine Person als rechtsterroristisch eingeordnet wird und dann auch von uns bearbeitet werden kann.

**Susann Rührich (SPD):** Vielen Dank. - Genau an der Stelle gäbe es durchaus auch unterschiedliche Definitionen, die auch in der Wissenschaft diskutiert werden. Darauf zielt ein bisschen meine Frage, inwiefern Terrorismus- und meinetwegen auch Extremismusexpertise von außen eingeholt wurde, um diese Definition zu überprüfen, weil die Frage Rechtsterrorismus so, wie sie in rechtsextremen Kreisen auch durchaus praktiziert und diskutiert wird, stößt häufig an die Grenze, dass angeblich der Staat oder die Überwindung des Systems Ziel sei. Das muss aber nicht in jedem Fall aus meiner Sicht und aus der Sicht diverserer anderer das Ziel sein, sondern Angst und Schrecken gegebenenfalls eben auch zu marginalisierten Gruppen auszuüben, sodass wir als Mehrheitsgesellschaft, staatliche Behörden das als Terrorismus nicht erkennen, wenn Sie den staatlichen Fokus im Blick haben.

Das ist so ein bisschen die Frage: Kann man jetzt erkennen, was Terrorismus ist oder was als Terrorismus empfunden werden kann? 800 Angriffe auf Geflüchtetenunterkünfte alleine in diesem Jahr, vom BKA gezählt. Beispielsweise haben die Opfer in der Keupstraße uns gesagt: Ihr nennt es immer noch nicht Terrorismus, aber wir wissen, dass eigentlich wir gemeint sind. Aber ihr habt immer noch den Terrorismusbegriff, der euch

selbst in den Mittelpunkt stellt. - Das finde ich einfach - - Der Punkt: Mit welchem Blick arbeiten wir? Es wäre mir einfach noch mal wichtig, das auch inhaltlich zu überprüfen.

An der Stelle hätte ich ansonsten noch Fragen, von denen ich jetzt schon weiß, dass sie in den nichtöffentlichen Teil gehören.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Dann geht das Fragerecht an die Fraktion Die Grünen. Frau Mihalic.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Frau Büddefeld, ich kann da ganz gut anknüpfen und möchte vielleicht mal so einleiten: Sie haben die Abteilung II und damit auch die Leitung der LoS übernommen, ohne jetzt, ich sage jetzt mal, über ein spezielles Vorwissen aus dem Bereich Rechtsextremismus verfügt zu haben. Sie kamen ja aus einer anderen Abteilung. Sie haben sich vorher mit Islamismus beschäftigt. War das nicht schwierig für Sie, diese Vorgänge und Untersuchungen in dieser LoS rund um die Frage „Was wussten wir über das Trio, oder was wussten wir nicht?“ zu beurteilen?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Nein, nicht wirklich schwierig. Zum einen hatte ich im Rahmen der LoS aus der Abteilung II jede Menge Expertenwissen. Das heißt, was mir phänomenologisch zu dem Zeitpunkt durchaus fehlte, und zwar wirklich fehlte, das wurde dadurch ausgeglichen, dass ich die Information, die ich brauchte, um Phänomenwissen zu bekommen oder überhaupt vor dem Hintergrund von bestimmtem Phänomenwissen auch bestimmte Dinge bewerten zu können, erfragen konnte, und das hat man mir auch mitgeteilt.

Ansonsten ist es so, dass die Fragen, die sich jetzt im Rahmen der LoS zur Aufarbeitung des NSU gestellt haben, jetzt mal losgelöst von den phänomenologischen Inhalten, von den Abläufen her - was muss ich denn eigentlich tun, um festzustellen, was in der Behörde in den letzten zehn, 15 Jahren los war oder nicht? - - das ist völlig unabhängig von dem inhaltlichen Wissen.



**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich meine das jetzt auch gar nicht so sehr phänomenologisch, sondern mehr auf die Frage bezogen: Ging es nur um das Kerntrio? Was ist mit Netzwerken? Was wusste das Amt über das Agieren der rechtsextremistischen Szene auch an den unterschiedlichen Tatorten? Ich sage das jetzt einfach mal so allgemein: Wir im Untersuchungsausschuss lesen diese Akten. Mir fällt wahrscheinlich jedes Mal beim Aktenlesen noch irgendwie ein neuer Name auf. Ich will damit einfach sagen: Dieser Komplex ist ja irrsinnig komplex und auch sehr kompliziert. - Das ist jetzt vielleicht irgendwie ein Wortwitz gewesen.

Aber der Punkt ist ja der, dass uns das zum Teil schon - auch uns, die hier im Untersuchungsausschuss schon ganz tief im Thema drinstecken - überfordern kann. Wenn ich mir jetzt vorstelle, dass ich jemand bin, der so rein gar nichts, weder mit dem Phänomen noch mit den dort handelnden Personen, irgendwie mal zu tun hatte - - Mir würde es schwerfallen, wenn mir jemand irgendwie einen Namen präsentiert, irgendwie einzuordnen: Hat der jetzt was damit zu tun oder nicht?

Verstehen Sie, wie ich das meine? Um diese Frage geht es ja. Deswegen würde ich gerne mehr über die Abläufe in dieser LoS erfahren und eben auch mehr darüber erfahren, wie Sie dann am Ende in der Lage waren, zu beurteilen: Ja, das ist jetzt irgendwie relevant für unsere Fragestellungen, und das ist jetzt irgendwie nicht relevant.

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Komplex, ja.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Komplex, genau.

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Dann fange ich mal klein an: Wenn mir jemand in der Anfangszeit, wo ich in der Abteilung II war oder die Abteilung II übernommen hatte und auch die LoS geleitet habe, einen beliebigen Namen - abgesehen jetzt vielleicht von dem Trio -

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** - und den nächsten fünf, die dazugehört haben, die dann quasi jeden Tag über meinen Tisch gegangen sind, oder zehn, wie auch immer - genannt hätte, dann hätte ich gesagt: Noch nie gehört.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Nächste: Wer ist das?

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ginge mir genauso.

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Welche Rolle spielt er für uns? Warum sagt man mir diesen Namen jetzt? Weil es ist ja nicht so, dass meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mir jeden Tag alle unseren gespeicherten Personen aufzählen, und ich sage dann: „Aha, kenne ich“ oder „kenne ich nicht“. Ich würde mal sagen, 99,9 Prozent der Personen, die wir gespeichert haben, kenne ich nicht. Muss ich aber auch nicht. Dafür habe ich einen Unterbau von Kolleginnen und Kollegen in den einzelnen Referaten, die diese Personen bearbeiten und mir genau dann eine Person präsentieren, wenn sie in einem besonderen Zusammenhang zu sehen ist, welcher das in dem Kontext dann auch immer sein mag, sei es, dass jemand einer Straftat verdächtigt wird, sei es, dass jemand irgendeine Demonstration organisiert, sei es, dass man glaubte, der wisse etwas zum Trio, oder Ähnliches mehr.

In dem Moment sind dann diese Namen über meinen Tisch gekommen, in der Regel in der Form, dass ich auf irgendwelchen schriftlichen Vorlagen, die allerdings elektronisch transportiert werden, dann informiert worden bin, und wenn ich dann das Gefühl hatte: „Verstehe ich jetzt nicht; warum sagt man mir jetzt, dass Meier, Müller, Schulze von Bedeutung ist?“, dann habe ich dort meinen Informationsbedarf geltend gemacht und habe dann von dem Referat, aus dem diese Information kam, eben die Hintergrundinformationen, die mir noch fehlten, logischerweise, bekommen und konnte dann auf dieser Informationsbasis die Entscheidung treffen, wenn denn eine gefordert war, oder aber die Informa-



## 3. Untersuchungsausschuss

tion, die man glaubte auf Abteilungsleitungsebene jetzt auch bekannt geben zu müssen - - konnte ich sie dann einordnen.

Also das war das Verfahren. Ich kannte diese Personen nicht - woher auch -, aber irgendwann muss man ja reinkommen. Für mich war das dann so: Ich suche dann das Gespräch mit denjenigen, die meinen, diese Information, diese Einzelinformation - ob Personen, Sachverhalt oder wegen mir auch Ort, Treff, Vereinslokal, was auch immer - - Warum ist das denn jetzt für mich von Belang? Was für den Sachbearbeiter in seiner auswertenden Tätigkeit supersuperwichtig ist, weil er jetzt ein kleines Mosaiksteinchen gefunden hat, womit er irgendwo weiterkommt, das ist für mich nicht unbedingt von Belang.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, das verstehe ich genau. Aber die Frage, die natürlich auch den ersten Untersuchungsausschuss bewegt hat und die uns ja heute auch noch interessiert, ist, dass ja auch im Bundesamt für Verfassungsschutz es eben nicht aufgefallen ist, dass halt eben diese Morde vom Trio bzw. aus der rechtsextremistischen Szene heraus begangen wurden. Deswegen ist natürlich die Frage, ob dann bei so einer Aufarbeitung im Rahmen der LoS, wenn dieselben Personen sozusagen beteiligt sind, nicht dann vielleicht auch Dinge übersehen werden, vergessen werden - ich will jetzt gar nicht davon reden, dass sie bewusst unter den Tisch fallen-, aber dass dann einfach bestimmte Einordnungen nicht überprüfbar sind, wenn die LoS von jemandem geleitet wird, der nicht über das Vorwissen verfügt.

Also, das ist jetzt kein Vorwurf an Sie - verstehen Sie, wie ich das meine? -, sondern man konnte Ihnen ja mehr oder weniger alles Mögliche präsentieren - so deutlich will ich es mal sagen -, ohne dass Sie in der Lage gewesen wären, einzuordnen: Ja, das ist jetzt irgendwie schlüssig, oder das stimmt, dass die was miteinander zu tun hatten oder nichts miteinander zu tun hatten, oder nicht. - Oder habe ich da eine falsche Vorstellung? Also, deswegen stelle ich die Frage.

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Also ganz falsch ist die sicherlich nicht. Wenn man so arbeitet, wie man das bei uns in der hierarchischen Struktur

tut, dann ist es natürlich auch eine Frage des Vertrauens und der Verlässlichkeit dessen, was man in den nächsthöheren Ebenen immer auf den Tisch gelegt bekommt. Dieses Vertrauen musste ich natürlich in die Abteilung geben, und das habe ich auch getan. Das ist das Erste.

Das Zweite: Natürlich waren die Kolleginnen und Kollegen auch in der LoS, die Fachwissen mitbrachten, vor allen Dingen auch die Kolleginnen und Kollegen, die sich gut auskannten, die sich also in der rechtsextremistischen Szene auskannten, in der Bearbeitung derselben, aber ja nicht nur. Die LoS war ja relativ groß angesetzt worden von den Personen her, sodass wir auch aus den anderen, aus fast allen Abteilungen, möchte ich mal sagen, Kolleginnen und Kollegen drinhatten, die im Prinzip dieses Problem nicht hatten, so nach dem Motto: Wow, habe ich nicht gesehen. Ogottogott, hoffentlich sieht es jetzt auch keiner.

(Monika Lazar (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnte ich dazu noch eine ganz kurze Frage stellen?)

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich muss noch was - - Ja, genau. Also, das geht jetzt auch noch mal so ein bisschen in die Richtung. Stichwort Abteilung II, was nach dem 04.11. im Endeffekt passiert ist, um halt eben auch dieses Expertenwissen, so wie Sie es gerade beschrieben haben, auch irgendwie in dieser Abteilung zu haben. Die Frau Rührich hat ja vorhin auch die Frage gestellt, ob Sie sich dabei auch Expertise von außen in die Abteilung geholt haben. Das habe ich jetzt so verstanden, dass das eher nicht stattgefunden hat.

Ich will das noch mal ein bisschen spezifizieren. Haben Sie - jetzt nicht Sie persönlich, aber das Bundesamt - neues Personal mit Expertise von außen rekrutiert? Ich will auch sagen, warum ich das frage: Nach dem 11. September 2001 - das ist zumindest die Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Frage von mir - ist irrsinnig viel Personal von außen sozusagen ins Amt geholt worden. Da waren Islamwissenschaftler dabei, da waren Leute, die sich mit dem Phänomen islamistischer Terrorismus auskannten und so. Man



## 3. Untersuchungsausschuss

hat das gemacht - das finde ich völlig richtig und nachvollziehbar -, weil man das Phänomen verstehen wollte. Wir haben gerade viel über das Phänomen Rechtsterrorismus/Rechtsextremismus geredet, und deswegen interessiert mich natürlich, warum diese Expertise von außen nach dem 04.11. offensichtlich nicht erforderlich war.

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Was ich Ihnen tatsächlich nicht sagen kann, ist, ob es eine Überlegung und eine Entscheidung in diesem Sinne gab, wie Sie das jetzt formulieren, dass also das Haus - in welcher Person auch immer; in meiner jedenfalls nicht - überlegt hat: Brauchen wir externes Expertenwissen, was wir jetzt der Abteilung II eingliedern wollen? - Das ist mir absolut unbekannt. Das weiß ich schlicht nicht.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau. Aber Sie haben die Abteilung II ja neu übernommen, -

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Ja.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - und Sie haben diese Anregung auch nicht gemacht: Jetzt lasst uns mal Experten von außen holen; wir wollen da jetzt ganz neu starten.

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Nein, die Anregung ist von mir nicht gekommen.

**Stellvertretende Vorsitzende Susann Rührich:** Frau Lazar hatte noch eine anknüpfende Frage. Ich bin großzügig.

**Monika Lazar (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja. - Mir ist nur gerade der Gedanke gekommen, als ich Ihnen zugehört habe: Gab es vielleicht die Idee, Sie auf diese Stelle zu der damaligen Zeit zu setzen, um quasi einen - in Anführungsstrichen - unbelasteten Blick auf das Themenfeld zu setzen? Ich sage mal, wenn man lange in einem Feld arbeitet, ist man - - oder kann die Gefahr bestehen, dass man - in Anführungsstrichen - betriebsblind wird. Also, war das vielleicht ein Ansatz, nach dem Motto: „Wir haben die ganzen Fachkräfte in dem Phänomenbereich, aber dann gucken wir, dass dann die Abteilungsleiterin eine ist, die vielleicht manches erkennt, was die anderen nicht erkannt haben, oder die einfach

andere Gedankengänge reinbekommt“? Das war jetzt nur noch mein Gedankengang. Ich weiß nicht, wie Sie das einschätzen könnten.

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Also, ich vermute mal, dass meine Amtsleitung damals diese Motive durchaus auch verfolgt hat. Das würde ich nahezu schon fast als selbstverständlich ansehen, wenn sie diese Entscheidung, wie sie sie getroffen hat, getroffen hat. Expressis verbis kommuniziert worden ist das nicht, aber ich denke schon.

**Stellvertretende Vorsitzende Susann Rührich:** Vielen Dank. - Das Fragerecht geht zur Unionsfraktion weiter. Herr Schuster, bitte.

**Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):** Frau Büddefeld, ich wollte noch mal zurückkommen auf die Aktenvernichtung von Herrn Lingen. Ich war auch in der ersten Auflage des NSU-Untersuchungsausschusses in der 17. Wahlperiode, und ich habe mir die Mühe gemacht, bin nach Treptow gefahren und habe mir die aus meiner Sicht schon beachtlich umfangreich rekonstruierten Akten alle angeschaut. Seitdem empfinde ich so eine Diskrepanz, die ich nicht auflösen kann; denn immerhin sagt ja Herr Lingen, dass er mit den vernichteten Akten keine unangenehmen Fragen an das BfV gern gerichtet gesehen hätte, was das BfV aufgrund der hohen Anzahl angegebener T-Fälle gewusst hatte bzw. hätte wissen können.

Mein Eindruck von diesen rekonstruierten Akten war: Das war furchtbar langweilig. Es war furchtbar langweilig, mit Ausnahme vielleicht einer Akte. Auch die hätte wahrscheinlich nicht viel beigetragen am Ende. Insofern habe ich dieser Schredderaktion bis zur Aussage von Herrn Lingen nie groß etwas beimessen können, weil ich mich immer gefragt habe: Mein Gott, was schreddert er denn da für ein belangloses Zeug? Das hätte sich jeder angucken können. Für das Problem NSU - puh.

Wenn er jetzt aber sagt, da sollten keine unangenehmen Fragen sein, und es sollte auch nicht der Eindruck entstehen, das BfV hätte doch einiges wissen können, was muss ich jetzt annehmen? Können Sie mir erklären, was ihn zu dieser Aus-





## 3. Untersuchungsausschuss

sage motiviert hat? Da drängt sich ja fast der Eindruck auf, man konnte genau das nicht rekonstruieren, was wirklich spannend war. Irgendetwas Spannendes muss er ja empfunden haben, sonst hätte er das ja so nicht gemacht.

Haben Sie eine Einschätzung dazu? Hat er mit Ihnen mal darüber gesprochen? Gibt es irgendeine Motivation, die Sie uns erklären können, wie er dazu kam?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Ich bin an dem Tag, nachdem das bekannt wurde, dass die Akten vernichtet worden waren, also an dem Tag, über den wir vorhin auch schon gesprochen hatten, bei meinem damaligen Mitarbeiter Herrn Lingen im Büro gewesen und habe ihn auch direkt gefragt: Wie sind Sie dazu gekommen? Wie kam das? Weil das war ja zu einer Zeit, wo ich noch nicht Abteilungsleiterin war. Das war ja noch zu der Zeit der alten Abteilung II. Für mich war dieser Vorgang komplett neu, wie für uns alle im BfV. Herr Lingen konnte mir also wirklich zu dem Zeitpunkt keine wirkliche Aussage dazu machen, die man jetzt zusammenfassen könnte wie: Das war meine Motivation, Doppelpunkt. - Er stand also auch völlig ratlos vor mir damals.

Das ist auch das einzige Gespräch, was ich mit Herrn Lingen über diese Geschichte geführt habe, weil danach war er ja auch gar nicht mehr bei mir in der Abteilung, und ich habe mich mit dem Herrn Lingen danach auch nicht mehr darüber unterhalten.

Insofern, auf Ihre ursprüngliche Frage noch mal zurückkommend: Das wäre reine Spekulation, was ihn dazu motiviert hat, jetzt diese Aussage in der Form zu machen, die Sie gerade noch zitiert haben. Dazu habe ich keine wirklich belastbare Idee.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Haben Sie ihn gefragt, nach welchen Kriterien er genau diese Akten ausgewählt hat?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Nein.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Wissen Sie, ob Herr Lingen jemals diese Akten

selbst in der Hand hatte? Er hat ja eine Anordnung gegeben. Gibt es Belege dafür, dass er wusste, was er da vernichtet, rein inhaltlich?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Was ich darüber weiß - das muss ich aber ganz ausdrücklich auch unter den Vorbehalt stellen, dass es vom Hörensagen ist -: Ich habe, als wir wussten, dass diese sieben Akten halt entgegen der bis dann gelauteten Berichterstattung eben doch im zeitlichen Zusammenhang mit dem Aufkippen des NSU vernichtet worden waren, auch noch mal mit den Kolleginnen und Kollegen gesprochen, die damals an der Sichtung dieser Akten beteiligt waren, bevor sie vernichtet worden sind. Die Akten sind ja - so war ja damals auch die Weisungslage im BfV - gesichtet worden nach NSU-Bezügen, sprich: nach dem Trio. Das war ja die Weisung vom Herrn Fromm, die dann später erweitert worden ist. Aber da war es dann für diese Akten schon zu spät.

Diese Kollegen berichteten, dass Herr Lingen ihnen diese Akten übergeben habe mit dem Auftrag, nach diesen Stichworten, nach NSU-Bezügen, die Akten durchzuschauen und ihm dann auch mitzuteilen, ob da NSU-Bezüge, wenn ich das jetzt mal so zusammenfassen darf, in den Akten drin sind. Das haben mehrere Kollegen auch getan, haben diese Bezüge nicht gefunden und ihm das auch mitgeteilt. Dann muss es - den zeitlichen Kontext kann ich nicht genau sagen, aber es ist ja offensichtlich sehr zeitnah gewesen - auch zu der Überlegung beim Herrn Lingen gekommen sein, dass man die dann ja auch vernichten könne, weil NSU-Bezüge gebe es ja nicht, und die Akten - so wohl seine Bewertung; wie gesagt, alles vom Hörensagen - konnten auch vernichtet werden, weil rechtliche Bestimmungen dem nicht entgegenstanden.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Noch mal: Sie selber haben auch mit den Mitarbeitern gesprochen, die die Anweisung von Herrn Lingen bekamen. Die haben gesagt: „Wir hatten von Lingen die Anweisung, darauf zu analysieren: Sind da NSU-Bezüge drin?“, -

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Das stimmt, ja.



**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU):  
- und jeder dieser Mitarbeiter, mit dem - - Haben Sie mit allen gesprochen, die diesen Auftrag hatten?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Das kann ich jetzt nicht mit hundertprozentiger Sicherheit mehr sagen. Ich weiß, dass ich mit mehreren Kolleginnen und Kollegen - - Nein, ich nenne lieber keine Zahl, weil die Erinnerung nicht gut ist. Aber ich habe mit mehreren gesprochen, und zwar nicht nacheinander, sondern wir haben zusammengesessen, weil ich mich über diesen Vorgang informieren wollte. Da waren dann einige Kolleginnen und Kollegen in diesem Kreis, und dann wurde mir das so oder so ähnlich berichtet. Das ist jetzt aus der Erinnerung.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): So, und alle haben berichtet, sie haben alle zurückgemeldet: Kein NSU-Bezug.

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** So weit ist meine Erinnerung, ja.

(Irene Mihalic (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Aber  
Herr Lingen war ja auch in  
der LoS!)

- Das war ja später.

(Irene Mihalic (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Nach  
der Aktenvernichtung, ja  
klar!)

**Stellvertretende Vorsitzende Susann Rührich:**  
Gibt es eine Zwischenfrage? - Gut.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU):  
Das heißt also, Sie gehen bisher davon aus: Eine Motivation für Herrn Lingen war komplett die Rückmeldung „Keine NSU-Bezüge“, und deshalb traf er die Entscheidung: Vernichten.

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** „Davon ausgehen“ ist mir zu hart, Herr Abgeordneter Schuster. Das ist das, was ich aus dem schlussfolgere, was mir berichtet worden ist, und was auch ein Vorgehen ist, was jetzt, abgesehen von der Tatsache, dass

wir damals eben mit dem NSU konfrontiert worden sind, auch völlig in Ordnung gewesen ist.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU):  
Mhm. - Jetzt haben Sie aber gerade eben gesagt - - Das finde ich jetzt - -

(Irene Mihalic (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Darf ich?  
Darf ich eine klitzekleine  
Zwischenfrage stellen?)

- Ja, ja.

**Stellvertretende Vorsitzende Susann Rührich:**  
Frau Mihalic, bitte, dazu.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage gestatten. - Frau Büddefeld, was mich jetzt so ein bisschen irritiert: Wir haben gerade über die LoS gesprochen und darüber, was Mitarbeiter Ihnen vielleicht vorgelegt haben, nicht vorgelegt haben. Da ging es ja auch um das Thema Vertrauen. Jetzt war Lothar Lingen aber auch in dieser LoS. Die ist April 2012 aufgelöst worden, und ein paar Monate später erfahren Sie von der Schredderaktion. Mussten Sie da nicht alles hinterfragen, was Herr Lingen Ihnen in dieser LoS zugestellt hat oder erarbeitet hat oder bewertet hat, in dem Moment?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Also, was mir in dem Moment so alles durch den Kopf gegangen ist, das war eine ganze Menge, wenn ich überlege, dass ja nicht nur meine Amtsleitung während dieses guten halben Jahres, zumindest was die Frage nach „Wann habt ihr zum letzten Mal Akten vernichtet, oder welche habt ihr überhaupt vernichtet im Bereich Rechtsextremismus?“ angeht, schlicht und ergreifend falsch informiert worden ist. Nicht nur meine Amtsleitung; ich habe diese Schreiben auch alle mit- oder schlussgezeichnet.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber dann ist doch die LoS für die Katz gewesen, oder Teile.

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Nein, das können Sie so nicht sehen, weil die Masse der Informationen



## 3. Untersuchungsausschuss

wurde ja nicht vom Herrn Lingen erarbeitet oder vom Herrn Lingen goutiert oder nicht goutiert, sondern das Team, das die ganzen Akten und die ganzen Informationen überprüft hat, war ja riesengroß, und da hatte Herr Lingen keinen Einfluss drauf.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nur: Ist das hinterher mal geprüft worden, was er erarbeitet hat? - Entschuldigung, jetzt bin ich auch durch.

**Stellvertretende Vorsitzende Susann Rührich:** Wir sind langsam in einem Zwiegespräch. - Herr Schuster, bitte. Die Union ist weiter dran.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Frau Büddefeld, darf ich Sie mal fragen? Wie gesagt, ich war Augenzeuge und auch Beteiligter bei der Erstaufgabe dieses Ausschusses. Die politischen Kommentare waren natürlich an Heftigkeit nicht zu überbieten, auch medial, über diese Schredder-, „Konfettiaktion“ und welche Worte auch immer gebraucht wurden. Jetzt knüpfe ich an die Frage von Frau Mihalic an: Wenn Sie jetzt Herrn Lingen in der LoS vertraut haben und die Zusammenarbeit so war, wie sie war, darf ich Sie mal ganz ehrlich fragen, wie Ihre Einschätzung war? Sie mussten sie ja nicht teilen, wie das aus dem politischen Raum oder wie es medial kommentiert wurde. Kann es sein, dass Sie deshalb mit ihm so zusammengearbeitet haben, weil Sie den Eindruck hatten, dass das keine vorsätzliche Tat war in dem Sinne, wie es sich medial aufgebaut hat?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Da ist jetzt ein Problem. - Nein, Problem ist es nicht. Da stimmt jetzt was nicht, und zwar: Nachdem ich wusste, dass Herr Lingen diese Akten noch vernichtet hat, war er überhaupt nicht mehr in meiner Abteilung. Das heißt, eine Zusammenarbeit nach der Kenntnisnahme von der Vernichtung der Akten hat ja gar nicht stattgefunden. In der Zwischenzeit zwischen der Vernichtung, der LoS oder später auch nach der LoS, hatte ich ja diesen Grund nicht, um an meinem Vertrauen in seine Arbeit zu zweifeln. Der entstand ja erst mit Entdecken oder mit dem Wissen um die sieben vernichteten Akten, und da war er ja nicht mehr mein Mitarbeiter.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Interessanter Satz. Wieso hatten Sie kein Vertrauen mehr eventuell?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Nein, das habe ich so nicht gesagt. Ich hatte ja keinen Grund, ihm nicht zu vertrauen, weil ich das ja nicht wusste.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay. - Jetzt komme ich noch mal auf den entscheidenden Punkt. Sie sagten - das fand ich jetzt interessant -, Sie sind zu ihm gegangen, relativ zeitnah, nachdem das - - und haben ihn zur Rede gestellt oder mit ihm drüber gesprochen. Welchen Eindruck hatten Sie spontan in diesem Moment, der ja sehr frisch war? Wie kam er Ihnen vor? Was haben Sie gespürt? Ich will mal keine Hypothesen aufstellen.

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Hm. - Also, ich habe das noch vor Augen; ich kann das nur schlecht in Worte fassen. Ich hatte auf jeden Fall einen Mitarbeiter vor mir, der sich sehr starke Gedanken über die Dinge machte, die er getan hatte.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Also hatten Sie den Eindruck, wenn - - Ich versuche mal, die Kette zu vervollständigen: Er kriegte also ständig Rückmeldungen von Mitarbeitern, die er beauftragt hatte - „Ist da NSU-Bezug drin?“ -, und die meldeten ihm: Nein, nein, nein, nein, nein. - Dann gab er diese Anweisung, die er ja jetzt überhaupt nicht geben müsste unter dem Gesichtspunkt, er wollte verschleiern, dass da irgendwas rauskommt. Wenn nichts drin war - das hat nicht er befunden, sondern die Mitarbeiter -, hätte er es auch nicht vernichten müssen.

Was konnte denn die Motivation überhaupt sein, wenn man darin nichts finden konnte? Dann war es die Anzahl der T-Fälle, oder was war es, was den Ruf des BfV - - Oder haben Sie irgendeine Vorstellung davon, was ihn überhaupt bewogen haben könnte? Ich verstehe es nicht mehr, ehrlich gesagt. Wenn da jetzt wenigstens was drin gewesen wäre, wenn Sie jetzt gesagt hätten: „Mensch, mir haben drei Mitarbeiter gesagt, da war NSU-Bezug“ - - Aber Sie sagen ja: Nein. - Dann gibt es nichts zu verheimlichen. Er tut es trotzdem. Also, Entschuldigung - wegen Datenschutzvorschriften? In so einem Fall? Wollte er



den Ruf des BfV retten, aber warum? Was war das Dramatische noch?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Herr Abgeordneter Schuster, ich kann es tatsächlich nicht beantworten, weil das ist für mich - - Ich kann mir auch ganz, ganz viel überlegen, warum das hätte so sein können - ich weiß es wirklich nicht. Ich weiß es nicht, und er hat mir damals - das sagte ich ja vorhin schon - auch keine Antwort geben können auf meine wirklich direkte Frage: Warum? Wie kam es dazu?

**Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):** Hatten Sie den Eindruck „reiuiger Sünder“, als Sie ihn vor sich sahen? Hatten Sie den Eindruck: „Dumm gelaufen, da habe ich Mist gebaut“, oder hatten Sie den Eindruck: „Ich habe mir was dabei gedacht“?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Das kann ich auch nicht beantworten. Ich hatte einen emotional sehr beteiligten Referatsleiter vor mir.

**Stellvertretende Vorsitzende Susann Rührich:** Herr [REDACTED] es sieht so aus, als wenn Sie gerade - -

[REDACTED] Nein, nein, alles noch gut.

**Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):** Ich wollte doch endlich mal so weit kommen, dass Sie mal - -

(Heiterkeit)

[REDACTED] Also, wenn Sie wollen, kann ich sagen, dass Sie auf dem Grat wanderten nach spekulativen, hypothetischen Fragen, nach Gefühlen, Einschätzungen usw.

**Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):** Ich frage ja nach den Gefühlen Ihrer Mandantin.

[REDACTED] Auch das ist nicht vom Tatsachenbegriff umfasst.

(Sönke Rix (SPD): Doch, im Untersuchungsausschuss kann man das machen!)

**Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):** Einverstanden. Aber wir sind, glaube ich, doch ein bisschen weitergekommen. Vielen Dank.

Ich habe jetzt noch eine ganz andere Frage zum Schluss, Frau Büddefeld. Fanden Sie, dass der - ich muss noch mal gucken, wie der sich nannte, der offizielle Begriff - 2. Untersuchungsausschuss der 17. Wahlperiode hilfreich war für das BfV?

[REDACTED] Wenn Sie möchten, dass ich wieder aktiv werde: Dann ist das auch eine Frage, die man doch vielleicht noch anders formulieren kann, damit sie tatsachenbasiert ist.

**Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):** Haben Sie denn - - Dann frage ich andersrum, Frau Büddefeld: Haben Sie für uns eine Einschätzung aus Ihren Führungsfunktionen, die Sie hatten im BfV, warum das Amt die Möglichkeit der Bildung einer rechtsradikalen, extremen Terrorzelle nicht erkannte? Haben Sie eine Einschätzung dazu: Was war das, was Sie unbedingt im Amt verändern mussten, damit so etwas nicht mehr passiert? Gab es Defizite, wo Sie sagen: „Ja, wohl, und das haben wir mittlerweile bereinigt“? Warum wurde der NSU nicht erkannt? Das kann ich Sie, glaube ich, schon fragen, weil mit Ihrer Erfahrung als Führungskraft, vermute ich, haben Sie eine Einschätzung dazu.

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Das Problem, was wir in dem Nichterkennen des NSU im BfV hatten, ist sicherlich, dass wir nicht alle Informationen als Zentralstelle bekommen haben. Ich meine, wir haben zwar jetzt eine andere Regelung und eine Zentralstellenregelung auch im Gesetz, die sehr deutlich ist; aber diese Zentralstellenfunktion hatten wir auch schon vor dem neuen Gesetz. Das heißt, bei uns müssen alle relevanten Informationen aus den Landesämtern anlanden, damit wir in der Lage sind, dort bundesweite Auswertungen auch eben durchzuführen.

Das war ein Problem im Vorfeld mutmaßlich. Das musste verbessert werden. Also, Informationsfluss und Zusammenarbeit sind da vielleicht die Stichworte, um die es geht.



## 3. Untersuchungsausschuss

Ein Wort, was ich sehr damit verbinde, mit den Veränderungsprozessen, das ist das Wort „Nachhaltigkeit“. Das heißt, wenn ich etwas im BFV erfahre, dass ich da auch wirklich nachhaltig dranbleibe und es nicht irgendwann, aus welchen Gründen auch immer, in Vergessenheit gerät oder in die untere Schublade von irgendetwas, sondern dass ich mich auch immer wieder daran erinnere: Das gibt es auch, und auch dort muss ich noch die Fäden weiter verfolgen, um möglicherweise irgendwelche Dinge zu entwirren und zu entdecken, die ich bearbeiten muss und die auch wirklich gefährlich sind.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Sie würden sagen, dass der Reformprozess, den Sie beschrieben haben, an der Stelle jetzt auch wirkt?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Ja, das würde ich sagen.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Beispiel?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Wir haben die Strukturen in der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern auf ganz andere Füße gestellt. Wir haben ein Datensystem oder eine Datenbank, die Bund und Länder gemeinsam bedienen, die immer mehr Möglichkeiten bietet, sehr schnell an die relevanten Informationen zu gelangen. Das vielleicht nur als zwei Beispiele, die das - -

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Können Sie Beispiele benennen? Dieses „die Möglichkeit, dass sich so eine Zelle bildet“, das könntest du ja jetzt im Bereich Islamismus haben, das könntest du im Bereich Links haben, im Bereich Rechts, und was weiß ich, wo überall. Hat sich da etwas in der Mentalität des Amtes verändern müssen, bei dem Befund: „Kann so etwas passieren?“? Wir haben auch lange ausgeschlossen, dass der IS Flüchtlingsrouten missbraucht für seine Aktivitäten. Auch das ist lange falsch eingeschätzt worden. Sehen Sie da eine Veränderung in Ihren Arbeitsprozessen, dass wir bei solchen Befunden anders vorgehen?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Also, ich würde die Frage ganz gerne in eine etwas andere Richtung

drehen. Ob das Amt sich hätte verändern müssen, das entzieht sich wirklich meiner Bewertung, weil dazu bin ich auch viel zu kurz erst da gewesen. Was ich aber feststellen kann, ist, dass es sich verändert hat, und das ist für mich eigentlich viel entscheidender. Die Mentalität auch der Kolleginnen und Kollegen oder das Bewusstsein um die Dinge hat sich verändert, nämlich in die Richtung, dass es so was eben tatsächlich geben kann, und wenn Informationen dazu vorliegen, dass ein bestimmter - jetzt bitte untechnisch - Anfangsverdacht vorliegt, dass eine Zelle oder eine Gruppierung ähnlicher Couleur sich bilden könnte, dass das auch wirklich im Bereich der Realität ist und nicht unrealistisch ist. Dieses Bewusstsein, das nehme ich war. Ob das vorher da war oder nicht da war, das entzieht sich wirklich meiner Bewertung.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Danke schön.

**Stellvertretende Vorsitzende Susann Rührich:** Dann vielen Dank. - Das Fragerecht geht wieder an die Fraktion Die Linke. Frau Pau, bitte.

**Petra Pau** (DIE LINKE): Frau Büddefeld, während Ihnen die Unterlage nach vorne gebracht wird, über die wir vorhin schon gesprochen haben, möchte ich aber noch mal anschließen an Herrn Schuster und Frau Mihalic. Klar, Herr Lingen war, nachdem klar war, die Akten wurden auf seine Anweisung hin vernichtet, nicht mehr in diesem Bereich. Es waren ja noch ein paar mehr Menschen da und beschäftigt auch im Amt, die wussten um diese Vernichtung, die also an dem Vorgang der Prüfung beteiligt waren bzw. die dann die Vernichtung vorgenommen haben. Da stellt sich für mich einfach nur die Frage: Sind die Dinge, die Herr Lingen und gegebenenfalls weitere Beteiligte im Rahmen der LoS bearbeitet haben, zugeliefert haben, dann rückwirkend noch mal überprüft worden, oder besteht zumindest theoretisch auch die Möglichkeit, dass natürlich in dieser Zeit nicht dieses Vertrauen - Sie haben es ja vorhin gesagt - geherrscht hat, dass also Herr Lingen auch dann in diesem Zeitraum vielleicht bestimmte Informationen nicht hat einfließen lassen in die Zuarbeiten, die die LoS geleistet hat?



3. Untersuchungsausschuss

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Also, ich verstehe, worauf Sie hinauswollen. Ich überlege jetzt schon die ganze Zeit, ob ich tatsächlich im Moment das Organigramm der LoS vor meinem geistigen Auge entstehen lassen kann, um mich noch mal zu erinnern, was wir vor fünf Jahren gemacht haben, in welchem Bereich der LoS, wer eingesetzt war, welche Aufgaben dort lagen und welche Produkte aus dem jeweiligen Bereich heraus hätten kommen müssen oder auch herausgekommen sind. Das gelingt mir leider im Moment nicht; das muss ich ganz ehrlich zugeben. Die LoS war auch etwas größer aufgebaut und hatte sehr viele Aufgaben, die tatsächlich aufgeteilt waren.

Insofern: Die Frage, die mich jetzt umtreibt, ist: Welcher Aufgabenbereich und welcher Aufgabenzuschnitt lag überhaupt auf dem Arbeitsplatz vom Herrn Lingen? Fragezeichen. Das kann ich im Moment mir selber gar nicht beantworten. Wenn ich es aber könnte, dann könnte ich Ihnen auch sagen, ob das, was an Vermutungen oder Verdacht jetzt hier im Raume schwebt, überhaupt hätte zutreffend sein können. Weil die Masse - das kann ich wohl sagen - der Informationen, die wir in Berichten, Vermerken, Zulieferungen für was auch immer dann aus den Recherchen nach den Informationen bekommen haben, die kamen aus anderen Bereichen der LoS. Das kann ich sicher sagen. Aber wie gesagt, mir gelingt im Moment vor meinem - - Ich kann es nicht rekonstruieren.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Alles klar. Gut, dann haben wir aber eine gemeinsame Frage in den Raum gestellt und im Protokoll verankert.

Ich bitte jetzt darum, dass Ihnen dieser Vermerk erst mal vorgelegt wird, über den wir vorhin schon begonnen haben zu sprechen.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt)

Wir finden das in MAT BB-21, Seite 125. Das ist ein Gesprächsvermerk. Die gebende Behörde ist das Innenministerium des Landes Brandenburg. Der Unterzeichner hat diesen Vermerk auch aus dieser Behörde angefertigt. Ich beschreibe jetzt mal kurz, was der Gegenstand ist: Gespräch GBA

am 28.01.2013. Der Vermerk ist dann am 30. erstellt worden.

An der o. g. Besprechung nahmen neben den Vertretern des GBA,

- ich kürze jetzt mal die Namen ab, nicht weil der GBA anonym bleiben muss, aber weil ich nicht weiß, ob die Namen, die vom BfV hier drinstehen, Dienstnahmen sind oder Klarnamen -

darunter die Herren G. ... D. und ... B. ... Staatsanwalt Sch. ... Vertreter des BfV (... B., ... A.) und des BKA (u. a. Herr K.) sowie für hiesige Behörde Unterzeichnerin teil.

Gegenstand des Gespräches waren

1. die Anhörung (BfV) und Vernehmung (BKA) des im o. g. Verfahren als Zeugen benannten Carsten Szczepanski und die gegenseitige Abstimmung und Unterrichtung.

2. die Fragen zum Handy des Carsten Szczepanski, welches ihm von hiesiger Behörde zur Verfügung gestellt wurde.

Die erste Frage, die sich mir aufdrängt - und das schließt an die Frage von Herrn Binniger vorhin an -: War es üblich im Vorfeld von Vernehmungen von V-Leuten, dass es solche koordinierenden und abstimmenden Beratungen gab?

Die zweite Frage, die sich mir dann allerdings erst recht aufdrängt, weil nach meinem bisherigen Wissen war Carsten Szczepanski alias „Piatto“ V-Mann des Landesamtes für Verfassungsschutz Brandenburg: Was hat das BfV dann da am Tisch zu tun?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Zur ersten Frage - war es üblich? -: Das kann ich tatsächlich nicht bewerten und nicht einschätzen, ob das üblich ist oder nicht. Insofern kann ich - -

**Petra Pau (DIE LINKE):** Also Ihnen sind keine weiteren solcher Vorgänge bekannt, solche Beratungen oder so? Das ist nicht über Ihren Tisch oder - -



## 3. Untersuchungsausschuss

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Ich würde mich gerne darauf zurückziehen, dass ich nicht sagen kann - - dass ich es nicht weiß, und nicht bewerten kann und auch nicht möchte, ob solche Gespräche üblich sind oder nicht. Das ist die Aussage, die ich gerne treffen möchte in dem Kontext.

Jetzt brauche ich gerade noch mal die zweite. Sorry, Frau Abgeordnete Pau.

**Petra Pau (DIE LINKE):** „Piatto“ war, nach meinem bisherigen Wissen jedenfalls, V-Mann des Landesamtes für Verfassungsschutz in Brandenburg. Also, ich kann mir ja noch vorstellen, dass der GBA ein Interesse hat usw. und dass natürlich die Brandenburger Behörde ein Interesse hat, aber vor einer Vernehmung und dann auch Verwertung dessen, dass das BfV da am Tisch sitzt und dann ganz zum Schluss auch vereinbart wird, dass natürlich alle Ergebnisse auch wieder dorthin zurückgespiegelt werden, das kann ja noch Gründe haben. Aber ich komme gleich noch mal zum Inhalt des zweiten Abschnitts. Mir erschließt sich im Moment noch nicht, was das BfV in einer solchen Vorbesprechung vor einer Vernehmung zu tun hat, wenn Herr Szczepanski kein Verhältnis zu ebendieser Behörde hatte, um es mal zu umschreiben.

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Also, ich weiß es zu schätzen, dass Sie mir den Vorhalt jetzt tatsächlich auch mal hier auf den Tisch gelegt haben. Allerdings: Ich kann es tatsächlich überhaupt nicht einordnen zurzeit, und insofern kann ich auch die Frage tatsächlich nicht beantworten.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Gut. - Dann übergebe ich - jetzt nicht als Frage an Sie, sondern einfach fürs Protokoll, damit sich jedem erschließt, worum es mir hier an dieser Stelle geht - - Für mich geht es dann - - Oder in Fortführung dieses Vermerks stellt es sich so dar, dass eigentlich der Verdacht, dass „Piatto“ in irgendeiner Weise an der Frage der Waffenbeschaffung für das Trio durch Jan Werner beteiligt war, in diesem Gespräch, also schon vor der Vernehmung von Herrn Szczepanski, mehr oder weniger abgeräumt wurde. So liest sich das Ganze hier.

Dann geht es weiter, dass ich den Eindruck habe - das war auch so ein bisschen der Sinn der Nachfragen vorhin schon, die wir in der ersten Runde hatten -, dass immer dann, wenn V-Leute, welcher Behörde auch immer, ins Spiel kamen, eine gewisse Handbremse angelegt wurde bei der weiteren Ermittlung ihrer Rolle in diesem Bereich. Weil hier heißt es dann immer wörtlich: Seitens des BKA wurde eingeräumt, dass die Frage des Handstandorts Chemnitz ungenau sei. Ebenfalls wurde vom BKA eingeräumt, dass Jan Werner schon vor der betreffenden SMS um 19.21 - „Was ist mit dem Bums“ - versucht habe, „Piatto“ anzurufen. Daraus wird dann in diesem Vermerk der Schluss gezogen:

Dies verstärkt das Indiz dafür, dass die bewusste SMS den Empfänger nicht mehr erreichte, denn dieser hatte zu diesem Zeitpunkt bereits das neue Handy erhalten.

Alles immer noch aus der gleichen Quelle: BB-21, Seite 125. Das sind dann exakt die Ergebnisse auch der Vernehmung von Herrn Szczepanski. Mehr ist dazu nicht mehr übermittelt.

Also, mir drängt sich einfach der Verdacht auf, dass hier schon im Vorfeld, in Vorbereitung der Vernehmung, im Prinzip das Ergebnis erst mal feststand. Herr Szczepanski wird ja dann auch irgendwann eine Aussagegenehmigung gekriegt haben, als er dann vernommen wurde usw.

Deswegen will ich weiter der Frage nachgehen - wie gesagt, wenn Sie uns da nicht helfen können, muss ich andere Zeugen dazu fragen -: War das die Regel, dass es solche Beratungen vorneweg gab und auch schon schriftlich festgehalten wurde, was dort stattfindet, und welchen Einfluss hatte das auf die Bemühungen der Ermittler, hinter die Rolle auch von V-Leuten, welche ansonsten aber auch nichts anderes als Nazis waren, im Netzwerk rund um das Kerntrio zu kommen?

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand)

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Ich habe Ihnen zugehört.



**Stellvertretende Vorsitzende Susann Rührich:** Gut, dann war das das Fragerecht der Linken. - Die SPD hat gerade keine Fragen für den öffentlichen Teil mehr. - Damit geht das Fragerecht zu Frau Mihalic von den Grünen.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Frau Büddefeld, ich habe zu diesem Komplex „Aktenvernichtung Lothar Lingen“ eigentlich nur noch eine Frage. Herr Schuster hat Sie ja vorhin auch mit der Aussage von Herrn Lingen beim Generalbundesanwalt konfrontiert, wo er sozusagen das öffentlich gemacht hat oder zumindest dem Generalbundesanwalt das in der Vernehmung so gesagt hat, dass er vorsätzlich diese Akten vernichtet hat, um irgendwie unangenehme Fragen für das Amt zu vermeiden. Wann haben Sie von der Vernehmung oder von dieser Aussage Kenntnis erlangt? War Ihnen das bekannt? Also, war Ihnen das bekannt, welche Aussage Herr Lingen beim Generalbundesanwalt gemacht hat?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Nein.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Während seiner Vernehmung hat Herr Lingen noch einmal telefonisch Rückfrage gehalten mit dem Bundesamt wegen seiner Aussagegenehmigung, weil er sich nicht sicher war, ob die Frage, die ihm gestellt wurde, beantwortet werden kann oder ob er die beantworten kann. Haben Sie da mit ihm gesprochen, oder mit wem hat er telefoniert?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Mit mir nicht.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wissen Sie, mit wem er gesprochen hat?

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Wenn es um den Umfang der Aussagegenehmigung geht, dann wird das unser Referat gewesen sein, was sich mit den Rechtsfragen befasst.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Ich habe dann noch eine Frage zu einem ganz anderen Komplex, und zwar geht es um den V-Mann „Corelli“ bzw. um Thomas R. und um die Maßnahmen, die getroffen worden sind während seiner Abschaltung, und auch die

Schutzmaßnahmen, mit denen er dann belegt wurde. Wir wissen, dass in Sachen „Corelli“ noch vor seiner Enttarnung und Abschaltung halt eben diese Schutzmaßnahmen angelaufen sind und eingeleitet wurden und er dann auch ins außereuropäische Ausland verbracht wurde. Was aber nicht so richtig klar geworden ist: Worin bestand eigentlich die Gefährdung für ihn, für seine Person?

**MR Richard Reinfeld (BMI):** Schutzmaßnahmen machen wir nicht in Öffentlich.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay, das können wir im nichtöffentlichen Teil machen. Ich dachte nur, weil sich das ja auch - - Also, ich mache keinen nichtöffentlichen Vort.

Dann schaue ich jetzt mal gerade. - Nein, dann ist das alles. Das machen wir dann alles im nichtöffentlichen Teil. - Aber das können wir vielleicht noch in diesem Format machen. Es betrifft dann den Sachverhalt - - Nein, das machen wir auch lieber in der nichtöffentlichen Sitzung. Okay, gut.

**Stellvertretende Vorsitzende Susann Rührich:** Vielen Dank. - Das Fragerecht würde zur Union weitergehen. - Da wird der Kopf geschüttelt. - Damit ist Frau Pau schon wieder dran.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Auch nur eine Frage noch. Es gab ja neben den Vernichtungen der T-Akten auch weitere Aktenvernichtungen. Da will ich jetzt gar nicht über Rechtmäßigkeit oder Nichtrechtmäßigkeit reden. Aber eine Wissensfrage: Wir wissen, dass die P-Akte von Jan Werner und auch die von Herrn M. vernichtet wurden. Was ist eine P-Akte? Was findet man darin im Allgemeinen? Ich will nicht den Inhalt der Akte - den können Sie auch gar nicht kennen, wenn die schon vor Ihrer Amtszeit vernichtet wurden -, sondern ich will nur mal den Verlust einschätzen können, den wir erlitten haben dadurch, dass es diese P-Akten nicht mehr gibt.

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Also, P-Akte ist für uns die Abkürzung für „Personenakte“, und Personenakte beinhaltet alle Erkenntnisse, Informationen zu einer von uns beobachteten Person, also





einer Person, die bei uns als extremistisch eingestuft ist.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Na ja.

**Zeugin Dinchen Büddefeld:** Als Auswertungsakte jetzt vielleicht, in Abgrenzung zu der Akte, die in den Beschaffungen läuft.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Es gab auch eine P-Akte zu M [REDACTED] Den haben Sie also als extremistisch und zu beobachtend geführt? Ich höre immer von V-Mann-Führern parallel, was das für tolle Staatsbürger sind, die, sobald sie in den Dienst der Ämter für Verfassungsschutz treten und Geld von ebendiesen bekommen, sich nur noch um das Gemeinwesen kümmern, das heißt auch potenziell nicht gefährlich sind. Das habe ich jetzt nicht verstanden. Aber gut, das müssen wir dann noch mal - - Gut, danke.

**Stellvertretende Vorsitzende Susann Rührich:**

Die SPD hat auch keine öffentlichen Fragen mehr. Gibt es bei den Grünen noch öffentliche Fragen? - Dann sind wir mit dem öffentlichen Teil der Befragung durch. Ich darf Sie aber noch nicht verabschieden, Frau Büddefeld, sondern wir würden Sie bitten, noch zu warten, bis wir mit Frau de la Chevallerie durch sind. Wir machen erst mit den öffentlichen Befragungen weiter und bitten Sie, dann mit uns in den anderen Saal zu gehen.

Damit unterbreche ich die Sitzung für fünf Minuten bis 17.05 Uhr, und dann geht es mit der nächsten Zeugin weiter. - Vielen Dank.

(Unterbrechung von 16.59  
bis 17.05 Uhr)

**Vernehmung der Zeugin  
Cornelia de la Chevallerie****Stellvertretende Vorsitzende Susann Rührich:**

Wir beginnen mit der Vernehmung von Ihnen, Frau Cornelia de la Chevallerie. Nachdem Sie heute Morgen bereits vom Vorsitzenden den Gegenstand der Vernehmung erläutert bekommen haben, Sie zur Wahrheit ermahnt wurden und belehrt wurden, kommen wir nun zur Vernehmung der Person. Bitte nennen Sie uns Ihren Namen, Ihr Alter, Ihren Beruf und Ihren Dienstort.

**Zeugin Cornelia de la Chevallerie:** Mein Name ist Cornelia de la Chevallerie. Ich bin 59 Jahre alt. Mein Dienstort ist das Innenministerium in Düsseldorf.

**Stellvertretende Vorsitzende Susann Rührich:**

Vielen Dank. - Ich komme nun zur Vernehmung in der Sache. Frau de la Chevallerie, zunächst haben Sie, wie Ihnen heute Morgen auch schon gesagt wurde, die Gelegenheit, im Ausschuss im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie das wünschen. Der Gegenstand der Vernehmung ist ja bekannt. Wünschen Sie das Wort? Möchten Sie zunächst selbst etwas sagen, oder sollen wir direkt mit Fragen starten?

**Zeugin Cornelia de la Chevallerie:** Ich denke, es gibt ja schon einige Stellungnahmen, auch hier, auch im ersten Untersuchungsausschuss. Angesichts der Zeit, wenn Sie einverstanden sind, würde ich vorschlagen, direkt zur Vernehmung überzugehen.

**Stellvertretende Vorsitzende Susann Rührich:**

Wir sind einverstanden. Deswegen stellen wir ja die Frage, wie Sie es gerne hätten. - Demnach hätte zuerst die Unionsfraktion das Wort. Herr Schuster, bitte.

**Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):** Wir haben eigentlich nur einen Komplex, Frau de la Chevallerie, wo wir noch mal nachfragen wollen, weil wir Ihre Vernehmung im NRW-Untersuchungsausschuss intensiv gelesen haben. Wir würden gern noch ein Fragezeichen ausräumen. Im Schwerpunkt ging es da um den Vermerk des BfV-Beamten [REDACTED] vom 8. Juli 2004

und die Frage, warum die Verfassungsschutzabteilung nicht dem PP Köln den Vermerk weitergeleitet hat - also unterstellt, das weiß ich jetzt noch nicht; das werden Sie gleich sagen. Ich habe jetzt Ihre Aussage vor dem Untersuchungsausschuss so verstanden, dass das ein Missverständnis seitens der Verfassungsschutzabteilung war. Sie gingen wohl davon aus, dass das BfV selbst mit dem PP Köln in Kontakt getreten wäre. Auslöser dieses Missverständnisses war wohl der Satz im Ap [REDACTED] Vermerk, der sich auf Erkenntnisse zu [REDACTED] und anderen in Betracht kommenden Personen bezog. Ich zitiere mal:

Laut telefonischer Rücksprache mit dem PP Köln wird dieser Hinweis in die laufenden Ermittlungen einbezogen.

So schrieb das Ap [REDACTED] selber. Jetzt noch mal die Frage an Sie: Ist es tatsächlich so, dass der Vermerk dort nie ankam, weil es bei Ihnen ein Missverständnis war, oder was können Sie uns dazu sagen?

**Zeugin Cornelia de la Chevallerie:** Sie meinen, der Vermerk beim PP nicht ankam?

**Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):** Ja.

**Zeugin Cornelia de la Chevallerie:** Ja, wir haben den, so meine ich jedenfalls, nicht weitergegeben. Wir haben darüber gesprochen, über diesen Vermerk. Er ist eingestuft. Das wissen Sie ja. Es ist dabei - - Ich weiß das jetzt auch aus meiner Vernehmung, dass es einen Vermerk gibt, der in den Akten des BfV ist, und in Akten des BfV soll es den Zusatz geben - ich weiß nicht, ob handschriftlich oder als Verfügungspunkt -: Bitte das LfV bitten, an den PP weiterzugeben. - Dieser Zusatz ist bei uns so nicht angekommen. Es gibt kein Begleitschreiben dazu. Ich weiß auch, dass unser Haus immer wieder noch mal nachgefragt hat beim BfV, ob es tatsächlich kein Begleitschreiben gibt, auch im Nachhinein. Da ist lediglich jetzt vor kurzem mir dann - deswegen habe ich es noch mal gesehen - nur dieser Vermerk in den Akten des BfV zugeleitet worden. Also, das weiß ich jetzt durch die Vernehmung.



3. Untersuchungsausschuss

Für uns war es so: Das BfV hat es eingestuft. Es gibt ja die Koordinierungsrichtlinie, die eben halt auch vorsieht, wie man mit eingestuften Sachen umgeht. Das ist ja der Urheber, der dann die Einstufung bestimmt. Und wenn es also hier so gewollt gewesen wäre, wie es das BfV ja auch sagt, dass wir es weitergeben, hätte das BfV uns das auch ausdrücklich sagen müssen. Über diese zwei Sätze - es sind ja zwei Sätze, die am Ende dieses Schreibens stehen - habe ich den PP entsprechend informiert. Diesen Telefonkontakt, dass man den Hinweis in die Ermittlungen aufnimmt, haben wir so verstanden - nicht nur ich, sondern auch meine Mitarbeiter im Auswertungsbereich -, die haben das auch ausdrücklich mir so vorgetragen, dass es weitergegeben worden ist vonseiten des BfV. Also, wir sahen dann keine Notwendigkeit mehr, es noch mal weiterzugeben.

Sie können auch meinen handschriftlichen Notizen am Rand dieses Schreibens entnehmen, dass ich ziemlich irritiert war über diese Vorgehensweise. Ich habe da, glaube ich, drangeschrieben: „Entspricht das dem Dienstweg?“ Das ist eine Diskussion, die wir ab und zu mal, sage ich mal, mit dem BfV hatten, dass das BfV unmittelbar an die Polizei herangetreten ist. Das wurde dann hier genauso wieder angenommen. - Ja, das ist so der Hintergrund gewesen.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Sie haben sogar darüber - - Sie haben das sogar kritisiert, so sicher waren Sie, dass das passiert ist?

**Zeugin Cornelia de la Chevallerie**: Ja. Das ist - - Jedenfalls ist das unsere Auffassung so dazu gewesen, eben vor dem Hintergrund, dass, wenn jemand gewollt hätte, weil er der Einstufende war, wenn er gewollt hätte, dass wir es weitergeben, hätte er es uns auch klar sagen müssen. Und für uns war dieser Hinweis eben - - besagte eben das Gegenteil, am Ende des Schreibens.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ja, Sie haben recht. In den BfV-Akten findet man diesen handschriftlichen Vermerk - Zitat -:

Herrn P. über Herrn VP z. K.  
Das LfV/NW erhält eine Ausfertigung

des Vermerks mit der Anregung, die Polizei entsprechend zu unterrichten.

**Zeugin Cornelia de la Chevallerie**: Ich weiß heute, dass die Anregung nicht angekommen ist.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Aber Sie wussten es damals nicht?

**Zeugin Cornelia de la Chevallerie**: Nein. Da haben wir ein typisches verschiedenes Verständnis von Empfänger und Absender.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Haben Sie eine Einschätzung dazu, was es bedeutet hätte, wenn es dieses Missverständnis nicht gegeben hätte?

**Zeugin Cornelia de la Chevallerie**: Für uns wäre das selbstverständlich gewesen, es weiterzugeben. Aber unabhängig davon haben wir uns natürlich damals auch hingesetzt und nachgedacht über das, was da drin stand.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Und?

**Zeugin Cornelia de la Chevallerie**: Es ist ja einmal, das erste Mal der Bezug auch gestellt worden, dass es zwei Taten mit demselben Täter vielleicht gegeben haben könnte. Ich selber hatte keinerlei Kenntnisse über die Probsteigasse, und man hat mir dazu auch damals bei uns in der Abteilung nicht viel sagen können. Und dann hat man natürlich zu der Ideologie Querverbindungen hergestellt. Einmal, weil ja in dieser *Stormer*-Zeitung eben halt auf die Copeland Bomb, also der Anleitung, Bezug genommen worden ist. Wir haben uns überhaupt, also seit langem, nicht nur in diesem Kontext, sondern auch im Jahr vorher, als da dieser Anschlag auf den Fall Wiese war, natürlich damit beschäftigt, auch mit diesem Muster beschäftigt. Es ist nicht so gewesen, dass wir es nicht ausgeschlossen hätten, dass es von rechts ein Anschlag gewesen sein könnte, was er dann auch war. Wir haben das deswegen noch mal zum Anlass genommen, bei uns in den Unterlagen zu recherchieren, haben das aber auch im Nachklapp des 9. Juni sowieso getan - das ist



ja damals auch durch den Abteilungsleiter unmittelbar beauftragt worden - und sind dort zu keinen anderen Erkenntnissen gekommen, und zwar nicht nur bezogen auf die vier Namen, die da genannt worden sind, sondern bezogen insgesamt auf Nordrhein-Westfalen.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Haben Sie denn von sich aus als Schlussfolgerung, die Sie vielleicht gezogen haben, mit dem PP Köln Kontakt aufgenommen, jetzt mal unabhängig von dem Vermerk?

**Zeugin Cornelia de la Chevallerie:** Es ist so, dass die - - Ich selber hatte keinen Kontakt zum PP Köln. Es ist so, dass unsere Beschaffer eigentlich ganz regelmäßig beim PP Köln waren. Allerdings waren wir nicht eingebunden in die Ermittlungsgruppe, sondern zum Staatsschutz gab es den Kontakt. Den gab es - fragen Sie mich nicht, wie oft - aber sicherlich zwei-, dreimal im Monat. Dort ist immer wieder darüber gesprochen worden. Es gab noch zweimal Anlasspunkte. Ich glaube, wir sind auch mal zu den Gebrüdern [REDACTED] gefragt worden, und dann gab es später auch noch mal - - ist der Beschaffungsleiter da gewesen. Er kam zurück und sagte, sie wissen immer noch nichts, wir sollten noch mal schauen. Das haben wir dann auch noch mal getan. Dann ist sich darüber auch noch mal mit dem PP ausgetauscht worden, mit dem Ergebnis: Wir haben keine konkreten Anhaltspunkte in Nordrhein-Westfalen.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Gut. Das würde ich für die erste Runde mal so stehen lassen. Danke schön.

**Stellvertretende Vorsitzende Susann Rührich:** Vielen Dank. - Dann Frau Pau bitte für Die Linke.

**Petra Pau** (DIE LINKE): Ich würde da gleich noch mal anknüpfen, noch mal schauen: Sind denn damals, als dieses Papier auf den Tisch kam, auch Quellen im Bereich Rechtsextremismus befragt worden: „Was wisst ihr zu dem Anschlag?“?

**Zeugin Cornelia de la Chevallerie:** Das ist wiederholt passiert. Das hat der Abteilungsleiter auch unmittelbar - - Der ist ja angerufen worden, nachdem dieser Anschlag passiert ist. Und er hat

an dem Abend schon die, die da waren, zusammengerufen und gebeten, zu recherchieren, einmal das, was wir überhaupt als Aktenlage hatten. Ich habe ja eben versucht, zu erklären: Das ist ein Thema gewesen, was seit 2003 in regelmäßigen Abständen auch mit dem BfV zusammen diskutiert worden ist. Es gab dann auch immer wieder noch mal Nachfragen bei den Quellen.

Es ist jetzt sehr lange her. Ich bin ja auch schon lange nicht mehr im Verfassungsschutz. Ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, wann welche Rückmeldung gekommen ist. Bei mir ist gesammelt dann immer wieder auch auf meine Nachfragen noch mal - der Abteilungsleiter hat auch wiederholt nachgefragt bei dem Beschaffungsreferatsleiter - dann gesagt worden: Nein, was es bei uns gibt, sind allgemeine Gerüchte, aber eben nicht konkrete Hinweise.

**Petra Pau** (DIE LINKE): Gut. - Ich würde gerne noch ein Stückchen zurückgehen, und zwar: Mir geht es um Dortmund und den Mord an Mehmet Kubasik. Ich weiß, dass Sie da nicht mehr in diesem Amt waren; aber ich gehe davon aus, dass Sie zu den Strukturen, die es dort in Dortmund gab, natürlich Kenntnisse haben und dass Sie sich damit auch regelmäßig beschäftigt haben. Deshalb interessiert mich schon, was Sie uns erzählen können zu Blood & Honour-, aber auch „Combat 18“-Strukturen nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern ganz konkret eben in diesem Dortmunder Raum.

**Zeugin Cornelia de la Chevallerie:** Die Dortmunder Szene war die aktivste in Nordrhein-Westfalen. Wir hatten Hinweise auch schon 2003, als es mal dieses - - Ich glaube, das kennen Sie alles aus dem ersten Untersuchungsausschuss, dass es dort gemeinsame Tagungen gegeben hat zwischen den LfVs und BfV. Im Zuge dessen hat man damals schon vermutet, dass es in Dortmund „C 18“-Strukturen geben könnte. Man hatte damals, das will ich jetzt mal so allgemein sagen, G-10-Maßnahmen laufen, die aber kein Ergebnis gebracht haben, und man hat dann infolgedessen in der Folgezeit versucht, nähere Informationen über diesen Bereich zu bekommen. Es ist keinesfalls so gewesen, dass man das ausgeschlossen hat. Es gab eben Hinweise auf diese Äußerlichkeiten, diese Tätowierungen, dass man entsprechende T-



## 3. Untersuchungsausschuss

Shirts trug. Es gab aber auch Berichte, die eben halt das im Einzelnen schilderten. Deswegen hat man versucht, da näher ranzukommen.

Da hat es diverse Maßnahmen gegeben, um das abzuklären. Eigentlich gingen die, ich würde sagen, die ganze Zeit, also von 2003 bis 2005 mit Sicherheit, in unterschiedlicher Form. Es hat Gespräche mit internationalen - - mit Großbritannien gegeben, mit Belgien gegeben, mit Holland gegeben, in diesem Bereich. Da ist dann zumindest teilweise das BfV auch dabei gewesen. Es hat dann auch halt den Versuch gegeben, Informanten zu werben und eben zu sehen, inwieweit man darüber hinaus dann noch weitere Kenntnisse bekommt.

Im Ergebnis hat es zu nichts geführt. Es ist auch mal ein einsitzender Rechtsextremist im Gefängnis befragt worden. Es war ja konkret die Frage, ob um C [REDACTED] herum eine solche „C 18“-Gruppe entstehen könnte. Da gab es auch Namen. Anfangs waren das auch Namen, wo nur Vornamen oder Kürzel oder so was verwandt worden sind. Dann ist halt dazu auch dieser Rechtsextremist befragt worden, der Herrn C [REDACTED] lange kennt und das dann im Endeffekt auch so bestätigt hat, was wir dann eben wiederholt gehört haben. Es ist - -

Die *Turner Diaries* waren damals Kult. Es sind diese Diskussionen dazu geführt worden. Man hat - - Das sind so Anhaltspunkte gewesen. Man hat sich gefragt: Wieso hat Herr C [REDACTED] - - Herr C [REDACTED] hat Kontakt nach Holland. Was ist da dran? - Man hat gesehen, dass Herr C [REDACTED] Kontakt hatte nach Belgien. Was ist da dran? - Dem ist man jeweils einzeln nachgegangen, und das Ergebnis war: Er ist wohl gedrängt worden, auch durch Holland, also durch [REDACTED] gedrängt worden, dann auch aus Belgien heraus gedrängt worden, dass er eben dieses Label nicht nur nutzen darf, um damit kommerzielle Gewinne zu erzielen, sondern er muss auch sehen, dass er mehr also halt den Gedanken umsetzt. Daraus entstand dann eben, dass es diese Hinweise gab: Es entsteht eine Gruppe um ihn.

Es kam dann auch später diese Diskussion, als diese „Road Crew“, oder wie sie hieß, umgeändert wurde in diese „Streetfighting Crew“. Hat das eben - - Ist da noch mehr dran? - Es hat sich im Endeffekt nicht bestätigt, jedenfalls damals.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ja, das ist genau das Problem. Mit dem haben wir uns auch schon im ersten Untersuchungsausschuss herumgeschlagen, weil es kam ja gleichzeitig in diesem Zeitraum, also 2001 bis 2006, auch in Nordrhein-Westfalen vermehrt zu Sprengstofffunden, Waffenfunden. Dazu kommt - Sie haben selbst schon die Verbindung Richtung Belgien und Holland angesprochen -, dass diese „Combat 18“-Truppe aus Belgien ja nun auch nicht harmlos war, mit über 300 Waffen, einer Rucksackbombe und Sprengstoff, und was dort noch alles festgestellt wurde. Die Frage: Welche Vorstellung hatte man eigentlich, was diese Leute außer großen Worten mit den Waffen, mit diesem Sprengstoff vorhaben? Für wie gefährlich hat man dann die Existenz dieser Dinge da eingeschätzt?

**Zeugin Cornelia de la Chevallerie:** Die Frage war ja, was sie konkret in dem Dortmunder Raum vorhaben und ob man das denjenigen eben zutraut. Das ist die Diskussion gewesen. Es ging ja dann nachher so weit, dass wir uns entschieden haben, ein Anwerbungsgespräch zu führen - ich weiß nicht, inwieweit Sie das aus den Akten wissen; ich will es mal im Moment dabei lassen -, was sicherlich eine sehr kritische Abwägung gewesen ist, ob man das tut oder nicht tut, und trotzdem eben aus diesen Zusammenhängen nichts anderes belegen konnten. Mir hat die Beschaffung damals eigentlich sehr glaubwürdig dargelegt, dass man jedenfalls keine weiteren Anhaltspunkte hat, die - -

Dieser Einsatz dieses Informanten hat ja dazu geführt, dass wir auch sehr viele Hinweise nach Belgien haben liefern können und dass das dann auch dazu beigetragen hat, dass diese Gruppe - - dass es diese Verhaftung für diese Gruppe BBET gegeben hat. Man hat uns aber auch seitens des belgischen Staatsschutzes sehr glaubhaft versichert, dass die keine Bezüge nach Deutschland, also nach Dortmund, haben. Wir hatten damals Quellenberichte, dass angeblich Herr C [REDACTED] damit geprahlt hat: Ich bekomme Waffen aus



Belgien. - Er hat auch damit geprahlt, dass er Wehrsportübungen durchführen würde oder dass er Sprengstoff besorgen kann. Solche Hinweise hatten wir. Aber als wir denen dann jeweils nachgegangen sind, hat sich zum Beispiel rausgestellt, dass diese Wehrsportübungen auf einem käuflichen Militaria Camp in Polen stattgefunden haben.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Na ja, was ja noch nichts heißen muss. Also, wir wissen -

**Zeugin Cornelia de la Chevallerie:** Nein, aber - -

**Petra Pau (DIE LINKE):** - von Übungen in Südafrika auf einer Ranch anderer Nazis. Wir wissen von Ausflügen nach Ungarn, nach Tschechien und ich weiß nicht, was alles.

Ich will nur abschließend sagen: Ich komme gedanklich immer nicht dahinter. Wir hatten auch in Nordrhein-Westfalen Ereignisse in den 2000er-Jahren. Wir hatten den Anschlag in Düsseldorf-Wehrhahn. Da gab es auch eine - - oder wurde durch die Polizei eine Spur nach rechts verfolgt. Es gab im Jahr 2000 den dreifachen Polizistenmord durch [REDACTED] also ein schwerstbewaffneter Nazi, der eben auch bereit war, seine Ideologien mit diesen Morden entsprechend umzusetzen. Aus meiner Sicht hätte es schon nahegelegen, noch mal vielleicht auch über wirklich die Existenz rechtsterroristischer Strukturen nachzudenken, vielleicht nicht in der klassischen Terrordefinition. Aber das wurde ja damals alles bewegt. Wir versuchen ja jetzt, herauszufinden: Was muss für die Zukunft getan werden, damit sich so etwas möglichst nicht wiederholt?

Das wird auch mein letzter Satz: Viele der Namen, die Sie eben schon genannt haben - ich könnte jetzt noch ein paar dazutun -, sind auch heute, im Jahre 2016, unterwegs, übrigens mit ihren Nazikumpels aus Großbritannien, aus Belgien usw., jüngst gerade erst wieder in Dortmund, im Sommer.

**Zeugin Cornelia de la Chevallerie:** Ja, habe ich gehört, dass das wieder so ist.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Da stellt sich die Frage: Wird hier „Combat 18“ gerade wiederbelebt?

Wozu haben die sich da im Sommer dieses Jahres verabredet? - Gut.

**Zeugin Cornelia de la Chevallerie:** Soll ich darauf noch antworten, oder - -

**Petra Pau (DIE LINKE):** Wenn Sie eine Antwort haben.

**Zeugin Cornelia de la Chevallerie:** Nein, leider nicht.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Gut, danke. Dann halten wir das nur fest.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Dann geht das Fragerecht an die SPD-Fraktion. Frau Rührich.

**Susann Rührich (SPD):** Vielen Dank. - Ich würde, um an den Punkt Dortmund noch mal anzuschließen, gern die ganz konkrete Frage stellen: Der Mordfall an Herrn Kubasik in der Mallinckrodtstraße, ist der jemals in irgendeiner Art und Weise in Ihrer Dienstzeit im Landesamt aufgeschlagen, einfach durch die Bezüge „Kameradschaftstreffpunkt in der Straße“, „Herr Borchartt wohnt in der Straße, diverse andere einschlägige Rechtsextremisten“ und „es ist an und für sich ein Stadtteil in Dortmund, in dem die Szene aktiv ist“? Ist das in irgendeiner Art und Weise jemals bei Ihnen im Amt aufgeschlagen? Hat jemals jemand bei Ihnen Informationen dazu eingeholt in Bezug auf genau diesen Tatort?

**Zeugin Cornelia de la Chevallerie:** Ich kann Ihnen das leider nicht beantworten, weil ich im März, also vor dem Anschlag, den Verfassungsschutz verlassen habe. Ich bin dann in die Personalabteilung gewechselt, war dann auch in einem längeren Urlaub. Also, ich bin über den Anschlag selber gar nicht in Deutschland gewesen. Ich habe es auch nicht in den Zeitungen gelesen, sondern später dann. Natürlich macht man sich im Nachhinein - - stellt man sich Fragen. Ich glaube, wir stellen uns alle sehr viele Fragen im Nachhinein. Aber ich kann Ihnen dazu konkret nichts sagen. Es ist bei uns auch so, dass wir dann keinen Kontakt zum Verfassungsschutz mehr haben, wenn wir die Abteilung gewechselt haben.



## 3. Untersuchungsausschuss

**Susann Rührich (SPD):** Okay. - Können Sie uns zu der Person Sebastian [REDACTED] Auskunft geben? Die Gruppe „Oidoxie Streetfighter Crew“ war schon gerade eben Thema, wo er Mitglied war. Er war bekanntermaßen Neonazi, Drogendealer, Waffenhändler. Da stellt sich mir so ein bisschen die Frage: Ist er trotzdem für das Landesamt spannend gewesen oder genau deswegen, um gegebenenfalls Phänomenbereiche übergreifend in den Blick zu nehmen? Was wir ja hier auch immer angucken, sind gegebenenfalls die Szenen Waffenhandel und Rechtsextremismus. Überlagern die sich, und wie kriegen wir das auf den Schirm? An der Person sieht man, dass es diese Überschneidung durchaus gibt. Also, ist es für Sie seine kriminelle Verstrickung? Ist es ein „Wir haben trotzdem mit ihm zusammengearbeitet“ oder eher „deswegen“?

**Zeugin Cornelia de la Chevallerie:** Vielleicht: Die Hinweise, die man - - Sie sagen ja selber, Herr S [REDACTED] hat auch eine lange Vergangenheit aus der Szene heraus. Es gab einfach Hinweise, Meldungen auch von anderen Landesämtern, aber auch vom Staatsschutz, wo wir einfach Hinweise bekommen haben, er könnte in Waffenhandel - - oder zumindest waffenaffin sein oder in Waffenhandel verstrickt sein. Später ist es dann zu Gesprächen gekommen. Aber das sind jetzt wirklich Dinge, die sind so eingestuft, dazu darf ich Ihnen jetzt, glaube ich, nichts sagen. - Sie nicken. Ja, danke.

**Susann Rührich (SPD):** Dann lasse ich es damit schon bewenden.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Wunderbar. - Dann ist Frau Mihalic dran.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe auch nur noch ein paar kurze Nachfragen im öffentlichen Teil.

Sie haben vorhin auf die Frage von Frau Pau über das Thema Quellensensibilisierung geredet, auch nach dem Anschlag in der Keupstraße. Haben Sie oder hat das Landesamt bzw. die Abteilung Verfassungsschutz im nordrhein-westfälischen Innenministerium damals eine Rückmeldung an die Polizei dazu gegeben? Ich will darauf hinaus:

Sie haben sozusagen im Verfassungsschutzbereich Ihre Quellen sensibilisiert. Sind Sie auch an die Polizei herantreten und haben denen das mal gesagt, so ungefähr: „Wir haben unsere Quellen sensibilisiert oder überprüft; vielleicht macht ihr das mit euren Quellen auch, um da sozusagen irgendwie auch mal einen Informationsaustausch hinzukriegen“?

**Zeugin Cornelia de la Chevallerie:** Es ist damals in verschiedene Phänomenbereiche hinein gefragt worden. Es ist ja auch so, dass die Ermittlungen in unterschiedliche Bereiche gingen. Aber sie waren auch von der Festlegung sehr verschieden. Bei uns jedenfalls wurden sie in verschiedenen Phänomenbereichen befragt, und soweit es dann daraus schriftliche Berichte gab über die Treffen mit den Quellen, sind die der Polizei zugeleitet worden.

Was ich Ihnen jetzt nicht genau sagen kann, weil ich in der Gruppe nicht war: Anfangs ist der Teil bei uns federführend in der Ausländergruppe geführt worden. Das bedeutete aber keine Festlegung nach innen, sondern das lag daran: Als der Anschlag passiert ist - - Das Lagezentrum ist dieser Ausländergruppe zugeordnet. So ist das passiert.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay.

**Zeugin Cornelia de la Chevallerie:** Von dort, meine ich, dass der Beschaffungsleiter in der Ermittlungskommission auch das ein oder andere Mal gewesen ist und Informationen eingebracht hat; wir persönlich in der Ermittlungsgruppe nicht, sondern, das sagte ich eben schon, die Kontakte, die unsere Beschaffung hatte, waren die über den Staatsschutz, und da ist darüber gesprochen worden.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Dann möchte ich noch mal ein bisschen was zum Thema *BfV Spezial 21* fragen. Es ist im Grunde genommen erstaunlich, was da so alles drinsteht. Auch der Zeitpunkt der Veröffentlichung ist für uns natürlich auch interessant. Im Jahr 2004, in zeitlicher Nähe zum Anschlag eben in der Keupstraße. Was mich daran so erstaunt - oder uns alle hier wahrscheinlich -, ist, dass in



diesem *BfV Spezial* man ja schon einige mutmaßlich terroristische Bestrebungen auflistet oder aufführt, am Ende aber dann zu dem Ergebnis kommt: Rechtsterrorismus gibt es so nicht. - Jetzt weiß ich nicht, ob Sie auch an diesem *BfV Spezial* aus Landesperspektive mitgewirkt haben in irgendeiner Art und Weise oder ob Sie mir etwas mehr darüber erzählen können, wie man eigentlich zu so einem Fazit kommt.

**Zeugin Cornelia de la Chevallerie:** Ja. Das *BfV Spezial* hat ja das BfV erstellt, nicht wir.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau.

**Zeugin Cornelia de la Chevallerie:** Aber es gab natürlich diverse Auswerter- und Beschaffungstätigkeiten und eben halt auch diesen ganzen Prozess in 2003, der dem Ganzen vorausging. Die Namen, die in dem *BfV Spezial* stehen, die sind zum Beispiel auch bei dieser besagten Tagung - teilweise jedenfalls - diskutiert worden in 2003, als der Fall [REDACTED] passiert ist. Deswegen war die Auflistung nicht so neu, jedenfalls, als ich es gelesen habe.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Darf ich kurz dazwischen?

**Zeugin Cornelia de la Chevallerie:** Ja.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Wenn Sie gerade sagen, es wurde da diskutiert - so haben wir es ja auch bisher gehört, dass da eben jedes Land oder jede Behörde seine Protagonisten einbringt, die sich für eine Ablichtung in dem Dossier geeignet hätten -: Können Sie sich noch daran erinnern, wer dafür gesorgt hat, dass da ein Beitrag über die Jenaer Bombenbastler, die seit fünf Jahren untergetaucht sind, aufgenommen wird?

**Zeugin Cornelia de la Chevallerie:** Das kann nur Thüringen gewesen sein.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Nein, jetzt geht es nur um Ihre Erinnerung. Wir haben ja auch schon mal was dazu gehört, wer dafür gesorgt hat; aber uns hat immer gewundert, dass ein Neonazi-Trio, das zu diesem Zeitpunkt 2003, als diese Tagung war in Vorbereitung des Dossiers,

schon fünf Jahre untergetaucht war - der Haftbefehl bestand nicht mehr - - und ja auch der lapidare Satz dann lautet: „Das Trio ist untergetaucht und seither polizeilich nicht mehr in Erscheinung getreten“, weshalb wir uns gefragt haben: Warum dann in das Dossier aufnehmen?

**Zeugin Cornelia de la Chevallerie:** Ja, ich verstehe Ihre Frage jetzt. Wenn die so harmlos eingeschätzt worden sind, warum hat man sie - -

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Harmlos und seit fünf Jahren weg - warum kommen die so exponiert in so ein Dossier?

**Zeugin Cornelia de la Chevallerie:** Kann ich Ihnen leider nicht beantworten. Ich habe im Nachhinein - - Im Nachhinein sieht man das natürlich anders, auch dieses Dossier. Ich glaube gar nicht mal, dass ich bewusst besonders gefährlich dieses Trio wahrgenommen habe damals, als ich das gelesen habe. Das sagte mir gar nichts. Ich habe die Namen deswegen auch, glaube ich, nicht wirklich bemerkt. Ich habe im Nachhinein mal in der Beschaffung nachgefragt: Wie ist das denn damals gewesen? Ihr habt ja auch darüber gesprochen. - Da ist das auch noch mal gesagt worden, die hätten das harmlos dargestellt.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Ja, das stimmt.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber das ist trotzdem, auch daran anknüpfend - - Das wäre jetzt auch meine nächste Frage in dem Zusammenhang gewesen: Haben Sie denn das Dossier in Ihre Arbeit miteinbezogen - ich meine, dafür war es ja eigentlich gedacht -, und kam dann in Ihrer Tätigkeit - ich meine damit jetzt nicht Sie persönlich, sondern wenn ich von „Ihrer Tätigkeit“ spreche, spreche ich natürlich immer von der Abteilung Verfassungsschutz - jemals der Gedanke auf, dass die Täter aus dieser - - oder dass die in dieser Broschüre drinstehen, dass das jemand aus dieser Broschüre ist?

**Zeugin Cornelia de la Chevallerie:** Die Broschüre selber, nur um das noch mal zu sagen - aber ich glaube, das wissen Sie -, ist im März 2005 verteilt worden.





**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja gut, aber man beschäftigt sich ja trotzdem auch - -

**Zeugin Cornelia de la Chevallerie:** Deswegen: Im Kontext des 9. Juni haben wir die natürlich nicht diskutiert.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, das ist richtig. Aber trotzdem geht man ja der Frage nach, und der Anschlag in der Keupstraße ist ja dann erst - in Anführungszeichen - geklärt worden, als das Trio dann sich selbst enttarnt hat. Deswegen ist halt eben die Frage, ob man dann diese Broschüre - - ob man dann sozusagen die Sachverhalte, die den eigenen Zuständigkeitsbereich - sprich: die Taten in Nordrhein-Westfalen - irgendwie berühren, noch mal irgendwie gedanklich bewegt: Ach ja, wir haben da ja dieses *BfV Spezial*. Irgendwie passt das vielleicht, Bombenbastler, Sprengstoffanschläge.

**Zeugin Cornelia de la Chevallerie:** Es gab ja im Kontext auch dieses - und zwar seit 2003; deswegen sind die Namen jetzt nicht so überraschend gewesen, die da drinstehen - - gab es eine sogenannte Liste, wo diverse Namen draufgesetzt worden sind, und die ist auch fortgeführt worden. Es ist immer wieder auch - ich selbst bin nicht bei den Auswerter- und Beschaffertagungen gewesen; aber ich habe die Protokolle anschließend gelesen - gesagt worden bei diesen Auswerter- und Beschaffertagungen: Wir müssen den Rechtsterrorismus jedes Mal neu bewerten. - Ich meine, dieser eine Name, den Sie eben genannt haben, der ist zum Beispiel später nachgemeldet und da draufgesetzt worden. Das habe ich noch so in Erinnerung. Deswegen hat das sehr wohl eine Rolle gespielt. Auch wenn das *BfV Spezial* damals noch nicht vorlag, hat man sich diese Gedanken gemacht über diese Namen. Wir haben im Kontext dessen, als das dann diskutiert wurde - was gibt es in Nordrhein-Westfalen? -, auch noch mal eine eigene Liste mit Namen aufgestellt. Die ist aus meiner Erinnerung zwei Seiten lang gewesen, und die haben wir dann auch an den MAD geschickt und da noch mal gegenprüfen lassen, was dort für Erkenntnisse vorliegen. Wir haben also versucht - unzulänglich, aber wir haben versucht -, was es dazu in Nordrhein-Westfalen an Erkenntnissen gibt.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Diese Auswerter- und Beschaffertagungen, die Sie vorhin erwähnt haben, welche Ebene nimmt an diesen Veranstaltungen teil? Tatsächlich diejenigen, die an der Basis beschaffen?

**Zeugin Cornelia de la Chevallerie:** Genau. Sachbearbeiter - - Es sind jetzt - - Ich kann Ihnen jetzt nicht mehr genau sagen, wie viele da aus Nordrhein-Westfalen waren, aber Sachbearbeiter, Referenten, Referatsleiter.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch aus den anderen Behörden?

**Zeugin Cornelia de la Chevallerie:** Ja.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, es sind immer die Basisleute sozusagen?

**Zeugin Cornelia de la Chevallerie:** Ja. Es gibt darüber hinaus auch eine Beschaffertagung, wo nur die Beschaffer sind, wo sehr offen darüber gesprochen worden ist, eben ohne Protokoll.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

**Zeugin Cornelia de la Chevallerie:** Mir sagten die Beschaffer - - Wir hatten auch, glaube ich, ich würde sagen, einige - ich will jetzt die Zahl nicht so nennen -; aber wir hatten den einen oder anderen, der wirklich gut informiert war, der viel las, auch viel Hintergrund sich einfach angelesen hat und von daher auch einfach sehr viel wusste, über viele Jahre entstanden. Mit dem habe ich mich persönlich auch ganz oft unterhalten und gefragt. Auch da sind in die Richtung jedenfalls dann keine Hinweise gewesen.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie regelmäßig fanden diese Treffen statt?

**Zeugin Cornelia de la Chevallerie:** Die Auswerter- und Beschaffertagungen waren immer am Ende des Jahres und die Beschaffertagung noch mal extra.

**Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber auch einmal jährlich, oder?



3. Untersuchungsausschuss

**Zeugin Cornelia de la Chevallerie:** Ja, genau. Dann hatten wir aber daneben natürlich Amtsleitertagungen. Da gab es die norddeutsche und die süddeutsche. Wir waren auch mal bei den süddeutschen dabei. Das war sicherlich auch mehrmals. Und dann gab es den Arbeitskreis der Innenministerkonferenz auch noch mal zweimal im Jahr. Im Zuge dessen ist das immer wieder mal thematisiert worden.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und diese Beschaffertagungen finden dann auch sozusagen sortiert nach Phänomenbereich statt?

**Zeugin Cornelia de la Chevallerie:** Ja. Man hat - - Es gab immer eine Tagesordnung, wo das dann im Einzelnen festgelegt worden ist. Da ist nicht jeder Phänomenbereich festgelegt worden. Es ist aber auch dann eben darüber diskutiert worden: Welche Objekte wollen wir beobachten? - Es ist natürlich über kritische Fälle diskutiert worden. Deswegen wurde dann insgesamt auch noch mal alles in den Blick genommen im Zuge dessen.

**Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ah ja. Vielen Dank.

**Vorsitzender Clemens Binniger:** Mit Blick in die Runde: Bei uns gibt es keine Fragen mehr, bei der SPD auch nicht.

(Zuruf der Abg. Petra Pau  
(DIE LINKE))

- Ja, das wäre so mein Ziel damit gewesen. Schaffen wir es noch vor der Namentlichen?

(Irene Mihalic (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Wann ist  
die denn?)

- Um 17.50 Uhr.

(Zuruf)

- 18 Uhr? Das ist ja fast noch eine komplette Runde für jeden.

(Zuruf)

- Ach so, okay. Das wollte ich wissen, ob es noch was - -

(Irene Mihalic (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Ich habe  
nichts dagegen!)

Dann hat Frau Pau das Wort, und dann schaffen wir es sicher bis zur Namentlichen.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Es geht auch relativ schnell. - Wir hatten uns vorhin schon mal mit den Entwicklungen und auch Ihren Beobachtungen in den 2000er-Jahren beschäftigt. Haben Sie sich eigentlich damals auch mit den intensiven Wanderungs- und Migrationsbewegungen ostdeutscher Nazis nach Dortmund bzw. auch insgesamt nach NRW beschäftigt, was sich da zusammen- -

**Zeugin Cornelia de la Chevallerie:** Ja, es gab Kontakte nach Ostdeutschland, und darüber hatten wir dann halt auch die Berichte. Mir ist jetzt in Erinnerung der Fall ██████ der dann nach Dortmund kam. Ich glaube, auch noch ein Liedermacher ██████ der auch nach Dortmund kam. Das ist das, was ich noch in Erinnerung habe.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Wie war das eigentlich? Wir haben vorhin schon „Oidoxie“ und die „Streetfighter Crew“ kurz aufgerufen. Mich würde noch interessieren aus Ihrer Erinnerung das Zusammenwirken - weil Nazis machen ja an der Landesgrenze im Allgemeinen nicht halt - dieser Strukturen zwischen Dortmund und beispielsweise der „Streetfighter Crew“ in Kassel. Haben Sie das damals im Blick gehabt?

**Zeugin Cornelia de la Chevallerie:** Es gab Kontakte, ich weiß. Das ist aber ziemlich zum Schluss gewesen, als ich gegangen bin, dass da diese Kontakte rüber nach Hessen gingen. Ich weiß aus den Unterlagen, weil es eben nicht mehr zu meiner Zeit war, dass danach eine Observationsgruppe angesetzt war. Aber ich kann Ihnen das jetzt nicht mehr - - ich kann Ihnen das nicht aus eigenem Wissen erzählen.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Die Kollegen haben Sie eben schon gefragt nach dem *BfV Spezial* und den dreien, also das NSU-Kerntrio, wie wir heute wissen, die darin benannt wurden. Nun gab es durchaus in dem Zeitraum auch andere Nazis,



## 3. Untersuchungsausschuss

die erstmal abgetaucht sind und sich versteckt haben. Auch in Nordrhein-Westfalen hatten Sie Erfahrungen, dass beispielsweise ein polizeilich gesuchter Nazi aus Neuenrade, der 2001 bei dem Angriff der „Kameradschaft Süd“ um [REDACTED] [REDACTED] auf griechische Passanten und deren türkische Helfer beteiligt war und wegen versuchten Totschlags gesucht wurde, sich erst bei Kameraden in Nordrhein-Westfalen vor den Ermittlern versteckt hielt und dann über die Strukturen in die Niederlande weitergereicht wurde, wo er dann schließlich eher durch Zufall nach Wochen festgenommen wurde. Es geht um [REDACTED] [REDACTED] das kann ich an dieser Stelle sagen. Können Sie sich daran erinnern, dass dieser Fall und auch die Strategien - „Wir verstecken uns bei bekannten Nazis“; da sind Unterstützerstrukturen, auch bis hin zum Weiterreichen - ein Thema damals war und dass Sie sich mit diesen Dingen befasst haben?

**Zeugin Cornelia de la Chevallerie:** Dieser Fall [REDACTED] [REDACTED] löst jetzt bei mir keine Erinnerung aus, aber ein anderer Fall. Da ist es dann gewesen, dass über Dortmund die Hinweise gekommen sind, wo man in Belgien unterkommen könnte. Das hat es eben gegeben. Das ist auch das, was bei uns Anlass war für die Sorge, dass es da diese Querverbindung gibt, und auch für die verstärkten Bemühungen, da ranzukommen.

Was ich jetzt leider in - - Das ist halt größtenteils eingestuft. Aber es hat, um das Ergebnis zu nennen - - Wir haben darüber hinaus keine Anhaltspunkte gefunden, weil das eben offenbar ein Agieren in Belgien gewesen ist. Aber wir haben keine Anhaltspunkte gefunden, dass es Waffenlieferungen zum Beispiel konkret nach NRW gegeben hätte.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ja, mir geht es jetzt in dem - - Also, über die Waffen hatten wir ja vorher schon geredet und diese Strukturen. Mir geht es jetzt auch um das Phänomen - das ist ja auch jetzt so -, dass eine ganze Menge Leute wegen unterschiedlichster Dinge auch mit Haftbefehl gesucht werden, die aber auch gleichzeitig Nazis sind. Der Haftbefehl ist nicht immer ausgestellt, weil sie im Rahmen ihrer Ideologie Straftaten begangen haben. Das Muster ist natürlich bei den dreien, also Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe,

auch so gewesen, dass sie - zumindest, soweit wir das überblicken - bei polizeibekanntem Nazis auf Strukturen getroffen sind, die sie mit Wohnung, mit Unterstützungsleistungen versorgt haben. Wir sind ja auch Dingen nachgegangen, inwieweit die Linien aus Südafrika oder anderes diskutiert wurden. Deswegen interessiert mich einfach, was die Behörden damals wussten oder wie sie das vertieft haben.

**Zeugin Cornelia de la Chevallerie:** Ja. Ich weiß jetzt, worauf Sie mit Ihrer Frage hinauswollen. Ich glaube, da muss man ganz offen sagen, dass dieses Muster, dieses Untertauchen und „Welches Netzwerk gibt es darum herum?“, damals zu wenig beachtet worden ist.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Gut, das war es von mir.

**Vorsitzender Clemens Binninger:** Dann sind wir durch.

Frau de la Chevallerie, ich darf Sie noch mal darauf hinweisen, dass Ihnen nach Fertigung des Protokolls dieses für mögliche Korrekturen vom Sekretariat übersandt wird.

Des Weiteren bin ich nach § 26 Absatz 3 PUAG gehalten, Sie zum Ende Ihrer Vernehmung darauf hinzuweisen, dass der Untersuchungsausschuss durch Beschluss feststellt, dass die Vernehmung des Zeugen abgeschlossen ist. Die Entscheidung darf erst ergehen, wenn nach Zustellung des Vernehmungsprotokolls zwei Wochen verstrichen sind oder auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet worden ist. Das heißt, Sie bekommen irgendwann in den nächsten Tagen das Protokoll, und wenn wir dann zwei Wochen lang nichts von Ihnen hören, gehen wir davon aus, dass wir Sie an jeder Stelle auch richtig verstanden haben.

Dann bedanke ich mich herzlich für Ihr Kommen und die Bereitschaft, hier auszusagen, und wünsche noch einen guten Nachhauseweg.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der öffentliche Teil unserer Vernehmungssitzung ist damit abgeschlossen. Ich danke den Besucherinnen und Besuchern auf der Tribüne für das Interesse. Ich



3. Untersuchungsausschuss

darf mich verabschieden. Die nächste Ausschusssitzung - öffentlich - findet am 15. Dezember 2016 statt, Beginn: 11 Uhr. - Herzlichen Dank.

Ich unterbreche die Sitzung. Wir fahren dann mit dem nichtöffentlichen Sitzungsteil fort. Ich würde sagen, wir treffen uns um 18.20 Uhr im Innenausschusssitzungssaal zur Fortführung der nichtöffentlichen Vernehmung wieder. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Schluss des Sitzungsteils  
Zeugenvernehmung,  
Öffentlich: 17.42 Uhr -  
Folgt Sitzungsteil  
Zeugenvernehmung,  
Nichtöffentlich)